



der Nachfolger allemal der starke, aber dumme Mann sein würde, der den Leuten an die Gurgel fährt.

Umgekehrt scheuen die Konservativen seit jeder den Verdacht, daß sie der Krone ins Handwerk spielen wollten und ihrerseits Minister zu stärken bemüht wären; denn sie fürchten, daß ihnen dann einmal zum Trotz ein antiagrarischer Mann auf den Hals gesetzt werden könnte.

So beneuert jetzt die „Kreuz-Zeitung“, deren Leute während des Kanalkampfes ihnen mißliebige Minister zu Tode hantlotierten. „Es gibt allerdings einige agrarische Kreise und auch leider vereinzelte Konservativen, die aus verschiedenen Gründen auf Einsetzung eines andern Ministerpräsidenten dringen. Konservativ ist dieses Verhalten nicht, und die Partei muß sich verbitten, für solche Wünsche verantwortlich gemacht zu werden.“

Graf Bülow mag sich also glücklich preisen. Pinks und rechts ersehnt man sein weiteres Verbleiben, weil man auf beiden Seiten einen noch ärgeren Nachfolger fürchtet. Das ganze Spiel ist aber schon deshalb gleichgültig, weil ja der wirkliche Kanzler auf Lebenszeit regiert.

Der Bundesrat nahm seine während der Sommerferien unterbrochenen Plenarberatungen wieder auf. Zu der heutigen Plenarsitzung wurden die Neubestimmungen der Ausschüsse vollzogen. Die Etatsberatungen können noch nicht beginnen, da die Feststellungen der Etats erst in den Stadien der Vorbereitung sich befinden, sie werden frühestens Mitte November ihren Anfang nehmen.

Entschädigung unschuldig Verhafteter. Die heftige Regierung hat dem Bundesrat einen Gesetzentwurf vorgelegt betreffend die Entschädigung unschuldig verhafteter Personen. Der Bundesrat dürfte bald zu dem Entwurf Stellung nehmen, der einer alten Forderung des Reichstags entspricht.

Von den sächsischen Landtagswahlen. Die „Dresdener Nachr.“ schreiben über das Wahlergebnis: „Wenn auch noch nicht alle Wahlen bis in die Einzelheiten bekannt geworden sind, so läßt sich doch jetzt schon übersehen, daß eine wesentliche Verschiebung in den Parteienverhältnissen der zweiten Kammer nicht herbeigeführt wird. Aller Voraussicht nach werden dem nächsten Landtage 55 bis 56 Konservative, 22 bis 23 Nationalliberale, 1 Antisemit, 1 Freireiniger, 1 Liberaler und 1 Abgeordneter noch unbekannter Parteirichtung angehören. In der dritten Klasse haben die Sozialdemokraten im allgemeinen eine stärkere Stimmenzahl auf sich vereinigt, als bei den früheren Wahlen. Auch in der zweiten Klasse haben sie ab und zu Erfolge aufzuweisen. Insbesondere sind die Fortschritte im 16. ländlichen Wahlkreise so groß, daß nur wenige Stimmen an der absoluten Mehrheit der Gesamtzahl fehlen.“

Nach einer Mitteilung des „Sächs. Volksblatt“ hat in 40 ländlichen Wahlkreisen (Schedewitz-Gainsdorf bei Zwickau) die Sozialdemokratie Aussicht, einen Abgeordneten in den Landtag zu bringen. In diesem Kreise gewann unsere Partei sämtliche Wahlmänner der dritten Abteilung, nämlich 24, dazu in der zweiten Abteilung von 33 Wahlmännern 17, also im ganzen 51 unter den zu wählenden 101 Wahlmännern. Nun ist allerdings ein sozialdemokratischer Wahlmann der dritten Abteilung beanstandet worden, weil er angeblich nicht wahlberechtigt sei.

Des Antisemitismus beschuldigt wurde, wie wir gestern mitteilten, der freireinige Abgeordnete Kopsch. In einer Verammlung des Vereins Waldeck hat nun Herr Kopsch sich gegen diese Beschuldigung vertheidigt und es so dargelegt, daß seine Frage über die Religionszugehörigkeit Dr. A. Bernsteins nicht ein Abraten von der Kandidatur Bernsteins bedeutet habe, sondern lediglich in einer sachlichen Erörterung über die Aussichten des Wahlkampfes in Torgau-Liebenwerda gestellt wurde.

Antisemitische Scheußlichkeiten. Dem „V. L.“ wird berichtet: „In Schlochau, der Gegend, wo der Antisemitismus seinerzeit die Winter-Affäre zur Welt brachte, ist dieser Tage ein jüdischer Handwerker, der Schriftsetzer Levi aus Warschau, von christlichen Bürgern der Stadt, nämlich dem wohlthätigen Nachtwächter Bergin, dem Schuhmacher Gräber, dem Tischler Stuyke und dem Schlossermeister Gahn, zu Tode geprügelt worden. In der Herberge, wo der arme Jude einkehrte, wurde er von den genannten wackeren Herren und anderen Gästen damit genadelt, daß er niedertrüben und das „Bater-unter“ sprechen mußte. Da er aber das Gebet schlecht oder gar nicht konnte, so wurde er derart mißhandelt, daß er in der Nacht verstarb. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ist die Leiche feierlich und die oben genannten „Spahmacher“ sind zur Verantwortung gezogen worden.“

Wer kauft für die Beachtung des § 2 des Vereinsgesetzes? Sämtliche Vorstandsmitglieder eines als politisch erachteten politischen Turnvereins waren wegen Uebertretung der §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes angeklagt worden, weil die Veränderungen im Mitgliederbestande der Polizei nicht rechtzeitig gemeldet worden waren. (§ 2 des Vereinsgesetzes.) Das Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte jedoch nur den Schriftführer und sprach die übrigen Angeklagten frei, indem es davon ausging, daß sie schuldlos seien, da die Meldesachen dem Schriftführer oblagen und dieser auf Befragen seiner Vorstands-Kollegen in den Vorstandssitzungen immer geantwortet hat, es seien alle notwendigen An- und Abmeldungen besorgt. — Das Kammergericht, bei dem von der Staatsanwaltschaft Revision eingelegt wurde, hob jedoch die Vorentscheidung auf, soweit Freisprechungen erfolgt waren, und verwies die Sache noch einmal an das Landgericht zurück. Begründend wurde vom Präsidenten Lindenberg ausgeführt: Der Vorderrichter übersehe, daß § 13 des Vereinsgesetzes den Vorstandsmitgliedern, die nicht für eine Uebertretung des § 2 haftbar sein wollten, eine besondere Beweislast auferlege. Nach § 13 sei jeder Vorsteher des fraglichen Vereins in solchem Fall zu bestrafen, insofern er nicht nachweisen kann, daß die Anzeige oder die Einreichung des Verzeichnisses gemäß § 2 ganz ohne sein Verschulden unterblieben ist. Was der Vorderrichter feststelle, genüge noch nicht, ein Verschulden der freigesprochenen Vorstandsmitglieder auszuschließen. Der Vorstand müsse Vorkehrungen treffen, die allen Vorstandsmitgliedern die Kontrolle über die Erfüllung des § 2 ermögliche, und alle Vorstandsmitglieder müßten sich von der Erfüllung überzeugen. Das bloße Augenmachen, das bloße Fragen nach der Erfüllung und Sichbegnügen mit der bejahenden Antwort des beauftragten Vorstandsmitgliedes schätze sie nicht vor Strafe. Deshalb müßte das Landgericht sich noch einmal mit der Sache beschäftigen.

Kriegervereins-Abzeichen bei Kontrollversammlungen. Eine Korrespondenz meldet: Bereits vor längerer Zeit teilten wir mit, daß von einzelnen Bezirkskommandos die Anlegung von Kriegervereins-Abzeichen gelegentlich der Kontrollversammlungen gestattet worden sei. Nimmere ist eine offizielle Generalverordnung zu dieser Angelegenheit erlassen worden. Das Generalkommando des zweiten (Pommerschen) Armeekorps hat nämlich den ihm unterstellten Bezirkskommandos die Weisung erteilt, daß bei den Kontrollversammlungen den Mannschaften die Anlegung des Kriegervereins-Abzeichens zu gestatten sei. Die Vorsitzenden der Kriegervereine wurden gebeten, den Mitgliedern davon Kenntnis zu geben mit dem Hinweis, daß von dem Kommando der weitestgehende Gebrauch dieser Erlaubnis gewünscht und erwartet wird. Es scheint, als ob das königliche Kriegsministerium seine Einwilligung zu der erwähnten Angelegenheit gegeben habe, doch ist bisher noch nicht bekannt geworden, ob auch andre Corpskommandos eine gleiche Verfügung erlassen haben. Durch die Vergünstigung soll offenbar auf den Ansehensverlust der Kriegervereine, zu denen auch „Militärvereine“ z. z. zu rechnen sind, hingewirkt werden.

Dies seltsame Mittel, den Kriegervereinen Mitglieder zuzutreiben, um durch die Stärkung dieser „unpolitischen“ Sozialistenvereine den „Unfuz“ zu bekämpfen, wird schließlich einen neuemwertigen Erfolg haben.

### Zu den badiischen Landtagswahlen.

Unser badiischer Korrespondent schreibt uns vom 7. Oktober: Nun hat auch das Centrum seine tatsächliche Stellung im Landtags-Wahlkampf proklamiert. Auf der gestern zu Majstat abgehaltenen Landesversammlung gab der alte intransigente Haudeggen Wasser wieder den Ton an, nachdem er während des Reichstags-Wahlkampfes sich einer auffallenden Zurückhaltung besessen hatte. Seine Parole lautet nach wie vor: Unter allen Umständen gegen die Nationalliberalen! Herr Wader bringt — und zwar mit gutem Recht — dem Minister des Innern, Herrn Schenkel, bezüglich des von ihm angeführten Wahlgesez-Entwurfs starkes Mißtrauen entgegen und kündigt ihm heftige Feinde an, falls er als nationalliberaler Wahlminister in die ultramontane Schublade kommen sollte. Es ist derselbe Herr Wader, der zu Beginn des letzten Landtages, als er nach der Umgestaltung des Ministeriums für die kirchenpolitischen Forderungen des badiischen Centrums (Klöster zc.) Vorkämpfer zu wittern glaubte, in brünstiger Umschmeichelung der neuen Männer vom „Ministerium der Gerechtigkeit und Verschönerung“ sprach. Jetzt zeigt es sich, wie falsch der sonst so schlaue und vorsichtige Centrumsführer damals die Situation beurteilte, und wie recht die sozialdemokratische Presse des Landes davon hat, dem Herrn Minister von Wader herein unbegrenztes Mißtrauen entgegenzubringen. Herr Wader meint jetzt, seine Partei müsse bei der Entscheidung zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten „Gewehr bei Fuß“ stehen, dürfe es sich aber auf keinen Fall einfallen lassen, für einen Nationalliberalen zu stimmen. — Nun wird das Geschrei über die „Gefährdung des Umfuzes“ in der liberalen Presse wieder losgehen, obwohl jeder vernünftige Grund dazu fehlt.

### Ausland.

#### Die Reorganisation des englischen Kabinetts.

London, 6. Oktober. (Fig. Per.) Nachdem Mr. Balfour die konservative Partei wieder geeinigt und von ihr ein einmütiges Vertrauensvotum erhalten hatte, ging er an die Herstellung seines Kabinetts. Die erledigten Ministerposten wurden durch jüngere, vom Geiste Balfours erfüllte Politiker eingenommen, so daß die Regierung jetzt einheitlich ist. Mr. Alfred Lyttleton, der Nachfolger Chamberlains, ist ein gebildeter, liberaler Imperialist. Er ist in der Öffentlichkeit nicht sehr bekannt. In engeren imperialistischen Kreisen genießt er viel Ansehen. Das im Jahre 1901 von D. Holland veröffentlichte Werk „Imperium et Libertas“, eine geschichtliche und politische Studie, ist Mr. Lyttleton und dem Studienkollegen Hollands, gewidmet. Der neue Kolonialsekretär ist Parlamentsmitglied für den Wahlkreis Warwick und Leamington und Präsident des Generalausschusses der imperialistischen Vereinigung für südafrikanische Angelegenheiten. Für deutsche Leser, die in den Geist des modernen Englands eindringen wollen, geben wir noch die Bemerkung wieder, die die heutigen „Times“ über Lyttleton macht. Das Organ des britischen Reiches sagt: „... Er ist ein berühmter Cricketspieler und Athlet, was ihm bei unsren australischen Mitbürgern besondere Gunst verschaffen wird.“ Der neue Kriegssekretär Mr. Arnold-Joster ist ein bekannter und viel beachteter Schriftsteller über Arme und Flotte; er wird auch für einen Kenner Südafrikas gehalten. Im Parlamente vertritt er seit 1892 den Wahlkreis Belfast (West). An Stelle des Finanzministers Ritchie tritt Mr. Austen Chamberlain, der Sohn seines Vaters. Seit 1892 ist er Abgeordneter für Worcesterhire. Nur die Stelle des Unterstaatssekretärs des Kuchens, die durch den Eintritt Lord Cranbornes (jetziger Lord Salisbury) in das Oberhaus erledigt wurde, ist noch nicht besetzt.

Wir haben also ein verjüngtes, harmonisches Kabinetts, mit dem Mr. Balfour auf einige Jahre hinaus die Regierung führen und den Freihandel beseitigen will. Dies ist zweifellos der Entschluß Balfours.

#### Frankreich.

Zur Streikbewegung. Die Textilarbeiter hielten gestern eine Versammlung ab, um über die Frage des Gesamtausstandes schlüssig zu werden. Es wurde keine Entscheidung getroffen, da ein Teil der Arbeiter sich lediglich für den Ausstand der Weber mit Ausschluß der Spinner aussprach. In Armentières wurde dagegen in einer Arbeiterversammlung beschlossen, alles aufzubieten, um den Gesamtausstand durchzusetzen.

Die Fabrikanten drohen, in den Ausstand zu treten, falls sich die Fabrikanten weigern sollten, den Handlangern einen Minimallohn von 4 Frank zu bewilligen.

#### England.

Die englische Socialdemokratie und die Schutzollpläne. London, 5. Oktober. Der Vorstand der Socialdemokratischen Föderation nahm folgende Resolution an: „Unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten entspringen zum größten Teil der kapitalistischen Produktionsweise; die sonstigen Nachteile, über die jetzt vielfach gellagt wird, sind hauptsächlich der Unwissenheit und Unfähigkeit der Kapitalisten geschuldet. Wir sind gegen alle Versuche, die gegenwärtig von den Schutzöllnern gemacht werden, die Zollpolitik zu ändern. Die Arbeiter sollten die zollpolitischen Kontroversen hauptsächlich als einen Streit der kapitalistischen Gruppen betrachten und die beste Methode der Ausbeutung des Proletariats. In der Bekämpfung der Schutzollpläne sollten die Arbeiter auch gedenken, daß sie sowohl unter Freihandel wie unter Schutzoll so lange ausgebeutet werden, bis die Produktionsmittel in den Besitz der ganzen Gesellschaft überführt und im Interesse des ganzen Volkes betrieben werden.“

Chamberlain hat seiner Glasgower Schutzollrede alsbald in Greenock eine zweite folgen lassen. Er führte u. a. aus: England habe Gesetze erlassen, welche die Lebenshaltung der Arbeiter hoben, ihnen Lohnsteigerung und Sicherheit in den Betriebsstätten gewährleisteten — alles Dinge, die die Produktionskosten gehiebert hätten; gleichwohl gestatte es den fremden Ländern, die diese Erhöhung der Kosten nicht zu tragen hätten, mit den englischen Waren in England selbst in freien Wettbewerb zu treten. Wenn der gegenwärtige Zustand fortbauere, müßten die englischen Arbeiter niedrigere Löhne hinnehmen oder sie würden ihre Arbeit verlieren. Chamberlain sprach sodann davon, daß eine Konkurrenz Amerikas auf dem Eisenmarkt in großem Maßstabe bevorstehe, und bemerkte dann, keine sociale Gesetzgebung sei so viel wert als eine Gesetzgebung, die dem Arbeiter ununterbrochene Arbeit und angemessenen Lohn sichere. Hier in Greenock sei eine große Anzahl Zuckerraffinerien geschlossen worden; die Eisenindustrie sei bedroht, die Baumwollindustrie werde auch an die Reihe kommen. Man habe gesagt, wenn England Abmachungen mit seinen Kolonien treffe, so werde sich das Ausland gegen England erheben. Er frage, ob England so tief herabzusinken brauche, ob es die Befehle des Auslandes mit wünschender Demut entgegenzunehmen habe. England habe von seiten des Auslandes nichts zu fürchten. Er glaube nicht an einen Tarifkrieg, aber wenn ein solcher Krieg eintrete, so sei nicht England der, der am meisten verlieren werde. England sei der größte Markt der Welt und der beste Kunde des Auslandes und viele strebten danach, in England ein Absatzgebiet zu finden. Was die Kolonien betreffe, so gebe es keine Grenze für ihre Entwicklungsfähigkeit. Es gebe nichts, was England brauche, was sie nicht liefern könnten und nichts, was England verlaufe, das sie nicht laufen könnten. Wenn sich aus den zu treffenden Maßregeln eine Isolierung ergeben sollte, so würde dies für England eine glänzende Isolierung sein, wenn es dabei von der Vereinigung und der Liebe seiner Verwandten jenseits der Meere unterstützt sei. Es handle sich um Englands Zukunft, die Sache des Landes sei, eine Entscheidung zu treffen.

### Dänemark.

Die Eröffnung des Reichstags ging am Montag in den außer-gebrachten Formen, die längst überlebt sind und stark an die Zeiten des Absolutismus gemahnen, vor sich. Nichts hat sich in dieser Hinsicht durch den Systemwechsel geändert. Der Eröffnungssitzung ging auch in diesem Jahre ein Gottesdienst in der Marmorkirche voraus, wo der Pastor Schach von der Heiliggeistkirche predigte, derselbe, der im vorigen Jahre den verstorbenen Verleumdungsminister Görup für die „in unser Zeit immer mehr zunehmende Unfruchtbarkeit“ verantwortlich machte. Daß dieser evangelisch-lutherische Gottesdienst für einen Reichstag, worin Leute von allerlei Glaubens- und Unglaubens-bekenntnissen sitzen, in einem Lande, wo Religionsfreiheit gesichert ist, mit der Verfassung im Widerspruch steht, ist selbstverständlich. In dem offenen Brief des Königs, mit dessen Vertagung die Reichstagsession eröffnet wurde, befiehlt der König den Abgeordneten zusammenzutreten. Der Ministerpräsident muß sich übrigens auch Unhöflichkeiten vom König gefallen lassen, wie sie sich jeder Arbeiter von seinem Arbeitgeber nicht bieten lassen würde. Dem Rechenchaftsbericht über das verlossene Finanzjahr ist folgendes Schriftstück des Königs an den Ministerpräsidenten beigefügt:

„Christian der Reunte, von Gottes Gnaden König von Dänemark, der Wendes und Gothen; Herzog zu Schleswig-Holstein, Stormarn, Dithmarschen, Rauenburg und Eidenburg. — Unsre besondere Günst! — Die beifolgende in Unserm Finanzministerium aufgestellte Staatsschaßenschaft für das Finanzjahr vom 1. April 1902 bis zum 31. März 1903, welche Uns vorgelegen hat, ermächtigen Wir Dich allergnädigst zu allgemeiner Kenntnis zu bringen in Verbindung mit diesem Unserm allerhöchsten Reskript. Wonach Du Dich allerunterthänigst zu richten hast — Dich Gott befehlend!“ — usw.

Das verlossene Finanzjahr war übrigens ein überraschend günstiges. Die im Budget für 1902—1903 vorausgerechnete Unterbilanz von 18 Millionen Kronen ist auf knapp zwei Millionen zusammengeschrunpft. Die Einnahmen, die auf 68 1/2 Millionen veranschlagt waren, belaufen sich auf 75 1/2 Millionen; die Ausgaben, auf 87 Millionen berechnet, betragen nur etwas über 77 1/2 Millionen. Die Steigerung der Einnahmen stammt hauptsächlich von den Staatsbahnen, die statt einer Million 3 Millionen Ueberfluß ergeben haben, vom Postwesen, das statt eines Fehlbetrags von 39 000 Kr. einen Ueberfluß von ca. 600 000 Kr. einbrachte, und aus den direkten Steuern, die 11 150 000 statt der vorausgerechneten 10 900 000 Kr. ergaben; ferner aber auch besonders aus den indirekten Steuern, die statt der veranschlagten 51 1/2 Millionen 54 1/2 Millionen einbrachten. — Von großer Bedeutung ist das Anwachsen der ordentlichen Einnahmen des Staats. Diese sind im Verhältnis zum Budget um rund 7 Millionen gestiegen, wogegen das Finanzjahr 1901—1902 einen Rückgang von 1/2 Million aufwies. Das deutet darauf hin, daß die langwierige wirtschaftliche Krise im Schwinden begriffen ist. Das Zurückbleiben der Ausgaben hinter dem Voranschlag ist größtenteils auf Ersparungen zurückzuführen, die wohl kaum ein Interesse des Volkes liegen. Für das Eisenbahnwesen wurden 3 1/2 Millionen weniger ausgeben als bewilligt waren, für Hafens-, Telegraph- und Telefonanlagen 400 000, für neue Eisenbahnanlagen ca. 3 Mill. Kronen weniger als bewilligt. Dagegen hat der Kriegsminister nach allem Brauch seiner konservativen Vorgänger sein Budget überschritten und statt 10 842 000, 11 395 000 Kr. ausgegeben. Im übrigen hat nur der Kultusminister mehr verausgabt als bewilligt war und zwar 7 640 000 statt 7 300 000 Kr. Unter den Mehrausgaben sind 258 000 Kr. Zuschuß zu Lehrergehältern.

Die Gesamtsumme der Staatsschulden Dänemarks ist in diesem Finanzjahr von knapp 246 1/2 Millionen auf etwas über 244 1/2 Mill. Kronen zurückgegangen. Diesen Schulden stehen Aktiven des Staats im Betrage von 293 Millionen gegenüber, so daß der dänische Staat also ca. 50 Millionen besitzt, abgesehen von festem Staatsvermögen in Domänen, Grund und Boden usw.

#### Rußland.

Der Eisenbahnunfall Plehwe wird von der „Zeska“ als ein Werk der Revolutionäre bezeichnet, die den Minister für die Grausamkeiten bestrafen wollten, die er anlässlich der vorjährigen Arbeiterunruhen in Iffa an zahlreichen Personen verüben ließ. Die „Zeska“ behauptet, der Minister des Innern sei zwar mit dem Leben davon gekommen, habe jedoch schwere Kontusionen erhalten; auch mehrere Passagiere und fast alle Mitglieder des Zugpersonals hätten Verletzungen erlitten.

#### Ein revoltierendes Priesterseminar.

Aus Tomsk wird vom 8. Oktober gemeldet: Im hiesigen geistlichen Seminar erregten die Zöglinge wegen Entfernung eines Kameraden aus der Anstalt derartige Unordnungen, daß die Polizei die Ruhe wiederherstellen mußte. Das Seminar ist geschlossen worden. Die Zöglinge sind relegiert und müssen die Wiederaufnahme nachsuchen.

### Landtagswahl.

#### Konservative und Lehrer.

In einer Polemik gegen die „Königliche Zeitung“, die die Kanalkampfe und die Schulfrage in den Mittelpunkt des Landtagswahlkampfes gerückt wissen will, schreibt die freikonservative „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“:

„Die Schulfrage, die Frage nach dem Grade der Abhängigkeit der Volksschule von der Kirche, interessiert eigentlich nur den Westen. Im Osten der Monarchie lebt heute noch Kirche und Schule in einem ganz erträglichen Einverständnis, wenn man von einigen auf ihre „moderne“ Bildung stolzen Elementarlehrern abliest.“

Diese cynische Aeußerung verdient die volle Beachtung der Lehrerkreise. Selbstverständlich erscheint es den Herren, daß die Volksschule — wohlgerneht nur die Volksschule — von der Kirche abhängt; nur der Grad der Abhängigkeit kann in Frage kommen und auch das nur im Westen, wo man das Centrum fürchtet. Im Osten, wo der Lehrer gegenüber dem Geistlichen eine völlig untergeordnete Rolle spielt, wo er mit seiner Schule in den bekannten „Brüderlichen Schulpalästen“ haust, während der Geistliche auf das bescheidene Pfarrhaus angewiesen ist, wo trotz des gesetzlichen Mindestgehältes von 900 Mark „probitorisch“ angestellte Lehrer im Alter bis 36 Jahren nur 720 Mark beziehen, wo, trotzdem das Mindestgehälte nur für die billigsten Orte als Ausnahme gedacht war, in der Provinz Ostpreußen selbst bei Hinzurechnung der Städte mehr als 94 Prozent aller Volksschullehrer sich mit dem Mindestgehälte begnügen müssen, wo die „Geistlichen“ Tralchens ein sonderbares Stück des „kostbarsten Juwels in der preußischen Krone“ bilden — im Osten laßt der Volksschullehrer vor der Kirche, soweit er nicht ein auf seine „moderne“ Bildung stolzer Kiesel ist!!

Werden sich nach solcher Verhöhnung die Volksschullehrer Ostpreußens noch weiter zu Wahlagenten der konservativen erwidern? Nur erbärmliche Feiglinge oder schände Kriecher unter den Lehrern könnten daraufhin etwa noch konservative Wahlmannskandidaten sein. Warten wir ab, ob sich solche Personen in irgendwider erheblicher Zahl finden. Wir hoffen es nicht, es wäre eine zu große Schmach für den ganzen Lehrerstand.

In Königsberg ist der bisherige Landtags-Abgeordnete Dr. Krieger von der freireinigen Volkspartei nicht wieder aufgestellt worden. Ueber die Gründe ist nichts in die Öffentlichkeit gelangt. Aufcheinend ist Dr. Krieger abgelehrt worden, weil er das Verbrochen beging, im Gegensatz zu der Parteileitung ein Eintreten der Liberalen für die Socialdemokratie zu befürworten.

Hannover. In sämtlichen Landtags-Wahlkreisen der Provinz Hannover wurde von der Socialdemokratie Genosse Meister als Kandidat bezw. Jährlaudidat aufgestellt.

In Hadeln (Hannover) wurde Diederich Hahn wieder als bündlerischer Kandidat aufgestellt. Im Reichstag hat das Hahnchen ausgekriegt, der Landtag soll das Vergnügen weiter genießen.

# Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

23. Sitzung vom Donnerstag, 8. Oktober 1903, nachmittags 5 Uhr.

Die Verhandlungen werden vom Vorsitzenden - Stellvertreter Mischelet um 1/2 Uhr eröffnet.

In den Ausschuss zur Vorbereitung der Neuwahl eines Stadtsyndikus und eines befohlenen Stadtrats - Stellen der Herren Weisse und Tourbié - sind u. a. auch die Stadtv. Borgmann, Bruns und Singer, in den Ausschuss für den Antrag Preuß betreffend Vorbereitung eines Kommunalverbandes Groß-Berlin Stadtv. Singer und Stadthagen (Soc.) deputiert worden.

In die Marktschul-Deputation wählt die Versammlung mit 33 Stimmen den Stadtv. Marggraf (R. L.). Nicht weniger als 45 weiße Zettel sind daneben abgegeben worden.

Genau vor einem Monat, am 8. September, ist der Antrag Augustin und Genossen eingebracht worden:

Die Versammlung ersucht den Magistrat um Auskunft, ob und welche rechtliche Vorschriften bestehen, wonach der Polizeipräsident von Berlin in der Lage ist, den Leitern städtischer Schulen Anweisungen über den Ausfall des Unterrichts zu erteilen.

Nachdem am 10. September Stadtv. Kuhlmann durch seinen Widerspruch die Beratung des Antrags als eines dringlichen verhindert hatte, fiel am 17. die Sitzung aus. Am 24. war hochgradige Fieberzeit des Stadtv. Cassel die Ursache, daß auf die Verhandlung verzichtet wurde; am 1. Oktober pausierte die Versammlung ebenfalls. Jetzt endlich kann die Erörterung über die

## Parade - Schulferien

vor sich gehen.

In der Zwischenzeit haben die Stadtv. Cassel, Kreiling, Buzow und Genossen, d. h. Mitglieder der Fraktionen der „Linken“, der „Neuen Linken“ und der „Freien Fraktion“ sich auf folgenden Antrag geeinigt:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat durch Vorstellung bei den zuständigen Staatsbehörden zu erwirken, daß in Zukunft die durch plötzlichen Ausfall des Schulunterrichts an ganzen Schultagen sich für die Schulen und die Schüler ergebenden Schädigungen vermieden werden und daß Verfügungen an die städtischen Schulen durch die Schuldeputation bzw. anderweitig zuständige Behörden und nicht durch die Organe der Exekutivpolizei den Schulleitern zugestellt werden.

Außerdem lag die Resolution Rosenow (R. L.) vor:

Die Versammlung mißbilligt es, daß an den Tagen der Herbstparaden den Direktoren der Berliner Gemeindeschulen durch das Polizeipräsidium die Anweisung zugestellt wurde, den Unterricht ausfallen zu lassen, ohne daß die städtische Schuldeputation, die geordnete Aufsichtsbehörde, in der Angelegenheit überhaupt gehört worden ist.

Die Versammlung ersucht den Magistrat, die nötigen Schritte zu thun, damit dergleichen Vorkommnisse, welche die Disziplin der Schule schwer schädigen, nicht wieder eintreten können.

Diese letztere Resolution ist von den Antragstellern zur Diskussion gezogen worden.

Stadtv. Singer (Soc.): Meine Freunde und ich nehmen den soeben zurückerzogenen Antrag Rosenow wieder auf. Anfang September wurde die Bürgererschaft überrascht durch Zeitungsnachrichten, nach denen auf kaiserlichen Befehl die Schulen auf zwei Tage geschlossen werden sollten; ich darf wohl der Kürze wegen den Vorgang als „Paradeferien“ bezeichnen. Der Vorgang erregte großes Aufsehen in der Bürgererschaft und die städtischen Behörden hatten nach unserer Meinung alle Ursache, sich auch damit zu beschäftigen. Die Verzögerung der Beratung ist vielleicht sogar günstig, weil sie einer ruhigen Erörterung der Angelegenheit Vorschub leistet. Aus dem Gesichtspunkte der Pädagogik wie der kommunalen Politik ist der Vorgang abfällig zu beurteilen. Tausende von Eltern und Kindern sind dadurch in die peinlichste Verlegenheit veretzt worden. Wenn man auch zugeben kann, daß Erwachsene den freien Willen haben, sich unter die Zuschauer der Parade zu mischen - soll es doch sogar solche geben, welche darin den höchsten der Lebensgenüsse sehen - so liegt es anders bei den Schülern. Die Schule soll die Erziehung der Kinder unterstützen. Es handelt sich hier um Familien, wo zum weitaus größten Teil die Eltern zur Schulzeit außerhalb der Wohnung ihrer Beschäftigung nachgehen. Werden die Schulen plötzlich ohne Wissen der Eltern geschlossen, so haben diese Leute mit einem Verlust zu rechnen, wo die Kinder vielleicht nicht einmal in die Wohnung hineinkommen, also durch diese Veranordnung zum Müßiggang verurteilt werden. Daß das zu großen Mißständen führen muß, liegt auf der Hand; die Arbeiterkinder werden vor verschlossenen Wohnungen und wissen nicht, was sie anfangen sollen. Diese Zustände sollten doch auch dem Polizeipräsidenten bekannt sein, dessen Amtspflichtigkeit sich doch nicht in den Absperren bei Paraden erschöpft. Die Disziplin in der Schule muß notwendig ebenfalls unter solchen Verhältnissen leiden. Hierzu kommt aber der kommunalpolitische Gesichtspunkt. Der Vorgang beweist wieder einmal in klarer Weise, wie phantastisch es ist, in Berlin immer noch von dem Märchen der Selbstverwaltung zu reden. Wenn Kräfte und Persönlichkeiten außerhalb der städtischen Schulverwaltung die Macht haben, in dieser Weise in die Schulverwaltung und den Unterricht hindern einzugreifen, soll man sich doch nicht mehr auf die Schulverwaltung als eine selbständige städtische Einrichtung verlassen. Es ist in einem Falle einfach den Direktoren durch Schulleute die Meldung gemacht worden, daß der Schulunterricht ausfalle; in einem anderen Falle war die Schule geschlossen, als die Kinder erschienen; ein Zettel an der Schultür, unterschrieben mit dem zuständigen Polizeidirektor Stempel, befragte dies. Zunächst sind wir doch aber noch nicht in der unglücklichen Lage, uns Eingriffe anders gefallen lassen zu müssen als auf den bestehenden Rechtsgrundlagen. Wo sind diese in diesem Falle? Und wo ist die Rechtsgrundlage, welche den Leitern der Schulen, die Schuldeputation und den Magistrat verpflichtet, solchen Anordnungen Folge zu leisten? Deshalb haben wir den Antrag gestellt. Es ist schon zweifelhaft, ob das Provinzial-Schul-Kollegium solche Anordnungen treffen kann, jedenfalls kann es dies nicht aus willkürlichen, rein äußerlichen Veranlassungen; aber eine Verletzung des Polizeipräsidenten zu finden, ist mir nicht gelungen. Ist ein Rechtsboden für diese Anordnung somit nicht aufzufinden, dann müssen wir uns auf entschuldigende Verbitten, daß der Polizeipräsident sich in die städtischen Schulangelegenheiten mischt, in Sachen, die sich seiner Jurisdiktion völlig entziehen. (Zustimmung.) Der Hinweis auf analoge Verhältnisse der Polizei auf hygienischem Gebiete u. dergl. kann hier nicht verfangen. Wo soll denn eine solche Verfügung hinführen? Dann könnte ja irgend ein Ereignis, dem wir gar keine Bedeutung beimessen, der Polizeipräsident aber eine um so höhere, den Schulunterricht beeinträchtigen. Gewiß würde sich der Polizeipräsident damit den Weisfall aller Schulkinder verdienen; auch mir war in meiner Schulkinderzeit solche außerordentliche Freiheit sehr angenehm (Heiterkeit); wir wünschen ja auch die Veranstaltung von Ausflügen und dergleichen für die Kinder, die nicht verreisen können, und bedauern nur, daß der Magistrat sich dabei so sehr zurückhält. Aber die Freude, die die Kinder an solchen Schauspielen wie Paraden haben können, darf für uns da nicht maßgebend sein. Während wir nun zunächst nach der Rechtsgrundlage fragen, will der Antrag Rosenow das eingeschlagene Verfahren mißbilligen. Wir nehmen diesen zurückgezogenen Antrag deshalb wieder auf, weil, wenn sich bestätigt, daß der Polizeipräsident über seine Befugnisse hinausgegangen ist, wir alle Ursache haben, neben der Zurückweisung dieses Verhaltens auch die Mißbilligung desselben auszusprechen. Für den Antrag Cassel kann die Versammlung nach meiner Meinung unter keinen Umständen stimmen. Er sieht so aus, wie wenn man jemand, der unberechtigt in unsere Rechtssphäre eingegriffen hat, höflich bitten wollte, doch die Güte zu haben, es das nächste Mal zu unterlassen. Dieses Uebemaß von Bescheidenheit geht über meine Fassungskraft.

Wird der Antrag angenommen, so wird gerade dasjenige, worüber auch diese Antragsteller anscheinend einig sind, als berechtigter Ausfluß der Macht des Polizeipräsidenten erscheinen. Denn der Antrag will schließlich nur, daß die Anordnung nicht durch Schulleute, sondern durch die Schuldeputation den Direktoren mitgeteilt wird (Widerspruch); er billigt die Sache und wendet sich nur gegen die Form. (Erneuter Widerspruch.) Solche Uebergriffe werden Sie mit solchen „Vorstellungen“ nicht verhindern. Galtens Sie für möglich, daß irgend eine staatliche Behörde auch nur im Stande ist, uns zu sagen, daß sie dafür sorgen wolle, daß künftig solchen Anordnungen des Kaisers durch die Staatsbehörden nicht Folge geleistet werde? Wenn ja, dann beneide ich Sie um Ihren Optimismus. Es ist doch etwas sehr ungewöhnlich, sich mit einer Beschwerde über einen Vorgefallenen an einen Untergebenen dieses Vorgefallenen zu wenden. In dem Antrage wird auch das Recht, solche Anordnungen durch den Polizeipräsidenten treffen zu lassen, gar nicht bestritten, sondern Sie wollen eben bloß als Briefträger künftig nicht die Polizei, sondern die Schuldeputation haben. Wir werden gegen diesen Antrag stimmen; ich bitte dringend, den Weg des Antrages Rosenow zu gehen. Vor allem aber thun Sie diesen Vorgang nicht mit der Erwägung ab, daß es nicht lohne, darum Streit anzufangen und von neuem Mißfallen zu erregen. Es handelt sich hier um ein neues Symptom, die städtische Selbstverwaltung unter das Joch anderer Persönlichkeiten zu stellen. (Sehr richtig!) Es ist nicht der einzelne Gegenstand, an den sich hier die Beschlußfassung knüpft, sondern wir müssen den Willen bekunden, das bisherige Selbstverwaltung zu erhalten, was wir noch haben. Die Rechte der Bürgererschaft werden nicht gewahrt durch die Annahme des verschwommenen Antrages Cassel, der um die Sache selbst herumgeht. (Weisfall.)

Oberbürgermeister Kreisinger: Die Frage des Antrages kann ich mit einem kurzen und einfachen Nein beantworten. (Zuruf des Stadtv. Singer: Hört! hört!) Es kommt Ihnen aber wohl weniger auf die akademische Verantwortung, als auf die konkreten Fälle an. Aus eigenem Recht hat der Polizeipräsident nicht in den Schulbetrieb eingegriffen. (Hört! hört!) Wir haben in den Akten eine Depesche des Unterrichtsministers und ein Schreiben des Polizeipräsidenten. Die Depesche datiert vom 31. 8. und lautet: „Der Majestät haben befohlen, daß morgen der Unterricht in den Schulen ausfallen soll; den Herrn Polizeipräsidenten habe ich ersucht, die Schulen davon zu benachrichtigen.“ Die Depesche ist gerichtet an den Magistrat, Schuldeputation. Ein Schreiben des Polizeipräsidenten vom 1. 9. lautet: „Ich teile ergebenst mit, daß ich auf Anordnung des Kultusministers den erst gestern abend mir zugegangenen allerhöchsten Befehl wegen Ausfall des Unterrichts den Schulleitern durch die hiesigen Revierämter mitgeteilt habe.“ Der Polizeipräsident hat also nicht aus eigenem Recht gehandelt. Damit ist ein großer Teil der Ausführungen des Redneren von vornherein gegenstandslos geworden. (Widerspruch.) Ueber den Vorgang vom 31. 8. ist zu unsren Akten nichts gelangt, aber ich zweifle nicht, daß auch hier ein solcher Auftrag vorgelegen hat. Wenn ein solcher Auftrag in kurzer Zeit, in wenigen Stunden den Schulen mitgeteilt werden soll, giebt es keinen anderen Weg als den eingeschlagenen. Im Jahre 1902, als aus gleichem Anlaß am 30. August die Schulen geschlossen wurden, ist unter Mitwirkung der Schuldeputation in gleicher Weise verfahren worden; die Schuldeputation hat sich damals direkt an den Polizeipräsidenten gewandt und ihn gebeten, die Nachricht an die Schulen gelangen zu lassen. (Hört! hört!) Daß der Kultusminister befugt ist, als höchste Schulaufsichtsbehörde den Unterricht ausfallen zu lassen, darüber kann kein Zweifel sein. Ich beschränke mich vorläufig auf diese tatsächlichen Mitteilungen.

Stadtv. Kreiling (R. L.): Ich bedauere sehr, daß der Oberbürgermeister der Schuldeputation von diesen Akten in den letzten drei Wochen keine Mitteilung gemacht hat; ich bedauere ebenso sehr die Formen, daß die Schuldeputation sich 1902 direkt an den Polizeipräsidenten gewandt hat, wo man sich doch der Hohepost bedienen konnte. Tatsächlich wohnt dem Kultusminister, da wir kein Schulgesetz haben, die Macht bei, solche Verfügungen zu treffen; die Schuldeputation hat einfach zu gehorcht. Sehr bedenklich ist, daß in dem obenerwähnten Schulverbot die drei bis vier noch drei weitere Ferientage eintraten. Ebenso starke Bedenken hat die Form der Ausführung des Befehls gegen sich. Wo bleibt der Keim vor der Disziplin, wenn die Schüler vor den Schulen Schulleute finden, welche sie einfach nach Hause schicken? Was soll aus dem Schulbesuch werden, wenn der Unterricht ausfällt, sobald einmal in Berlin etwas los ist? Weiterhin schließt sich Redner bezüglich der pädagogischen Wirkung der Paraden dem Stadtv. Singer an und weist noch besonders auf die Gefahren hin, denen die Schulkinder in dem Trübel und Gedränge bei Paraden zumal im Zuge der Velle-Alliancestraße ausgesetzt sind. Darnach erklärt er: Der Antrag Cassel unterscheidet sich nur formell von unserer früheren Resolution und ich bitte um Annahme desselben, wobei ich allerdings voraussetze, daß die Schuldeputation künftig direkt die Anweisung weiter geben wird; auch ich mißbillige den Vorgang ebenso wie der Stadtv. Singer.

Stadtv. Cassel (R. L.): Einmütig ist die Lehrerschaft in dem Urteil, daß die Maßnahme schädigend wirken mußte, zumal hier zwei Paradedage frei gegeben wurden und der Sedantag sich unmittelbar anschloß. Die Schuldeputation erklärte hierin einen hervorragenden Liebelstand und wurde sofort in diesem Sinne beim Magistrat vorstellig. Materiell bin ich mit den Vorrednern durchaus einverstanden. Wenn nun Herr Singer aus meinem Antrage eine Willkür der Maßnahme herausliest, so ist das eine der lächerlichsten Behauptungen, die ich je aus seinem Munde gehört habe. Wir brauchen uns mit Formalien, wie Feststellung der Rechtsgrundlage und dergleichen nicht zu befassen, sondern gehen auf die Sache selbst ein; wir beschwerten uns über die Verfügung des Kultusministers, der die Freigabe der Schulen anordnete. Auch Herr Singer hat oft Anträge gestellt, ohne daß er des Erfolges sicher war. Freieicht der Magistrat nichts, so fällt die Verantwortung auf die, die in die Größe dieser Schädigung nicht hinlängliche Einsicht haben. Mehr Befugnisse als wir haben, können uns auch alle Radomontaden des Herrn Singer nicht verschaffen (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit) - und auch der spöttische Hohn des Herrn Singer kann uns nicht abhalten, auszusprechen, was wir für richtig halten. Sehr bedauern muß ich, daß der Oberbürgermeister sich so leicht gar nicht geäußert, für die Schädigung der Schulkinder keine Worte gefunden hat. Wenn in dieser Weise in eine laufende Verwaltung eingegriffen wird, so können wir das für förderlich nicht erachten. Herr Singer aber hat nicht im entferntesten das Recht, uns der Verschwommenheit zu zeihen. (Weisfall.)

Stadtv. Brehel (Antisemit) zollt dem Kaiser Weisfall für das liebevolle Verständnis, welches er für die Schulkinder an Paradedage habe. Die Rede Singers sei ganz überflüssig gewesen, sie sei nur ein Zeugnis für die geschwollene Macht der Socialdemokratie. (Zuruf bei den Socialdemokraten.) Die Schulung freue sich des Anblicks des bunten Kodes, den sie später auch mit Ehren tragen solle. (Auf: Hurra!) Ja wohl hurra! (Große Heiterkeit.) Jedermann wisse, wo die „Mißbilligung“ hingiele. Welche starken Ausdrücke habe man gebraucht dafür, daß der Kaiser einen Tag im Jahre die Schulkinder frohlich um sich sehen will! Die Paradedage zur patriotischen Erziehung bei.

Stadtv. Singer: Wenn sich die Ausführungen des Oberbürgermeisters bei Herrn Brehel zu einem Hurra verdichtet haben, so wird jener daraus erkennen können, wie weit er mit seinen Ausführungen auf dem richtigen Wege war. Um den Kern der Sache ist der Oberbürgermeister herumgegangen; es steht fest, daß in die Rechte der Schulverwaltung von außen willkürlich eingegriffen worden ist. Unser Antrag ist erledigt, ich ziehe ihn zurück. Wenn der Oberbürgermeister sich quasi identifiziert mit den Anordnungen des Polizeipräsidenten, so muß ich dieser Auffassung entschieden widersprechen und lebhaft bedauern, daß das städtische Oberhaupt keinen anderen Verkehr in solchen Fällen mit den ihm unterstellten Behörden weiß als den durch die Polizei. Es kommen 200 Leute in Frage, denen binnen wenigen Stunden eine Mitteilung gemacht werden soll. Wenn es nötig ist, will ich

nich beschließen, innerhalb weniger Stunden Hunderttausende von Mitteilungen zur Kenntnis der Bürgererschaft zu bringen. Materiell scheint es ja wirklich, als ob man im Magistrat mit der Maßnahme ganz einverstanden ist. Die überwiegende Mehrheit der Versammlung steht auf ganz anderem Boden; sie hält dafür, daß der Eingriff in die Schuldisziplin eine schwere Schädigung für Schüler und Eltern bedeutet. Darüber schweigt sich der Oberbürgermeister vollständig aus! Mit Herrn Brehel lasse ich mich in eine Diskussion nicht weiter ein. Den Antrag Cassel habe ich nur in seinen Wirkungen betrachtet und ihn als schädlich, als einen Schlag ins Wasser bezeichnet, und dabei bleibe ich. Er wird uns doch das Recht nicht bestreiten wollen, diesen Antrag als eine Halbheit, als etwas absolut Wertloses zu bezeichnen. Herr Cassel ist im Princip oft sehr verständig, aber wenn es darauf ankommt, daß Prinzip zum Ausdruck zu bringen, so knickt er zusammen, dann sucht er nach juristischen Formeln, aus denen man mit vieler Mühe vielleicht herauslesen kann, was er damit gesagt haben will. Der Sprung, den Kollege Kreiling nach seinen materiellen Ausführungen zum Antrag Cassel macht, ist ein Saltomortale. Wir bleiben auf dem Antrag Rosenow stehen.

Oberbürgermeister Kreisinger: Die Haltung des Magistrats erklärt sich sehr einfach durch den Gang der Verhandlungen; er wollte erst die Stellungnahme der Versammlung abwarten. Die Beratung ist nur verzögert worden. Wenn Herr Singer den Kultusminister nicht für berechtigt hält, einen Tag mehr Ferien zu geben, so wäre das richtig, wenn die Ferien gesetzlich festgelegt wären; das ist aber nicht der Fall. Es werden sich immer Veranlassungen ergeben, auch über die angelegten Ferien hinaus freie Tage zu geben; im Jahre 1900 waren es solcher Tage zehn. Wenn ich früh um 8 Uhr den Auftrag erhalte, den Schulen befehlen zu machen, daß der Unterricht ausfällt, kann ich die von Herrn Singer angedeuteten Wege nicht gehen. Schrecklich ist es doch auch wirklich nicht, wenn die Polizei-Organ die Liebenswürdigkeit haben, diese Meldung zu übernehmen. (Heiterkeit.) Sind dabei an einzelnen Stellen Laxheiten vorgekommen, so ist das zu beklagen und zu mißbilligen, aber das ist auch nicht ausgeschlossen, wenn wir die Sache in Scene setzen. Wenn der Schupmann direkt den Kindern sagt: Heute fällt die Schule aus! und nicht erst den Rektor ex cathedra das verkünden läßt, so ist doch wirklich nichts dabei. Ich hatte mir übrigens ausdrücklich weitere Zusicherungen vorbehalten. Ich kann für meine Person erklären, daß es mit Unannehmlichkeiten verbunden war namentlich für die ärmere Bevölkerung, daß die Maßnahme so schnell durchgeführt werden mußte; für eine Vorbereitung von längerer Hand würde ich mich verwenden. Sonst aber ist die Sache gar zu stark aufgebauscht. Die Schulen haben 125 Tage im Jahre frei, wenn ein oder zwei Tage dazukommen, hat das nach meiner Ansicht nichts zu bedeuten, und so auch nicht, wenn der Kaiser bei einem von ihm für bedeutend angesehenen Anlaß den Schulen einen Tag frei läßt und der Minister für den Akt die Verantwortlichkeit übernimmt.

Stadtv. Cassel tritt diesen Anschauungen entgegen. Die Schuldeputation sei entgegengesetzter Meinung gewesen. Solche impulsiven Eingriffe erregen in der Bürgererschaft große Unzufriedenheit. Herr Singer habe heute nach dem Rezept des Mißtrauens gegen die Akademiker vor den Juristen gewarnt. (Stürmische Heiterkeit.)

Stadtv. Pers (R. L.) polemisiert gegen die Ausführung des Stadtv. Brehel, daß es sich bei den Schülern um eine Verbildung des Patriotismus handle und daß die Parade zur patriotischen Erziehung beitrage. Die Paraden würden in der Gegend vor dem holländischen Thore vielfach als eine große Belästigung empfunden. An den Tagen großer Hitze werde mit der Freigabe der Schulen oft ebenso engherzig verfahren, als in dem Paradedalle weitherzig zu Werke gegangen sei.

Damit schließt die Debatte. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Singer (Rosenow) mit 85 gegen 33 Stimmen abgelehnt; mit der Mehrheit stimmt auch ein Teil der Neuen Linken. Der Antrag Cassel gelangt sodann ebenfalls in namentlicher Abstimmung mit 80 gegen 25 Stimmen zur Annahme.

Mit der Anlage eines Nordparks rechts der Seestraße auf den Reih- und Wurzelbergen nach den Vorschlägen der Magistratsvorlage vom 10. August hat sich der niedergesetzte besondere Ausschuss mit zwölf gegen eine Stimme einverstanden erklärt.

Nach einer kurzen Verwahrung des Stadtv. Wallach, der zunächst die Genehmigung der 28 Millionen-Anleihe abwarten will, wird die Vorlage angenommen.

Die Vorlage betreffend die Abänderung des Zülförge-Erziehungs-Reglements wird für heute abgesetzt.

Der am 24. September eingebrachte Antrag des Stadtv. Pfannkuch (Soc.) geht dahin, den Magistrat zu ersuchen, den Beginn der Wahlen für den Landtag auf nachmittags 5 Uhr festzusetzen.

Stadtv. Borgmann (Soc.): Nach dem Wahlreglement sind die Wähler zu einer für sie möglichst günstigen Stunde zusammenzubekommen. Dieser Bestimmung entspricht unser Antrag. Bei der Reichstagswahl ist von 10 bis 7 Uhr Zeit; bei der Landtagswahl müssen sich die Wähler zu einer bestimmten Stunde einfinden und im Wahllokal bis zur Beendigung der Wahl verbleiben. Es leuchtet ein, daß es außerordentlich un bequem ist für die Geschäftsleute und Arbeiter, eine Tagesstunde zu wählen, wo Geschäft und Arbeit sie in Anspruch nehmen. 1898 wurde 5 Uhr auf unseren Antrag festgesetzt; wie ist jetzt der Magistrat dazu gekommen, 2 Uhr zu wählen? Hat er sich durch die Petitionen freisinniger Bezirksvereine beeinflussen lassen? Ich begreife nicht, wie freisinnige Politiker zu einem solchen Antrag kommen konnten, die doch auch der Meinung sind, daß dieses Gesetz das elendeste aller Wahlgesetze sei. Wohl nur aus bloßer Furcht vor unangenehmen Erlebnissen bei der Wahl sind sie dazu gekommen, wenn es nicht pure Nichtigkeit war, die einen derartigen Antrag hervorrief. (Große Ironie.) Bei der Landtagswahl haben die Wähler der dritten Abteilung zunächst zu wählen. Diese gehören fast ausschließlich den Arbeiterkreisen an und es muß auf sie Rücksicht genommen werden. Die Erwartung, daß die Beteiligung diesmal stärker sein werde, weil meine Parteigenossen sich zum erstenmal beteiligen wollen, kann auch den Magistrat nicht bestimmen haben, denn der Minister hat inzwischen für den Beginn der Wahl der einzelnen Abteilungen bestimmte Anfangsstunden zugelassen; man könnte also die Wahl der zweiten Abteilung um 8 Uhr, die der ersten um 9 Uhr ansetzen. Soll da der Anspruch auf Bequemlichkeit und Vergnügen der betreffenden Wähler etwas vorgehen? Wo bleibt dann die Rücksicht auf die dritte Abteilung? (Zuruf.) Die Arbeiter verlieren einen Teil ihres Arbeitstages, sie sind nicht alle Rentiers wie Herr Wallach. Es giebt ja auch in der dritten Abteilung Minister, aber die werden doch nicht durch die Teilnahme an der Wahl in ihren Bezügen so geschädigt, wie die Arbeiter. Es hat verstanden, die Socialisten beabsichtigen, gültige Wahlen überhaupt nicht zu stande kommen zu lassen. Dem Urheber dieser Freisinnigkeit kann ich nicht das Recht zugestehen, unsere Absichten kundzugeben; wir verlangen unter allen Umständen, daß alle gesetzlichen Vorschriften bei der Wahl erfüllt werden müssen. Zeigt sich, daß dann die Ausführung einer geordneten Wahl unmöglich ist, so tragen nicht die Wähler, sondern die Regierung Schuld. Aber wir haben sehr wohl die Absicht, eine Wahl stattfinden zu lassen; denn wenn selbst in zahlreichen Wahlbezirken keine Wahl zu stande käme, so würden die Wahlen selbst doch mit einer winzigen Zahl von Wahlmännern zu stande kommen. Mit der Annahme des Anfangs um 5 Uhr würde der Arbeiter nur einen Viertel-Arbeitstag verlieren; es würde so eine große Schädigung der Arbeiter vermieden werden. Auch als Arbeitgeber sollte sich der Magistrat zu unserm Antrage bereit finden lassen; er ist einer der größten Arbeitgeber, dessen finanzielles Interesse hier also gleichfalls sehr in Betracht kommt. (Weisfall.)

**Stadtrat Bohm:** Der Magistrat hat beschlossen, den Beginn auf 2 Uhr festzusetzen. Er ist dabei von den Petitionen der Bezirksvereine nicht beeinflusst worden, sondern hat ganz selbständig geurteilt. Es ist angenommen worden, daß sich die Beteiligung diesmal nicht auf 10-15, sondern auf etwa 50 Proz. belaufen wird. Ueber die Länge des Wahlfestes einer Abtheilung haben wir uns durch eine Probewahl zu orientieren versucht; es hat sich ergeben, daß die Abfertigung von etwa 120 Wählern eine Stunde dauert. Dies zu Grunde gelegt, würde sich das Wahlgeschäft in einem mittleren Bezirk von 850 Wählern auf vier Stunden erstrecken und um 6 beendet sein; zahlreiche Bezirke haben aber weit mehr Wähler, einer sogar 1267, und die Zeit kann sich auf 8-8 oder 9 Stunden verlängern, d. h. weit über Mitternacht ausdehnen. Später als 2 Uhr ließe sich daher der Anfang nicht fixieren. Den städtischen Arbeitern wird am Wahltage nichts gekostet werden.

**Stadtr. Kämpf (A. L.)** stimmt dem Magistratsvertreter durchaus bei. Der Anfang um 2 Uhr sei möglicherweise auch schon zu spät. Uebrigens habe Herr Dr. Kronz ausdrücklich erklärt, daß es den Socialdemokraten darauf ankomme, die Undurchführbarkeit des preussischen Wahlfestes ad oculos zu demonstrieren. Daß den Arbeitern ein halber Tagesverdienst entzogen werden würde, könne er nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht ohne weiteres glauben. Bei späterem Anfang sei eine ordnungsmäßige Wahl nicht gewährleistet.

**Stadtr. Dr. Nathan (A. L.)** bemängelt die Schätzungen, welche die Grundlage der Magistratsbeschlüsse bilden. Die Oportunität der Liberalen werde doch auch davor nicht zurückschrecken, bis zu einer späten Stunde an dem Wahltage teilzunehmen. Das Wahlgesetz benachteilige gerade die Arbeiter ganz außerordentlich. Ein Teil seiner Freunde schließe sich daher dem Antrage an.

**Stadtr. Vohm** verteidigt seine Aufstellungen.

**Stadtr. Borgmann:** Unter den Einzelfällen der Wahlbezirke mit außerordentlich hohen Wählerzahlen darf man doch die Gesamtheit nicht leiden lassen. Herr Kämpf spricht auch von dem elendesten Wahlgesetz; das ist ein billiger Luxus, denn Herr Kämpf kommt dabei sehr wohl zu seinem Vorteil und möchte sich später nach demselben zurückziehen. Kronz ist von Herrn Kämpf völlig mißverstanden worden; schon 1898 hat man die Vorschriften des Wahlgesetzes nicht beobachtet, z. B. in Teltow, weil man sie nicht mehr erfüllen konnte, und Herr Kopsch hat selbst für die Gültigkeit dieser gesetzlich unzulässigen Wahl gestimmt! Daß die Arbeitgeber freiwillig den halben Tag entschädigen werden, werde ich erst glauben, wenn es geschehen sein wird. Die Befürchtung einer Schädigung der oberen Abteilungen ist unbegründet.

**Stadtr. Kämpf** verteidigt sich jede Prophezeiung, was er etwa thun werde, wenn das jetzige Wahlgesetz geändert sei.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Pfamlich mit 66 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Nach Erledigung einer Anzahl weiterer Gegenstände schließt die öffentliche Sitzung um 9 1/2 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

Das Strafskonto der Parteigenossen betrug in den beiden Monaten August und September insgesamt: 6 Jahre 3 Monate und 2 Wochen Gefängnis- und 2070 Mark Geldstrafe.

### Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichen wir die Adressen der zur Zeit in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen, jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals. Wir eruchen die Interessenten, uns in der Vervollständigung des Verzeichnisses zu unterstützen und von einer Adressenänderung uns rechtzeitig Kenntnis geben zu wollen.

- Arbeitersekretariate bestehen in:
- Altenburg (S.-A.), Unterm Schlosse 1
  - Altona, Große Bergstr. 204 I
  - Berlin SO., Engel-Nfer 15.
  - Bochum, Johannerstr. 22.
  - Bremen, Osterhorst 26 I
  - Breslau, Wessergasse 18/19 I
  - Bromberg, Jakobstr. 17.
  - Cassel, Wilmannsstraße 20 II
  - Darmstadt, Elisabethstr. 31.
  - Dortmund, 1. Kampstr. 73 I
  - Frankfurt a. M., Am Schwimmbad 8/10.
  - Gera, Hospitalstr. 21 I
  - Weisenkirchen, Vereinsstr. 29.
  - Gotha, Erfurterstraße (altes Gerichtsgebäude).
  - Halle a. S., Seifstr. 21.
  - Hamburg, Gänsmarkt 35 II
  - Hannau, Mühlstr. 2.
  - Hannover, Artilleriestr. 13.
  - Harburg a. Elbe, Erste Bergstr. 72.
  - Hersfeld, Karrenstr. 2.
  - Jena, Saalbaustr. 3.
  - Kattow, Rathhausstr. 6.
  - Kiel, Gasstr. 24 parterre.
  - Köln a. Rh., Perlengaden 20 I
  - Kronach, Kirchenplatz 74.
  - Landesgut i. Schil., Gäßhof zur Sonne, I.
  - Lübeck, Johannisstr. 46, part.
  - Mannheim, S. 3, 10.
  - Mühlheim a. Main, Wiesenstr. 3.
  - München, Waabstr. 1 I
  - Neu-Kuppin, Karstr. 13.
  - Nürnberg, Egidienplatz 22.
  - Posen, Breitenstr. 21.
  - Remscheid, Kölnerstr. 18.
  - Striegau, Riganstraße.
  - Stuttgart, Ehlingerstr. 17/19.
  - Tuttlingen, Schaffhäuserstr. 24.
  - Waldenburg-Altmasser.
  - Wolfsk., Kronwiesstr. 4, part. links.
  - Würzburg, Blumenstr. 12.

Berlin, den 7. Oktober 1908. Der Parteivorstand. Kreuzbergstr. 30.

Ein Opfer des Gefängnisses. Am Montag starb nach langen und schweren Leiden in jungen Jahren unser Parteigenosse Richard Levy. Er ist das Opfer jenes Majestätsbeleidigungs-Prozesses geworden, der wegen des Abdrucks eines gleichgültigen Scherzes mit der Beurteilung zu einem Jahre Gefängnis endigte.

Als Redakteur der Erfurter „Krisis“ erlitt unser Genosse diese Strafe. Zwei Tage vor Weihnachten, obwohl er an einer schmerzhaften Nierenentzündung erkrankt und eine Operation von 10000 M. angeboten war, wurde er wegen Fluchtverdachts verhaftet. Er mußte entlassen werden, um sich einer Operation zu unterziehen. Kaum hatte er sich wieder ins Gefängnis begeben, so wurde er durch den Tod seiner Mutter betroffen. Acht Monate blieb er im Kerker. In dieser Zeit entwickelte sich eine schwere Lymphdrüsen-Krankheit, zu der die Disposition vielleicht schon in ihm lag, deren furchtbare, schließlich zum Tode führende Entwicklung aber nach ärztlicher Meinung durch die lange Haft verschuldet ist. Er mußte abermals aus dem Gefängnis beurlaubt werden und sickte seitdem, rettungslos. Vier Monate ist er dem rührenden Staat schuldig geblieben!

Richard Levy ist am 28. Mai 1873 geboren, hat also nur ein Alter von 30 Jahren erreicht. Er war ursprünglich Kaufmann. Zeitweilig Parteigenosse, trat er in den Dienst der Parteipresse, erst in Saalfeld, dann in Erfurt. Bis zu seinem Tode, obwohl aus Welt gekündigt, war er literarisch tätig. Er trat sich noch zuletzt mit dem Gedanken, eine socialdemokratische Kinder-Zeitschrift herauszugeben. Seine Freunde und die Partei werden diesem schlichten Manne, der so früh im Klassenkampfe verblutete, ein herzliches Gedenken weihen.

Am Sonntag wird Richard Levy zur letzten Ruhe beisetzt werden. Die näheren Angaben werden noch folgen.

München, 8. Oktober. In der Weiblichungsfrage des Genossen Haller v. Hallerstein gegen den Antijonien Ludwig Wemig wurde der letztere zweier Vergehen der Weiblichung schuldig erkannt und zur Geldstrafe von 80 M. event. zu acht Tagen Gefängnis verurteilt.

Von socialdemokratischen Elementen führen will man die — evangelischen Arbeitervereine in Weiskalen. Das wurde verlangt auf dem am Sonntag in Herne abgehaltenen Verbandstage dieser Vereine. Danach scheint also auch diese Gründung der Arbeitervereine zur Arbeiterverbildung dem tragischen Schicksal verfallen zu sein, dem auf die Dauer keine solche Veranstaltung entgegen wird. Wir fürchten, die „Säuberung“ wird zu einer dauernden Einrichtung werden müssen.

Der Landesvorstand der socialdemokratischen Partei Bayerns erläßt diesen Aufruf an die bayerischen Parteigenossen:

Der Entwurf des neuen Landtags-Wahlgesetzes liegt jetzt vor. Er wird in den nächsten Tagen in der Abgeordnetenversammlung der ersten Beratung unterstellt, wobei zunächst eine Aussprache der Parteien erfolgt. Wir werden sofort nach dieser Debatte die Organisationen des ganzen Landes zur Einleitung einer umfassenden Massenagitation auffordern und ersuchen Euch, namentlich hinsichtlich der Anzahl und des Ortes der Versammlungen die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die gemeingefährliche Versammlung unter freiem Himmel oder die Havelpiraten.

Zwischen Spandau und dem kleinen Havelort Tiefwerder, auf dem Grundstück Tiefwerderweg Nr. 1, sollte an einem Sonntag-nachmittag im November eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel stattfinden. Rechtsanwalt Dr. Karl Dieblnecht sollte über den Zolltarif sprechen. Das Thema lautete: „Welche Gefahr droht dem deutschen Volke?“ Die Erlaubnis zu der Versammlung wurde jedoch auf Grund des § 9 des Vereinsgesetzes verweigert, weil eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten wäre. Näher begründete der Polizeiverweser das Verbot nicht. Die Beschwerden des Einberufers Reimert blieben erfolglos. Die letzte Beschwerde gab der Regierungspräsident zu Potsdam an den Oberpräsidenten weiter, indem er ihr zugleich einen Bericht hinzufügte und ausführte: Das Grundstück stöße an den Tiefwerderweg, eine schöne Chauffee, die Sonntags viel von Leuten begangen werde, die den nahen Reichswerder aussuchen wollten. Auf der anderen Seite werde es von der Havel begrenzt. Bei der hochgehenden Erregung zur Zeit des Zollkampfes sei ein zahlreicher Besuch der Versammlung zu erwarten gewesen, auch Gegner würden sich eingefunden haben, und Störungen der Ruhe und Ordnung wären zu befürchten gewesen, zumal man auf der Chauffee trotz des Jaunes, der das Grundstück von ihr trennte, jedes Wort hätte hören können. Es hätte auch auf der Chauffee Ansammlungen gegeben und der Verkehr wäre gestört worden. Und von der Wasserseite aus hätten Exzesse von Schiffsahrtreibern erfolgen können, gegen die die Polizeibeamten auf dem Lande nichts hätten ausrichten können. — Der Oberpräsident wies die Beschwerde ebenfalls ab.

Die nunmehr beim Ober-Verwaltungsgericht angestrebte Klage begründete Rechtsanwalt Dr. Karl Dieblnecht. Gerade für eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel sei das Grundstück sehr geeignet. Die Chauffee nach Tiefwerder weise im Gegensatz zu anderen Chauffeen der Gegend einen ganz minimalen Verkehr auf. Die geltend gemachten Befürchtungen schwebten völlig in der Luft. Dafür, daß auch viele Gegner kommen und die Erregung eine große werden würde, habe jeder Anhalt gefehlt. Die Polizeiverwaltung habe diese bestimmten Befürchtungen auch gar nicht gehabt, erst der Regierungspräsident habe Einzelbefürchtungen ausgesprochen. Die Erwägung, es könnten sich die Menschen auf der Straße ansammeln und den Verkehr stören usw., sei doch zu vage, als daß sie hier zu berücksichtigen wäre. So etwas könne man ja stets befürchten. Und dann die Havel-Schiffer, mit denen operiert werde. Das Grundstück grenze ja an die Havel, nicht aber der für die Versammlung in Frage kommende Platz. Dieser sei, wie feststehe, durch ein unwegbares, 20 Meter breites Schilfgelände von der Havel getrennt. Damit sei bewiesen, wie kampfhafte die Behörden bemüht seien, Thatsachen herauszufinden, die die Befürchtung rechtfertigen sollten, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet sei.

Der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts erkannte auf die Klage, daß der ablehnende Bescheid des Oberpräsidenten aufzuheben und die Verfügung, durch welche die Versammlung verboten wurde, außer Kraft zu setzen sei. Es seien keine Thatsachen von den Behörden beigebracht worden, die den Schluß rechtfertigten, daß aus der Abhaltung der Versammlung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten gewesen wäre.

### Nachrichten der Reichstagswahlen.

Vor dem Schöffengericht zu Finkenwalde wurde der Reichstagskandidat des Kreises Kalau-Ludau, Genosse Schubert, wegen Beamteneinleitung zu 5 M. Geldstrafe verurteilt. Die Weiblichung erstreckte das Gericht darin, daß Schubert dem überwachenden Polizeibeamten in einer Versammlung, welche von demselben nach dem Referat unseres Genossen ohne irgend welche Gründe ausgesetzt wurde, rief: „Sie sind ja ein ganz eigener kühler Beamter!“

In dieser Beziehung — so folgert das Gericht — ist ohne Zweifel eine Weiblichung des Beamtenmeisters Klingbeil zu erblicken. Nach dem Sprachgebrauch liegt in dem Wort „eigentlich“ der Ausdruck von Mischung. Es soll damit gesagt werden, daß das mit diesem Verhalten belegte, sei es ein Mensch, sei es eine Handlung eines Menschen, etwas vom Gewöhnlichen, vom Richtigen, Angemessenen Abweichendes ist, etwas, was nicht in Ordnung ist. Diese Bedeutung ergibt sich insbesondere aus der Nebenbemerkung: „ein eigentlichliches Benehmen“.

Der Angeklagte bestritt sich zwar in Wahrnehmung berechtigter Interessen, als er den Beamten nach den Gründen der Auflösung fragte, da das Versammlungsrecht und die Redefreiheit einem jeden Staatsbürger gewährleistet ist. Er durfte daher auch danach forschen, warum dieses Recht im vorliegenden Fall verweigert wurde. Er durfte auch die Maßnahmen des Polizeibeamten kritisieren. Der Angeklagte ist bei der Kritik aber über das Maß des Erlaubten hinausgegangen. Aus der Form seiner Äußerung ergibt sich die Absicht des Angeklagten, den Beamten zu beleidigen. Es liegt daher eine Weiblichung vor.

Vor dem Schöffengericht in Senftenberg standen als Angeklagte die Genossen Schubert, Lehmann, Mensch und Günther. Sie sollten während der Wahlen eines Abends in dem Walde bei Groß-Räfen eine von gegen 800 Personen besetzte Versammlung unter freiem Himmel ohne polizeiliche Erlaubnis abgehalten haben. Die Behörde hatte einen großen Zeugenapparat aufgebaut, um den Nachweis zu liefern, daß Schubert und Günther politische Reden gehalten, die beiden anderen Angeklagten dagegen die Einladung resp. Veranstaltung getroffen hätten. Die Zeugen konstatieren, daß Schubert und Lehmann fortwährend auf und abgegangen seien und sich recht laut unterhalten haben, so daß die Herantretenden das Gespräch verstehen konnten. Sie selbst haben nur einige Äußerungen wie „Champagner usw.“ verstanden, da jedesmal beim Herantreten der Gendarmen das Gespräch verstummte. Auch bei der Abfahrt auf dem Bahnhof, wo gegen 500 Menschen standen, habe Schubert eine

auf den Wahlkampf bezügliche Rede gehalten. Der Angeklagte betonte, daß es sein gutes Recht sei, auch im Walde von Groß-Räfen zu sprechen und gehen und auch einige an Freunde gerichtete Abschiedsworte können nicht strafbar sein. Die drei ersten Angeklagten wurden freigesprochen, Günther zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. — Im Gasthause zu Sörlich, in welchem sich die Genossen Schubert und Barth eines Abends trafen, ging es sehr lebhaft her. Schulmeister, Ortsrichter und die Bauern des Ortes hatten sich eingefunden, weil sie von der Anwesenheit der Socialdemokraten erriethen. Am Tische sah ein konservativer Gutsinspektor und schimpfte auf die „rote Bande“. Eben war Schubert dabei, diesem Herrn das Aburtheil seiner Ausführungen herzugeben, als die Thür aufging, der Polizeibeamter von Jütendorf hereintrat und unter dem Gelächter der Anwesenden die „Versammlung“ auflöste. Man ließ sich jedoch dadurch die Unterhaltung nicht stören und auch der gestrenge Gesehewächter hörte andächtig zu. Die Folge: eine Anklage gegen den wie aus den Wollen gefallenen Wirt und Schubert und Barth. Der letztere wurde freigesprochen, die beiden letzteren zu je 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Berufung ist eingelegt.

— Auf scheidischem Boden, in dem Grenzorte Seidenberg-Ebersdorf, wurden zwei Parteigenossen aus Sörlich verhaftet, weil sie Flugblätter verteilt hatten. Sie wurden dem Bezirksgericht in Friedland (Böhmen) übergeben.

— Zu sechs Wochen Gefängnis wurde der Redakteur des „Volkblattes“ für Anhalt, Genosse Günther, verurteilt, weil er die Polizei beleidigt haben soll. Er hatte die Zustände in einer sogenannten Arbeiterkammer in Verburg kritisiert und dabei angeblich der Polizei Pflichtverletzung vorgeworfen.

In diesem Paradiese wohnen und schliefen, wie festgelegt worden ist, in einem einzigen, 20 Quadratmeter großen Raume in drei Betten drei Männer, drei Frauen, ein zwölfjähriges Mädchen und ein Säugling von acht Tagen. Günther hatte angedeutet, daß der Polizei diese Zustände nicht unbekannt seien, daß sie aber dazu geschwiegen habe. Es wurde nun festgestellt, daß die Polizei dem Besitzer bezw. Pächter, Amisrai Weibezahl in Ilberstadt, aufgegeben hatte, Nurember zu schaffen. Gesehewen war allerdings, als Günther die Zustände untersuchte, noch nichts. Günther soll aber, wie der Vorsitzende des Gerichts ausführte, von der polizeilichen Anordnung gewußt haben. Nachgewiesen konnte ihm das nicht werden. Der Redakteur hat sich zwar um die öffentliche Sittlichkeit ein hohes Verdienst erworben durch Aufdeckung solcher schauerhaften Zustände, aber deutsche Sittlichkeit verlangt eben die Bestrafung des Redakteurs.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

In Charlottenburg werden die Urwählerlisten am Sonntag, den 11. Oktober von 12 Uhr mittags bis 5 Uhr nachmittags, am Montag, den 12. Oktober und am Dienstag, den 13. Oktober von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends öffentlich ausliegen und zwar: a) für die Stadtbezirke Westend, Spandauer Berg, Schloßviertel, Viegensee, Kalowswerder, Ronnendamm, Königsdamm nördlich und südlich, Martinisensfeld, Lützow, Halbinsel und innere Stadt (Urwahlbezirke 1 bis 89) im Statistischen Amt, Berlinerstr. 71, Seitenstiege 1 Treppe, b) für die Stadtbezirke Hochschulviertel, am Kurfürstendamm und Ostviertel (Urwahlbezirke 87-130) im Feuerwehrr-Dienstgebäude, Planstr. 10, 1 Treppe (im Brandmeister-Dienstzimmer). Innerhalb der genannten drei Tage sieht es jedem frei, gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Liste seine Einprüche schriftlich bei dem Magistrat oder zu Protokoll in den bezeichneten Räumen bei den dort anwesenden Beamten anzubringen. Für die Legitimation ist durch Vorlegung der Steuerquittung für das letzte Vierteljahr oder einer polizeilich bescheinigten Anmeldung für die Wohnung, unter welcher die Eintragung erfolgen soll, oder auf andre glaubwürdige Weise zu sorgen.

Schöneberg. Die Urwählerlisten zu den Landtagswahlen liegen an den folgenden drei Tagen aus: am Sonntag, den 11. Oktober, von mittags 12 bis nachmittags 5 Uhr, am Montag, den 12., und Dienstag, den 13. Oktober, von mittags 12 bis abends 9 Uhr, und zwar für die Urwahlbezirke 1-25 (Stadtbezirke I, II und III) in der Turnhalle der Gemeindegemeinschaft, Ruffhauerstraße 23; für die Bezirke 26-39 (Stadtbezirke IV und VII) in der Turnhalle der Gemeindegemeinschaft, Klostel Kaulsdorf, 10/11; für die Bezirke 40-55 (Stadtbezirke V und VI) im Zimmer 1 im Kuergebäude des Rathhauses; für die Bezirke 56-60 (Stadtbezirke X und XI) in der Turnhalle der Gemeindegemeinschaft, Rüdensstraße; für die Bezirke 61-75 (Stadtbezirke VIII) in der Turnhalle der Gemeindegemeinschaft, Colonnenstraße 22/23. Reklamationen müssen innerhalb dieser drei Auslegungstage angebracht werden.

Mariendorf. Freitagabend 8 1/2 Uhr ist bei Reinhard, Chauffee-straße 16, eine Ortsitzung, in der die Besetzung der Urwahlbezirke erfolgt.

Rudow, Johannisthal und Angerndorf. Am Sonntagnachmittag 4 Uhr findet in Rudow bei Reime, Vondaststraße, eine Volksversammlung für Frauen und Männer statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Die bevorstehende Landtagswahl“. Referent Genosse Kagenstein. 2. Diskussion. Der wichtigen Tagesordnung wegen wird ein zahlreicher Besuch erlucht.

Königs-Wusterhausen. Sonntagnachmittag 4 Uhr findet im Langes Gasthof zum Siegeskranz eine Versammlung des Wahlvereins statt, in der die Aufstellung der Wahlmänner für die Landtagswahlen erfolgt. Die Inhaber von Listen für den Parteitag werden erlucht, mit dem Kassierer abzurechnen.

Neuenhagen (Havel). Sonntagnachmittag 4 Uhr findet eine Volksversammlung im Ragschens Saale in Bruchmühle statt. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Landtagswahlen. Referent: Genosse Paul Hirsch-Charlottenburg. 2. Diskussion.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Dresden, 8. Oktober. (Privat-Depesche.) Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß heute, den städtischen Arbeitern die Mitgliedschaft in Konsumvereinen zu verbieten.

Kaiserslautern, 8. Oktober. (B. L. Z.) Nach einer Meldung der „Pfälzischen Presse“ sind in Obdenbach bei Lauterbach 50 Personen infolge des Gemisses schlechten Trinkwassers an Typhus erkrankt.

Schoyheim, 8. Oktober. (B. L. Z.) In Reuentweg brach heute vormittag ein großer Brand aus. Gegen Abend waren bereits 14 Häuser und die Postanstalt niedergebrannt; 24 Familien sind obdachlos, die Telefonverbindung ist unterbrochen.

Budapest, 8. Okt. (B. L. Z.) Der Minister des Innern hat den Beschluß des Hausar Komitats, freiwillige Steuerleistungen nicht anzunehmen, aufgehoben.

Wie verlautet, wird der Minister des Innern die Szegediner Stadtbeförde zur Verantwortung ziehen, weil diese dem Ersuchen des Militärkommandanten, den Kranz vom Koffuthdenkmal zu entfernen, nicht Folge geleistet hat.

Lourcoing, 8. Oktober. (B. L. Z.) Der Ausstand in Halluin ist allgemein geworden. In Weiereien und einzeln stehenden Häusern kommt es fortwährend zu Aufständen, da Personen Geld und Lebensmittel fordern. — In Lourcoing mußten Abteilungen von Kavallerie mehrmals vorgehen, um die Zugänge zu verschiedenen Webereien frei zu halten.

Kiska (Gouvernement Mählen), 8. Oktober. (B. L. Z.) Als heute verhaftete Juden durch eine heritene Wächterschaft aus dem Gefängnis zur Eisenbahn eskortiert wurden, verjagten ihre Glaubensgenossen, die sich in einer Stärke von etwa 1000 Mann zusammengeboten hatten, die Verhafteten zu befreien, wurden aber mit blanker Waffe zurückgeschlagen; es wurden zunächst zehn Verhaftungen vorgenommen.



Die Versammlung bedauert insbesondere mit Rücksicht auf die immer wieder auftauchenden Pläne der Reaktion, daß der Parteitag jede Diskussion über die Frage des Generalstreiks abgelehnt hat.

## II.

Die Versammelten sprechen zu den Beschlüssen des Parteitages und zur Haltung beim Abstimmung der hiesigen Delegierten ihre Zustimmung aus. Sie sind einestheils der Meinung, daß die Debatten auf dem Dresdener Parteitag unabwendbar waren, andererseits sind sie aber auch äusserst ungehalten darüber, daß sich die einzelnen Redner haben Entgegnungen zu schulden kommen lassen, die ein gezieltes Zusammenarbeiten unserer Führer in Zukunft nicht garantieren. Die Versammelten sprechen die Bestimmte Erwartung aus, daß die unliebsamen Debatten auf dem Dresdener Parteitag für alle Zeiten wie ein reinigendes Gewitter gewirkt haben möchten und daß ein innigeres Verhältnis aller Parteigenossen untereinander, sowohl der Proletarier des Geistes als auch der der schwieligen Faust, die Gewähr bietet, daß in Zukunft solche zeitraubenden persönlichen Ausprägungen auf den Parteitagen der deutschen Socialdemokratie unmöglich sind, damit endlich einmal die zahlreichen Wünsche der Provinzgenossen einer Prüfung unterzogen werden.

In einer Versammlung in Gotha führte Wilhelm Voß aus (Wir berichten nach der „Vremmer Bürgerzeitung“, da uns die betreffende Nummer des Gothaer Blattes nicht zugegangen ist): „Webel hat die Situation so gezeichnet: Hier Kaditale, drüben die Revisionisten und was dazwischen liegt, ist großer „Sumpf“, zu diesem zähle ich mich und wünsche nur, daß dieser „Sumpf“ immer breiter und weiter wird, denn wir sind, was wir waren, und bleiben, was wir sind. Uns schreckt nicht der Revisionismus, noch Kaditalismus, wir arbeiten in alter bewährter Weise fort. Wir wählen unsere Abgeordneten, daß sie eintreten für unsere wirtschaftlichen und politischen Rechte (sehr richtig!), daß sie es, soweit ihre Macht reicht, Amendur schaffen, überall, wo etwas im Staate faul ist.

Die Parteigenossen thun bei solchen theoretischen Jänkereien gut, sich nicht sofort für die eine oder andere Seite zu entscheiden, sondern solcher Art auftauchende Fragen erst gründlich zu studieren und erst dann Stellung zu nehmen. Die ganze Partei hat nichts dabei gewonnen, daß schon so oft und immer mit dem gleichen Resultat über die energiereichere oder gemäßigtere Taktik gestritten worden ist... Wir bleiben in Gotha wie bisher so auch in Zukunft im „Sumpf“, d. h. wir halten an unserem Programm fest, agitieren, organisieren so viel wir können und fördern die Stärke und Kraft der Partei. Der heutige kapitalistische Staat sorgt dann schon dafür, daß die Partei nicht verweichlicht oder verwässert.

Die Versammlung des Socialdemokratischen Vereins Wands-  
bel legte ihre Meinung in der folgenden Resolution fest:

„Die am 6. Oktober tagende Mitgliederversammlung des Socialdemokratischen Vereins erklärt sich mit den gefassten Beschlüssen hinsichtlich der Mitarbeit von Parteigenossen an gegnerischen, die Principien unserer Partei in hässlicher Weise belämpfenden Blättern und der Frage der Parteitaktik einverstanden, verurteilt aber entschieden die auf dem Parteitag beliebigen, das Ansehen der Partei auf das schwerste schädigenden persönlichen Ankreidereien, die unserer Partei unwürdig sind und unter gesitteten Menschen nicht vorkommen sollten, und verlangt auf das nachdrücklichste, daß auf den zukünftigen Parteitagen statt des persönlichen Schimpfes und Akademikergegäns und was sonst noch damit zusammenhängt, praktische, sich aus dem Parteiprogramm und der jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Situation ergebende Arbeit geleistet werde zur Bekämpfung der auf Ausbeutung der Arbeiterklasse beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und deren Einrichtungen.“

Sollten aber wider Erwarten auf zukünftigen Parteitagen unerschütterliche im Vordergrund stehende Genossen aus Sensations- oder sonstigem Bedürfnis die kostbare Zeit ungebührlich in Anspruch nehmen, wodurch der eigentliche Zweck des Parteitages vereitelt wird, so fordert die Versammlung, daß diesem Treiben sofort durch Anwendung zweckdienlicher Mittel entgegengetreten werde.“

Im socialdemokratischen Verein in Bergedorf (Hamburg III) referierte Waplow. In der Diskussion giebt Stille der Meinung Ausdruck, daß es verfehlt war, die Beschlüsse zur Taktik und zur Mitarbeit an gegnerischen Blättern mit so viel Strafantrag herbeizuführen. Er könne die Art nicht billigen, wie Seine, Göhre usw. behandelt worden seien. Wenn der Revisionismus so überhand genommen habe, wie behauptet wird, hätte man früher dagegen einschreiten müssen. Einige andre Redner sprechen in ähnlichem Sinne. In seinem Schlusswort giebt Waplow zu, daß der Vorstand hätte manche unliebsamen Streitereien inhibieren können. Es habe sich aber auch gezeigt, daß Göhre, Braun und andre eine ganze Portion Dreifigkeit besitzen. Die scharfe Ausdrucksweise Webels sei zwar nicht zu billigen, aber unter den obwaltenden Umständen zu entschuldigen. Er habe geglaubt, durch sein Vorgehen der Partei einen großen Dienst zu erweisen. Beschlüsse wurden nicht gefasst.

Der Breslauer socialdemokratische Verein verurteilte nach telegraphischen Meldungen bürgerlicher Blätter in der fortgesetzten Debatte über den Parteitag den Revisionismus als den Interessen der socialistischen Wählerschaft zuwiderlaufend, erklärte aber, daß keine Ursache vorliege, Vernstein das Vertrauen zu entziehen, nachdem dieser öffentlich die Dresdener Parteibeschlüsse als bindend anerkannt habe. Näherer Bericht liegt noch nicht vor.

In Frankfurt a. M. wurden die Verhandlungen über den Parteitag am Dienstag nach sehr erregten Auseinandersetzungen zu Ende geführt. Das Ergebnis war die Annahme der nachstehenden Resolution (gegen etwa 6 Stimmen):

„Die Versammlung erklärt sich von den Verhandlungen des Dresdener Parteitages wenig befriedigt.  
Am auf's neue entschieden zu betätigen, daß wir an unserer alten Kampftaktik festhalten, hätte es einer so laugen und erregten Erörterung nicht bedurft. Ebenso wenig waren die so persönlichen und gehässigen Auseinandersetzungen nötig, um festzustellen, daß es Pflicht unserer schriftstellerisch thätigen Genossen ist, nicht für Gegner zu arbeiten. Die politisch organisierte Arbeiterkraft fühlt sich stark genug, alle Angriffe vom Wege des Klassenkampfes abzuwehren, ohne dabei irgendwie die Meinungsfreiheit gefährden zu müssen; sie kann es durchaus ertragen, daß in ihrer Presse jede ehrlich gemeinte, wenn auch vielleicht irrtümliche Ansicht vertreten wird.“

Für die an der widerlichen Harden-Affaire Beteiligten hält die Versammlung ein längeres Fernhalten von der öffentlichen Betätigung für dringend erforderlich. Sie erwartet, daß sowohl in dieser Sache, wie auch in der bedauerlichen Mehring-Affaire vom Parteivorstand ein entschiedenes Urteil gefällt wird.

Die Versammlung fordert die Genossen namentlich auf, über die häßlichen Zwischenfälle zur thätigen Agitation für unser großes Endziel sowohl als für die praktische Gegenwartsarbeit überzugehen.“

Mit 30 gegen 23 Stimmen war zuvor eine andre Resolution abgelehnt worden des Inhalts:  
„Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages, abgesehen von den persönlichen Streitigkeiten, völlig einverstanden. Sie begrüßt ganz besonders die fast einstimmige Annahme der Resolution zur Taktik als erfreuliche Kundgebung gegen die revisionistischen Bestrebungen. Die Versammlung erwartet von den Parteigenossen allerorts die eifrigste Beachtung der gefassten Beschlüsse als unbedingt notwendig zur einheitlichen Fortsetzung unseres Kampfes gegen die herrschenden Klassen.“

Die Mainzer Genossen verhandelten am Montag in einer zweiten Versammlung über den Parteitag, kamen aber auch da noch nicht zu Ende. In der ersten Versammlung hatte Frau David referiert und gegen Webel und für Bollmar Stellung genommen. Ihr waren Liebmann, Grund und Bauer entgegengetreten und auch Frau v. Zucco und Cuccagen hatte sich besonders mit dem Abschluß des Parteitages und dem Auftreten Webels einverstanden erklärt. Dr. David hatte den Standpunkt vertreten, daß man die Vicepräsidentenfrage der Fraktion hätte überlassen sollen und zu der Resolution 100 ausgeführt, daß diese als Ziel und Princip des praktischen Revisionismus etwas hingestellt, was nur ein Phantasieprodukt der Verfasser der

Resolution sei. Man hätte ihr zustimmen können, weil Bestrebungen, die sie verurteilt, nicht existierten, die aber, wenn sie existierten, verurteilt werden würden.

In der zweiten Versammlung führte Stumpf aus, daß die Grundzüge der Partei gefährdet gewesen seien und daher gerettet werden mußten. Der Parteitag sei nicht arm an praktischer Arbeit gewesen, wir seien reich geworden durch ihn. Dieser Redner wie noch eine Anzahl anderer wandten sich gegen die Schreibweise der „Mainzer Volkszeitung“. Dabid nahm den Redakteur in Schutz und vertat nochmals seinen allgemeinen Standpunkt.

Gegen die „Mainzer Volkszeitung“ erklärt der Vorstand der Partei in Dreyenheim folgende Kundgebung:

Infolge zahlreicher Interpellationen sieht sich der Vorstand der hiesigen socialdemokratischen Partei genötigt, Stellung gegen die Schreibweise der „Mainzer Volkszeitung“ zu nehmen. Die Art und Weise, wie die „Mainzer Volkszeitung“ die revisionistischen Bestrebungen fördert, und alles, was zu Gunsten dieser Strömung spricht, bringt, und alles, was von Gegnern dieser Richtung angeführt wird, verschweigt und nur höhnische, spöttische und lompromittierende Anspielungen bringt.

Wir verurteilen diese einseitige Schreibweise auf das entschiedenste. Wenn die „Mainzer Volkszeitung“ die Vertreterin des Proletariats sein soll, so hat sie objektive Berichte zu bringen oder alles zu lassen.

Eine einseitige Erziehung zu Gunsten der sogen. revisionistischen Strömung lassen wir uns nicht gefallen und protestieren dagegen, denn andre Genossen, welche nicht mit dem Standpunkte einverstanden sind, wollen alle Thatsachen wahrheitsgetreu geschildert haben und können das auch verlangen.

Ferner wollen wir die Art und Weise, wie bewährte Kämpfer, wie Webel, Stadthagen, Rubel u. a. betitelt werden, zum Beispiel: Ein Stadthagen, ein Rubel u. s. f. beseitigt wissen. Die „Mainzer Volkszeitung“ ist das Gesamtorgan der Wahlkreise Mainz-Oppenheim, Darmstadt-Groß-Geran, Bingen-Alzey usw. und hat jede Richtung zu achten, aber auch jede Richtung zum Wort kommen zu lassen.“

In Marburg wurde nach dem Bericht des Delegierten Dr. H. Michels beschlossen:

„Die Parteiverammlung in Marburg erklärt sich mit der Tendenz der auf dem Parteitag in Dresden gefassten Beschlüsse vollauf zufrieden. Sie sieht in denselben die Gewißheit, daß die Partei in ihrer überwiegenden Mehrheit den Weg zur Befreiung der bürgerlichen Gesellschaft nur in der Wahrung des unerschütterlichen und unüberbrückbaren Klassencharakters der Partei sieht. — Die Versammlung spricht dagegen ihr lebhaftes Bedauern aus über den scharfen und gehässigen Ton, der auf dem Parteitag den einzelnen Genossen gegenüber angeschlagen worden ist. Die Versammlung hätte erwartet, daß die Zeit, die für die persönlichen Streitigkeiten unnötig vergeudet, zu etwas Besseren verwendet wurde.“

In Ulm und Kornweyheim wurde die Stuttgarter Resolution angenommen. In Hall stimmte die Versammlung den Ausführungen Kitters zu, die sich mit seiner in Heilbronn gegebenen Darstellung deckten.

In Rülheim a. Rh. wurde einstimmig beschlossen:

„Die heutige Parteiverammlung des Kreises Rülheim erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages voll und ganz einverstanden, aber sie bedauert die Zeit, um gewissen Strömungen unter den sogenannten Führern der Partei klar zu machen, daß die Socialdemokratie die erprobten alten Bahnen nicht verläßt. Sie erklärt ferner, daß sie mit dem Artikel der Rheinischen Zeitung: „Verlorene Tage“ nicht einverstanden ist, bedauert den darin angeschlagenen Ton gegen alte, bewährte Parteigenossen und fordert, daß die Redaktion in Partei-Angelegenheiten ein objektives Urteil abgibt.“

Die Versammlung des Wahlvereins in Brandenburg lehnte die von der Agitationskommission gewünschte Berichterstattung durch Peus ab, weil, wie aus den Ausführungen der einzelnen Redner zu entnehmen ist, ein weiteres Austragen des unerquicklichen Habers nachteilig für die Partei wirken müßte.

Die Genossen in Weimar nahmen nach einem Vortrage Wauderts wie folgt Stellung:

„Die Parteigenossen in Weimar erklären sich nach dem entgegengenommenen Bericht vom Parteitag voll und ganz mit den gefassten Beschlüssen und Resolutionen, insbesondere über die Taktik der Partei, einverstanden.“

Wenn auch die Aussprachen in zum Teil leidenschaftlicher Weise erfolgten, so begrüßen die Parteigenossen in Weimar das Vorgehen Webels, als eine zwar nicht angenehme, aber nach den Verhältnissen bringende notwendige That.

Die Parteiverammlung erklärt im Sinne der auf dem Parteitag zur Frage der Taktik angenommenen Resolution, die Agitation und Organisation unter der arbeitenden Bevölkerung in der energiereichsten Weise fortsetzen zu wollen und erwartet von den Parteigenossen allerorts, daß dieselben in der altbewährten Weise, auf dem Boden der bisherigen Taktik, unentwegt weiter kämpfen für die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus.“

## Zur Entgegnung!

Genosse v. Bollmar sieht sich veranlaßt, die Wichtigkeit meiner Darstellung über mein Verhältnis zu dem verstorbenen Genossen Grillenberger im „Vorwärts“ vom 1. Oktober d. J. dahin richtig zu stellen, daß er bei seinen auf dem Dresdener Parteitag gegen mich gerichteten Äußerungen stehen bleibt.

Unter andern, so behauptet er in seiner heute im „Vorwärts“ abgedruckten Erklärung „Zur Wichtigstellung“, seien es besonders die nachfolgenden Sätze gewesen, die Grillenberger gegen mich eingenommen hätten:

„Er (Webel) wies hin auf den Partikularismus, die Kleinbürgeri und Spießbürgeri, die auch schon Genossen ergriffen hat, die auf ihre festere Thätigkeit hin in angelehene Vertrauensstellungen gelangten, infolge ihrer Kleinbürgerlichen Existenzweise aber allmählich das proletarische Klassenbewusstsein verloren, ihre geistige Ausbildung und Weiterbildung an der Regel hingen und nur noch von den Broden überwundenen Wissens leben und damit die Genossen und Nichtgenossen füttern. Wer glaubt, von mir gemeint zu sein, mag sich streng prüfen und entweder andre Wege einschlagen oder einem jüngeren, freisameren Genossen seinen Platz räumen.“ („Vorw.“ 1. 12. 04.)

Nach dieser Darstellung Bollmars muß ich annehmen, daß er weit weniger über die wahren Gründe von Grillenbergers Nichtstimmung gegen mich unterrichtet ist, als ich bisher annahm und er glaubt.

Der Sachverhalt ist so wie ich ihn in meiner Erklärung, datiert vom 30. September a. er., dargestellt habe. Die von Bollmar citierten Sätze konnten umsoweniger Grillenberger zu seiner Stimmung gegen mich Veranlassung geben, da der wesentliche Inhalt derselben auf Grillenberger nicht paßte.

Zum Ueberdies ist mir auch noch in den letzten Tagen von zwei Seiten, darunter von einer, die Grillenberger im Leben so nahe stand, als Bollmar ihm nie nahesteher konnte, versichert worden, daß neben den von mir citierten Sätzen es ganz besonders der Artikel des „Vorwärts“ war, auf den ich Bezug nahm und dessen Verfasserhaft Grillenberger irrtümlicherweise mir zuschrieb, der seine Nichtstimmung gegen mich hervorrief.

Daß Grillenbergers Geisteskräfte vor seinem Tode eine Abnahme zeigten und daraufhin seine Stimmung gegen mich zu erklären sei, ist eine irrtümliche Auffassung meiner Darlegungen, die allerdings durch die Form derselben entstehen konnte. Aber Bollmar weiß so gut wie ich, daß Genosse Grillenberger aus Gründen, deren Darlegung nicht hierher gehört, schon Jahre vor seinem Tode in sehr reizbarer Stimmung sich befand und da bedurfte es nur wenig, um eine vorhandene persönliche Nichtstimmung dauernd zu erhalten. Daß dieses letztere geschah, dafür habe ich seiner Zeit so sichere Aufklärung erhalten, daß ich auch nach dieser Richtung hin kein Wort von dem zurücknehme, was ich gesagt.

Wenn Bollmar sich wundert, daß meine Erklärung vom 30. September a. er. im Protokoll des Parteitages Aufnahme fand, so ist

dieses kein Robuum. Seine Anklage gegen mich, zu der die Verhandlungen des Dresdener Parteitages ihn kaum eine direkte Veranlassung gaben, wenn es sich nicht für ihn darum handelte, mich persönlich zu verletzen, war so stark, daß ich, um sie widerlegen zu können, eine Durchsicht der Auseinandersetzungen zwischen Grillenberger und mir im Jahre 1894 nötig hatte, die erst hier erfolgen konnte. Und es war mein gutes Recht, einer häßlichen Anklage gegen mich eine Nichtstimmung in einem Aktendruck angeheben zu lassen, das wie das Dresdener Parteitag-Protokoll ein offizielles und historisches ist.

A. W e b e l

## Ein Vorschlag zur Güte.

In der letzten Versammlung des zweiten Berliner Wahlkreises, sowie bei verschiedenen andern Gelegenheiten und in einer Reihe von Parteitagungen ist der Vorschlag erhoben worden, daß die sogenannten Revisionisten sich einer Freigabe schuldig gemacht hätten, als sie in Dresden nicht gegen, sondern für die Resolution Webel-Kautsky-Singer gestimmt haben. Da zu diesen Freigabern auch ich gezählt werde, so sei mir die Bemerkung gestattet, daß, als mir der Zweck der Resolution bekannt wurde, für mich der Entschluß feststand, für dieselbe zu stimmen. Als dieser Zweck mir aber ausdrücklich angegeben, daß es sich darum handle, eine Resolution in Vorschlag zu bringen, die es einer Anzahl Genossen unmöglich mache, dafür zu stimmen. Der betreffende Genosse, der mir die Mitteilung machte, war allerdings freundlich genug, hinzuzusetzen: „Du gehörst aber nicht dazu!“

Als ich später den Wortlaut der Resolution kennen lernte, sagte ich mir allerdings: „Und darum Räuber und Mörder!“

Von den Vätern der Resolution wurde später ja auch bestritten, daß sie den vorstehend angegebenen Zweck mit der Resolution erstrebte und mag damit diese Sache als erledigt gelten. Sicher aber ist, daß mit der Dresdener Resolution der „reine Tisch“, der herbeigeführt werden sollte, nicht erzielt ist.

Die Anschuldigungen und Verdächtigungen gegen eine Reihe von in verantwortungsvoller Stelle befindlicher Genossen werden fortgesetzt und es ist auch nicht abzusehen, wie dem in der bisherigen Weise ein Ende gemacht werden soll. Die Versicherung, daß die Revisionisten den Boden des Klassenkampfes nicht verlassen wollen, und nicht die Absicht haben, unsere Partei der bürgerlichen Demokratie anzugleichen, wird ja von dem Gros der Kaditalen nur mit Hohn aufgenommen. Da scheint es mir Pflicht der letzteren zu sein, die Probe aufs Exempel zu machen. In wenigen Wochen tritt der Reichstag zusammen. Was liegt da näher, als daß von radikalere Seite Anträge vorbereitet und im Aktionsprogramm für die zukünftige Thätigkeit der Fraktion aufgestellt werden, in denen die bisherige revolutionäre Taktik und die grundlegenden Principien der Partei — die angeblich von den Revisionisten gefährdet sein sollen — rückhaltlos zum Ausdruck gebracht werden.

Wird in der Weise vorgegangen, dann muß sich ja sofort zeigen, ob es in der Fraktion Elemente giebt, die den Mut der Konsequenz nicht haben.

Das Verdächtigen und Denunzierenden hat nun lange genug gedauert und die Früchte, die diese „Taktik“ in Dresden und seitdem gezeitigt hat, sind wahrlich alles andre, nur nicht wohlthätig. Also, lasse man an Stelle der hohlen Worte Thaten reden. Die Anhänger sollen sagen, was zu geschehen hat, welche Aktionen zu unternehmen sind, für die sie die Verantwortung mit übernehmen, und es wird sich im Handumdrehen zeigen, ob das Verstecken vor Revisionismus und dessen Bereitwilligkeit, die socialdemokratische Arbeiterpartei den bürgerlichen Parteien anzugleichen, mehr ist, als das Ergebnis verheerender Herrscherei und des elendesten Klatsches.

Ich denke, geschwätzt ist jetzt genug, nun mögen Thaten Zeugnis ablegen.  
Ist in dieser Weise wirklich ein reiner Tisch geschaffen, dann werden auch die Personalien rasch geregelt sein.

J. S u e z

## Sociales.

### Arbeits- und Lohnverhältnisse der Buchdrucker in den verschiedenen Ländern.

Das internationale Buchdruckersekretariat in Bern hat soeben eine über 200 Seiten starke Schrift in deutscher und französischer Sprache über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Buchdrucker in 25 Verbandsgebieten veröffentlicht, die recht informativen Wert hat und daher ernste Beachtung verdient.

Danach bestehen in acht Verbandsgebieten mit 82401 Mitgliedern Normaltarife, 91775 Mitglieder in 19 Organisationen haben Sektionstarife. In drei Verbandsgebieten arbeiten 246 Mitglieder ohne Tarif, ebenso sind in einigen Ländern 11904 Verbandsmitglieder nicht nach einem vereinbarten Tarif entlohnt. Es giebt demnach circa 144000 Verbandsmitglieder oder 92 Proz., welche bei einem vereinbarten Tarif angestellt sind; circa 12000 Mitglieder oder 8 Proz. arbeiten ohne Tarif. Das wöchentliche Gehalt - Minimum beträgt nach den verschiedenen Ländern 10 Franc bis 65,50 Franc im Minimum, 12 bis 166 Franc im Maximum und 12 Franc bis 95,30 Franc im Durchschnitt. Der Durchschnittslohn geht von 12 Franc bis zu einer nicht ermittelten Summe. Die tägliche Arbeitszeit beträgt für

Mitglieder in 21 Organisationen bis zu 9 Stunden	Stunden
123 187 Mitglieder	von 8-9 1/2
3540	8-9 1/2
375	8-10
14 574	9-10
12 575	10
2 000	9-11

Die große Mehrzahl der an der internationalen Enquete beteiligten Buchdrucker hat also eine tägliche Arbeitszeit von unter neun bis neun Stunden.

Der Bericht der deutschen Buchdrucker konstatirt, daß für das ganze Gebiet ein Normaltarif besteht, der bis zum 31. Dezember 1906 in Kraft bleiben soll. Das für drei Altersstufen festgesetzte Lohnminimum beträgt 26 Fr., 27,50 Fr. und 28 Fr. pro Woche, wozu noch die Lokalaufschläge kommen, mit denen das Lohnminimum auf 28 bis 35 Fr. steigt und durchschnittlich 31,56 Fr. beträgt. Die Maschinenseher erhalten das ortsübliche Minimum mit einem Zuschlag von 25 Proz. bei achtstündiger und von 30 Proz. bei neunstündiger Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit beträgt für tariffreie Betriebe 9 Stunden, in andern Offizinen ist die Arbeitsdauer verschieden und geht bis zu 11 Stunden.

Recht gute Verhältnisse bestehen im Gebiete des Buchdruckervereins von Neu-Süd-Wales, wo nach dem geltenden Tarif das Gehalt - Minimum für Accidenz- oder Werkseher 65 Franc höchstens beträgt; Hand-Setzungsseher erhalten, wenn sie nicht berechnen, einen Stundenlohn von 1,88 Franc bei Abendzeitungen und von 2,12 Franc bei Morgenzeitungen. Die Maschinenseher im gewissen Gelde beziehen 84,84 Fr. pro Woche. Das Durchschnittsminimum beläuft sich auf ungefähr 75 Fr. Bei Ueberstunden bis Mitternacht und für Sonntagarbeit tritt ein Zuschlag von einem Drittel des Stundenlohnes ein; Ueberstunden nach Mitternacht und an hohen Festtagen werden doppelt bezahlt. Die tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden für Handseher und sieben Stunden für Maschinenseher.

Am ungünstigsten sind die italienischen Buchdrucker gestellt. Ein Normaltarif existirt in Italien nicht; etwa die Hälfte der Sektionen haben Sektionstarife. In den größeren Centren beträgt das Lohnminimum im gewissen Gelde 18-26 Fr., für die Maschinenseher 42 Fr., in den kleineren Städten variiert das Minimum im gewissen Gelde zwischen 10 und 21 Fr. Das Durchschnittsminimum beträgt 16 Fr. Ungefähr die Hälfte der Buchdrucker arbeiten in tariflosem Verhältnis. Es giebt in Italien mehr als 200 Druckorte mit mindestens fünf Gehilfen ohne Organisation. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 bis 10 Stunden in tariflosen Betrieben, 11 bis 12 Stunden in andern Offizinen. Demnach haben die italienischen Buchdrucker noch reiche Arbeit zu

berichten und zahlreiche Kämpfe durchzuführen, bis sie auf die Höhe der deutschen Buchdrucker kommen, die ihrerseits wieder hinter den schweizerischen zurückbleiben. Alle zusammen aber sind weit überholt von den Buchdruckern in Neu-Süd-Wales, die an der Spitze marschieren.

### Vierter Verbandstag des Centralverbandes der Stukkateure usw.

Am 17. Oktober, (Gg. Ber.) Bei der weiteren Beratung werden einige Abänderungen des Statuts bezüglich der Streikbestimmungen beschlossen. Im § 17 heißt es bisher, daß die Hauptkasse für die Mitglieder, die mindestens acht Wochenbeiträge geleistet haben, Streikunterstützung zahlt. Künftig heißt die Stelle: Streikunterstützung zahlt die Hauptkasse, wenn die Mitglieder mindestens dreizehn Wochen Mitglied sind und dementsprechend Beiträge geleistet haben. In dem § 19 (bisher § 18) soll es künftig heißen: „Jede Filiale, die beabsichtigt, wirtschaftliche Verbesserungen für ihre Mitglieder durch Streik zu erringen, hat dieses dem Hauptvorstand mindestens acht Wochen (bisher vier) vorher an der Hand eines Streikfragebogens anzuzeigen. Auf keinen Fall erhalten Zahlstellen oder Verwaltungen Gelder aus der Hauptkasse, wenn diese nicht mindestens ein Jahr (bisher sechs Monate) dem Verband angehören.“ Nach einem weiteren Beschluß soll es an einer anderen Stelle des Paragrafen heißen, daß bei Streiks sich zwei Drittel der beteiligten Kollegen in geheimer Abstimmung für Arbeits-einstellung ausgesprochen haben müssen. Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung:

#### Tarifverträge.

Das Referat hält Denthall. Er führt u. a. aus, daß vorläufig keine Aussicht sei, mit dem Unternehmer-Verband, solange die bisherige Leitung an der Spitze steht, wegen der Abschließung von Tarifverträgen in Verbindung treten zu können. Es werde Aufgabe der Kollegen an den einzelnen Orten sein, mit den dortigen Unternehmern — wo eine Unternehmer-Organisation vorhanden ist, mit dieser — in Verbindung zu treten, um Tarifvereinbarungen zu treffen. Bei der Verbesserung der Lebenslage der Kollegen müsse unbedingt systematisch von unten herauf nach oben gewirkt werden. In der Diskussion wird betont, daß die Tarifverträge lediglich Papier bleiben, wenn nicht eine starke Arbeiterorganisation die Innehaltung verbürgt. Wichtig sei der Zeitpunkt des Ablaufs der Verträge; die Unternehmer suchen den Ablauf, also die Zeit der neuen Vereinbarung, in eine für die Arbeiter ungünstige Zeit zu schieben. Auch müsse eine zu lange Dauer des Vertrages vermieden werden. Es wird folgende von Schäfer-Leipzig eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

Ausgehend von der Erwägung, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen einer Besserung und Regelung bedürfen, dieses aber nur auf dem Wege der gegenseitigen Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisation durch Abschluß von Kollektiv- oder Arbeitsverträgen, was im beiderseitigen Interesse liegt, zu erlangen ist, beschließt der vierte Verbandstag, daß überall, wo zwischen Unternehmern und Gehilfen wegen Lohn- und Arbeitsbedingungen Differenzen entstehen, es den Filialen zur Pflicht zu machen ist, dahin zu wirken, daß solche Verträge auf eine bestimmte Zeit, nicht aber über drei Jahre hinaus, abgeschlossen und auch beiderseitig gehalten werden. Es folgt der Punkt 5:

#### Kartellverträge.

Es handelt sich um die Abschließung eines Vertrages mit dem Centralverband der Maurer. Osmelburg, der Hauptvorsitzende des Maurerverbandes, führt in seinem Referat aus: Die Kartellverträge seien nötig zwischen den Organisationen, die als Beruf-Verbindungspunkte haben, wie dies bei den Maurern und Stukkateuren der Fall sei. Der Begriff, was ein Kartellvertrag sei, sei verschieden; es gebe keine feste Grenze zwischen den Arbeiten der Maurer, Putzer, Stukkateure, Gipser u. a. und das Zusammenstreifen der Berufe werde sich noch weiter entwickeln. Diese Zusammenstreifen bei Streiks von großer Bedeutung, weil der eine Beruf gegen den andern von den Unternehmern zu Streiks-bereitungen verwendet werden könne. Der Redner zählt Fälle auf, wo durch solche Vorläufige Streiks verloren gegangen sind. Diese Dinge müßten im Interesse des eignen Berufs beseitigt werden. Zwischen dem Centralverband der Maurer und den Verbänden der Bauarbeiter und der Zimmerer sei schon ein solcher Vertrag geschlossen. Die Centralvorstände der Verbände hätten zum Zweck der Verständigung in

tatsächlichen Fragen bei Lohnbewegungen und Streiks und zur Besprechung der Streikbewegung im allgemeinen und im einzelnen, sowie zur Verständigung in anderen Fragen, die die Organisationen gegenseitig berühren, gemeinsame Sitzungen ab. Zwischen den Leitungen des Maurer- und des Stukkateure-Verbandes habe eine Besprechung stattgefunden. Und dabei sei auch von einer Verschmelzung der beiden Verbände geredet worden. In der Tat sei die Verschmelzung das Beste. Wenn zur Unterstützung eines Maureraufstandes eine Arbeitsniederlegung der Stukkateure erfolge, so sei ein Kartellvertrag nicht ausreichend. Aber die Verschmelzung geht nicht von heute auf morgen. Er verleihe hier zunächst nur eine Meinung des Vorstandes. Der Verbandstag des Maurerverbandes finde ja erst 1905 statt. Jetzt aber solle man wenigstens den Kartellvertrag abschließen. Es sei nötig, daß die Verbände zusammenarbeiten. Es müsse von Fall zu Fall von den Vorständen in Verbindung mit den in Betracht kommenden örtlichen Organisationen vereinbart werden, was als Streikarbeit zu betrachten ist. Man möge den Vorstand beauftragen, zur Abschließung des Kartellvertrages mit dem Vorstand des Maurerverbandes in Verbindung zu treten. Die Verschmelzung denke er sich so, daß der einzelne Beruf seine besonderen Interessen für sich beraten könne. Wo die Berufsorganisationen in genügender Zahl vorhanden seien, könne man örtliche Sektionen bilden. Die Organisation müsse selbstverständlich im Centralverband durch mindestens ein Mitglied vertreten sein. Bei dem Kartellvertrag müßte entweder eine Vergrößerung des „Grundkreis“ stattfinden, oder der „Stukkateur“ müsse weiterbestehen. Die Vergrößerung sei wohl das Richtige. Er empfehle, sich hier auszusprechen; man könne ja beschließen, ob die Frage der Verschmelzung in den Filialen beraten werden solle. Was alles noch für die Verschmelzung spreche, wolle er heute nicht anführen. Den Kartellvertrag betrachte er als einen Uebergang. Nach einer lebhaften Diskussion wird der folgende Beschluß mit allen gegen zwei Stimmen gefaßt:

Dem Centralvorstand wird das Recht eingeräumt, mit den Verbänden der Maurer, der Bauarbeiter und der Zimmerer einen Kartellvertrag abzuschließen auf folgender Grundlage: 1. Für das Verhalten bei Streiks gilt der Grundsatz, daß die Arbeit der Streikenden nicht verrichtet werden darf. In Fällen, wo an der Ausführung von Arbeiten Angehörige mehrerer Organisationen beteiligt sind, wie zum Beispiel beim Fassadenputz, ist von den Centralvorständen in Verbindung mit den in Betracht kommenden Vorständen der Zweigvereine festzusetzen, was alles unter Streikarbeit zu verstehen ist. 2. Im übrigen sollen die Bestimmungen des seitens der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer abgeschlossenen Vertrages maßgebend sein.

Zum nächsten Punkt: Unterstützungs-Einrichtungen. hat Sittenfeld-Hamburg das Referat. Er empfiehlt die Einführung einer

#### Arbeitslosen-Unterstützung.

die schon auf den früheren Verbandstagen im Prinzip beschlossen worden ist. In einer vom Vorstand veranstalteten Statistik beteiligten sich 29 Filialen mit der Hälfte der Mitglieder. Nach den Berechnungen des Redners würde sich der Beitrag bei Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung pro Jahr um 20 Mark erhöhen. Der Beitrag müßte also von jetzt 50 Pfennig pro Woche auf eine Mark erhöht werden. Die Arbeitslosigkeit ist bei den Stukkateuren größer als bei allen andern Berufen des Baugewerbes. Bei den Töpfern war jeder Arbeitslose 3 1/2 Tage, bei den Maurern ebenso lange arbeitslos. Bei den Stukkateuren aber beträgt die Zahl 53 1/2 Tage. Nur 477 Kollegen wurden von der Arbeitslosigkeit berichtet. Der Redner befürwortet, die Frage der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung den Mitgliedern zur Abstimmung zu unterbreiten. Er empfiehlt folgenden Antrag des Hauptvorstandes: „Der Verbandstag beschließt, den Mitgliedern die Frage, ob die Arbeitslosen-Unterstützung bei 1 M. Beitrag pro Woche und einer zu gewährenden Unterstützung von 1 M. pro Tag bis 42 Tage im Jahr eingeführt werden soll, zur Abstimmung zu unterbreiten. Die Abstimmung muß innerhalb vier Wochen nach Bekanntmachung des Vorstandes beendet sein. Ergibt die Abstimmung, daß nicht mindestens zwei Drittel der Mitglieder abgestimmt haben, so gilt die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung als abgelehnt. Stimmen jedoch mindestens zwei Drittel der Mitglieder ab und zwei Drittel der abgegebenen Stimmen sind für die Einführung, so tritt die Arbeitslosen-Unterstützung mit dem 1. April 1905 in Kraft. Arbeitslosen-Unterstützung erhält jedes Mitglied, welches 52 Wochen Mitglied ist und die Wochenbeiträge geleistet hat. Arbeitslosen-Marken gelten nicht als Beitrag. Als Unterstützung wird nach sechstägiger Karenzzeit gewährt: 1 M. pro Tag oder 7 M. pro Woche

bis 42 Tage im Jahr. ... Hat ein Mitglied 42 M. im Jahr bezogen, so muß es wieder 52 Wochen Beitrag geleistet haben, ehe es bezugsberechtigt ist.“

In der sehr regen Diskussion spricht eine ganze Anzahl Redner gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, sowohl wegen der Erhöhung des Beitrages, als auch wegen der bei den Stukkateuren herrschenden großen Arbeitslosigkeit, die derart sei, daß die Unterstützung auch bei dem erhöhten Beitrag nicht gezahlt werden könne. Der von Sittenfeld eingebrachte Antrag wird gegen neun Stimmen angenommen.

### Verfammlungen.

Die Filiale Berlin des Unterstützungsvereins der Kupferschmiede Deutschlands hielt am Sonntag im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende teilte mit, daß infolge der Aussperrung der Metallarbeiter durch den Metallwarenfabrikanten-Verein bis jetzt 7 Kupferschmiede, darunter 6 organisierte, in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Die Versammlung beurteilte diese Aussperrung von an dem Streik der Glirler und Metallarbeiter gänzlich unbeteiligten Arbeitern aus fürstlich und sprach den Aussperrten die Unterstützung nach § 10 des Statuts zu. — Für die zwischen Weihnachten und Neujahr in Hamburg stattfindende Generalversammlung des Vereins wurde Korbowicz als Delegierter der Filiale Berlin in Vorschlag gebracht.

Grünau. Der hiesige Wahlverein hielt am Sonntag seine ordentliche Generalversammlung ab. Als erster Vorsitzender wurden Genosse Georg Veder, Jägerstr. 15; als zweiter Vorsitzender Genosse Karl Klein, Köpnickstr. 21; als Kassierer Johann Krehmann, Jägerstr. 16; als Schriftführer Hermann Steinid, Jägerstr. 18 und als Beisitzer Genosse Emil Pfeil, Köpnickstr. 16, gewählt.

Groß-Schönebeck. Am Sonntag, den 4. d. M., fand in Groß-Schönebeck eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Seefeld über die Landtagswahlen sprach. Referent schildert die Entstehung des Klassenwahlrechts, kritisiert scharf das Auftreten und Wirken der Junker im Landtage und giebt einen Ueberblick über die tonangebende Stellung des Bundesstaates Preußen den übrigen Staaten gegenüber. Die Beteiligung an der Wahl allein ist schon ein scharfer Vorstoß gegen das Klassenwahlrecht und muß verurteilt werden, durch kritisches Vorgehen dasselbe zu stürzen, um endlich notwendige Reformen in Preußen möglich zu machen. Kubig-Pantow giebt einen Ueberblick über die Technik der Wahl und empfiehlt für die zweite und dritte Klasse in beiden Wahlbezirken Wahlmänner aufzustellen. Die Versammlung beschließt entsprechend und nominiert sechs Genossen hierzu. Genosse Stegemann wird beauftragt die Wählerliste einzuziehen, desgleichen zu beantragen, den Wahlanfang auf 5 Uhr festzusetzen. Auf Anregung Stegemanns wird beschlossen, einen Wahlverein zu gründen und melden sich hierzu gleich eine Anzahl Mitglieder.

Konditoren und verwandte Berufe. Freitag, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der „Berliner Messource“, Kommandantenstr. 57: Große öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Der Stand unserer Lohnbewegung, die Antwort der Arbeitgeber und weitere Stellungnahme dazu.“ Alle erscheinen. Die Lohnkommissionen

Marktpreise von Berlin am 7. Oktober 1903 nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut D.-Gr.	15,00	15,58	Kartoffeln, neue D.-Gr.	6,00	4,00	
mittel	15,56	15,54	Mischf., Reule 1 kg	1,80	1,20	
gering	15,52	15,50	do. Rauh	1,50	1,10	
Roggen, gut	12,70	—	Schneeflocken	1,80	1,10	
mittel	—	—	Mischf.	1,80	1,20	
gering	—	—	Hammelfleisch	1,80	1,10	
Gerste, gut	14,50	13,40	Butter	2,60	2,00	
mittel	13,30	12,20	60 Stk.	5,00	3,00	
gering	12,10	11,10	Karaffen 1 kg	2,30	1,20	
Hofen, gut	16,00	14,90	Hale	2,00	1,40	
mittel	14,80	13,80	Kander	3,00	1,80	
gering	13,70	12,70	Reife	2,00	1,00	
Richtstroh	4,24	3,82	Barfche	1,80	0,80	
Heu	7,20	5,00	Echle	3,20	1,40	
Erbsen	40,00	25,00	Biese	1,40	0,80	
Speisebohnen	50,00	25,00	Steele	per Schock	18,00	3,00
Linjen	60,00	20,00				

\* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

### Briefkasten der Redaktion.

Lebub. Ist dasselbe.

## Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzufenden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Freitag, den 9. Oktober.  
Anfang 7 1/2 Uhr:

**Opernhaus.** I. Sinfonie • Abend der königlichen Kapelle. Mittags 12 Uhr: Essent. Konzertprobe.  
**Schauspielhaus.** König Johann. Deutsches. Kollege Crampion. Berliner. Alt-Heidelberg. Weiten. Der Hugenottenbaron. Lesing. Der Sturmgeißel Sokrates. Reißberg. Spühn. Das beste Mittel. Central. Der Kellnermeister. Thalia. Der Hochtourist. Carl Weiss. Amor in Wids.

Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Der Fleck auf der Ehr.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmsstädt.) Die Stützen der Gesellschaft.  
**Neues.** Der Kammerjäger. Salome Kleines. Nachtst. Luken. Die Jungfrau von Orleans. Trianon. Die Kohlrübe. Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich. Apollo. Frühlingsluft. Spezialitäten.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten.  
**Metropol.** Neues! Allerneuestes! Passagier-Theater. Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stehender Sänger.  
**Cafino.** Tolle Kadetten. Spezialitäten.  
**Palast.** Genieset das Leben. — Spezialitäten.  
**Urania.** Taubenstraße 48/49. Nachmittags 4 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann. Abends 8 Uhr: An den Seen Ober-Italiens. Sternwarte. Invalidenstrasse 57/62. **CASTANS PANOPTICUM** Friedrichstr. 165. **Lebend!** Die zusammengewachsenen Schwestern, 25 Jahre alt, Violinvirtuosinnen. **Der Riese** **Andries Venter** aus Transvaal, ehemals Loibgardist d. Präsidenten Krüger.

### Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen:  
**Von der Zugspitze zum Watzmann.**  
Um 8 Uhr:  
**An den Seen Ober-Italiens.**  
Um 8 Uhr im Hörsaal:  
**Die chemischen Urstoffe.**

### Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.  
**CASTANS PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 165.  
**Lebend!** Die zusammengewachsenen Schwestern, 25 Jahre alt, Violinvirtuosinnen.  
**Der Riese**  
**Andries Venter** aus Transvaal, ehemals Loibgardist d. Präsidenten Krüger.

### Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Unterferdinandsstraße.  
**Die Nothbrücke.**  
In Vorbereitung: „Dido“.  
**Luisen-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die Jungfrau v. Orleans.**  
Sonntag: König und Soldat. Sonntagabend: Die Jungfrau von Orleans. Abends: Einer von unsrer Zeit. Montag: Krieg im Frieden.

### Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater.)  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Der Fleck auf der Ehr.**  
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenruber.  
Sonabendabend 8 Uhr:  
**Der Fleck auf der Ehr.**  
Sonntagnachmittag 3 Uhr:  
**Renaissance.**  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Die Ehre.**  
**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.)  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Die Stützen der Gesellschaft.**  
Schauspiel in 4 Akten von Henri Men. Deutsch von Wilhelm Lange.  
Sonabendabend 8 Uhr:  
**Der Bibliothekar.**  
Sonntagnachmittag 3 Uhr:  
**Romeo und Julia.**  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Die Stützen der Gesellschaft.**

### CIRKUS SCHUMANN.

Heute, Freitag, den 9. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:  
**Ausserordentlich grosse Vorstellung.**  
Der berühmte Löwenbändiger Herr Julius Seeth mit seinen **25 männl. dressierten Löwen.**  
**Lebs Wunderaffen,** phänomenaler Dressur-Kst.  
**Die Horizontalmanege, Miss Daisy, Die Todessprünge**  
Die komischen Clown Yves und Sohn. Saltomortal - Reiterin der Barschshunde. Bier Jahreszeiten, Pariser Ballett-Divertissement.  
**Der preisgekrönte Her-Jug mit den fahrenden Kästchen, vorgeführt vom Direktor Alb. Schumann.**  
Sonntag in beiden Vorstellungen: 25 Löwen, Lebs Wunderaffen, alle Clowns.

### Metropol-Theater.

Der grösste Erfolg dieser Saison!  
**Emil Thomas a. G.**  
**Josel Josephi. Henry Bender.**  
Frid Frid. Rosa Marton. Grete Meyer. Müller Lincke.  
**Neuestes! Allerneuestes!**  
Dramatische Revue in 5 Bildern. Glänzendes Ballets. 300 Mitwirkende. Anfang 8 Uhr. — Rauchen überall gestattet. —

### Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.  
**Salome.**  
Vorher: **Der Kammerjäger.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 41.  
**Nachtasyl.**  
Anfang 8 Uhr.

### Passage-Theater

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.  
**Gewöhnliche Preise!**  
**Olga Wohlbrück.**  
Spott- und Geissellieder.  
**Das Moto-Mädchen.**  
Mensch oder Maschine. Das neue Rätsel für Berlin! Prolongiert. 14 neue erstkl. Nummern.

### Residenz-Theater

Direktion S. Lautenburg.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Das beste Mittel.**  
Schauspiel in 3 Akten von A. Bijon. Deutsch von D. Jacobsohn. Vorher: **Spühn.**  
Morgen und folgende Tage: Dasselbe Schauspiel.  
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Lustl.

### Casino-Theater.

Lothringersstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.  
**Das vollst. neue Oktober-Programm.**  
**Arnoide-Wolpert-Marzelli.**  
Die neue Felle: „Die Diebesfelle“.  
Um **Tolle Kadetten.**  
Sonntagnachmittag 4 Uhr: **Unser Goldlunge.**  
**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurter Straße 132. Abends 7 1/2 Uhr:  
**Amor in Wids.**  
Morgen: **Amor in Wids.** Sonntagabendnachm. 4 Uhr: Kinder- vorstellung: **Die 7 Raben.** Sonntag 3 Uhr: **Die Schule des Lebens.**

### Apollo-Theater.

Zum drittenmal:  
**Mit vollständig neuer Ausstattung:**  
**Frühlingsluft.**  
Operette in 3 Akten von wolland **Josef Strauss.**  
Im **Blütenhochzeit.**  
3. Akt. Ballett von Louis Gundlach.  
Former: **Die neuen Spezialitäten und Messers Biophon.**

### Deutsch-Amerikanisches Theater

(fr. Bunte Theater), Köpnickstr. 67/68.  
**Jeden Abend Anf. 8 Uhr.**  
**Der Sensations-Erfolg**  
Gastspiel Adolf Willkipp.  
**Ueber'n großen Teich**  
Seltene Bilder mit Gesang und dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akten von Adolf Willkipp.  
Billetvorverkauf (ohne Gebühr) an der Theaterkasse, Anwaltsamt, Künstlerbund und in Reicherts Warenhäusern.

IX. Berliner Saison.  
**Cirkus Busch.**  
Freitag, den 9., abends 7 1/2 Uhr:  
**Die beiden größten Sensationen Berlins:** Paul Münster, Miss Claire Heliot, Löwenbräut. Aufgebend: Dr. Burkhardt-Footit, Equilibrer auf „Neapolitano Soja“, ein Libyaner Hengst. Exotisches Monstre-Tableau: 3 Zebras, 12 Elefanten, 50 Pferde, 3 Schaf: **Berliner Winterfreuden.**  
Numoritisches Kanee-Schauspiel. **Avst!** Sonntag den 11. Oktober: Zwei Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: **Miss Claire Heliot, Paul Münster.**

**W. Noacks Theater.**  
 Direktion: Robert Dill.  
 Brunnenstrasse 16.  
 Zum letztenmal:  
**Farinelli.**  
 Schauspiel mit Gesang in 4 Akten.  
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
**Feldschlösschen**  
 Müllerstrasse 142.  
 Freitag, den 9. Oktober 1903:  
 Bernhard Rose - Theater - Ensemble.  
**Dorf und Stadt.**  
 Schauspiel in 2 Akte, und 5 Aufzügen  
 von Charlotte Birch-Pfeiffer.  
 Anfang 8 Uhr.

**Fröhels Allerlei-Theater**  
 fr. Puhmanns Vaudeville-Theater,  
 Schönhauser Allee 148.  
 Inhaber: Wilhelm Fröbel.  
 Freitag: Gastspiel  
**Berliner Volks-Theater.**  
 Großer Erfolg.  
**Das Erbe.**  
 Komödie in 4 Akten von Schillipi.  
 Nach der Vorstellung: **Tanz.**  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
 Sonntag: um 5 Uhr:  
 Extra-Vorstellung.  
 Norddeutsche Sänger und Ball.

**Palast-Theater** früher Feen-Palast.  
 Burgstr. 22.

**Elite-Extravorstellung.**  
 8 1/2 Uhr:  
**Der Goldbauer.**  
 Schauspiel in 5 Akte u. 5. Bild. Birch-Pfeiffer.  
 Morgen und folgende Tage:  
**Genießet das Leben.**  
 Das grandiose Oktober-Programm.  
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

**WINNER-KARTEN**  
 Neues Programm:  
**Saharef** australische Tänzerin.  
**The Great Goldin** Illusionist,  
 assistiert v. Mia, Jeanne Franciola.  
 Goldin gab am 12. November 1902  
 in Sandringham eine Separat-  
 vorstellung vor Sr. Majestät  
 Kaiser Wilhelm II. und Sr. Ma-  
 jestät König Eduard VII.  
 Smith u. Doreto Excentrics.  
 Thereso Ranz Schulreiterin.  
 Die drei Luppis Reckturner.  
**Anne Dancrey** Pariser Soubrette.  
 Moskwa russisches Sextett.  
 Die Agost's Jongleure.  
**Angeline Vanloo** Sängerin  
 Sman der kleinste Akrobat.  
 Die Jahrmarktsprinzess Ballott.  
 Der Biograph

**Reichshallen**  
 Stettiner Sänger  
 (Reffel, Vietor, Wittkop,  
 Stiehl, Böhm, Böt-  
 mann, Blüthner,  
 Schrader u. Germs.)  
 Mischung 8 Uhr,  
 Hochkonzert 7 Uhr

**Sanssouci.**  
 Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn.  
 Jeden Sonntag, Montag  
 und Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
 Norddeutsche Sänger.  
 Nach jeder Solree:  
**Tanzkränzchen.**  
 Jeden Dienstag:  
**Theater-Abend.**

**Königstadt-Kasino.**  
 Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.  
 Täglich:  
**Franz Sobanski.**  
 Außerdem ganz neues Programm.  
 Zum Schluss:  
**Die Angstzöhre.**  
 Nach der Vorstellung:  
 Ritto, Sonnad., Sonnt.: Tanz.

**Dr. Schönemann**  
 Spezialarzt für Haut-, Haar- und  
 Frauenleiden. Seydelstr. 9.  
 12-1, 3, 1/2, 6-1/2, 8, 9-11.

**Centralverband der Brauerei-Arbeiter**  
 (Berlin Sektion II.)  
 Sonntag, den 11. Oktober, nachmittags 1 1/2 Uhr, in Kellers Fest-  
 Sälen, Kappensstraße Nr. 29:  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Ritter: Aus der Berliner Gewerkschafts-  
 Bewegung des Jahres 1902. 2. Abrechnung vom dritten Quartal und  
 Vorstandsbericht. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Kommissionen.  
 4. Vereinsangelegenheiten. — Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Mitglieds-  
 buch legitimiert. Der Vorstand.

**Charlottenburg, Rosinenstr. 3,**  
 jeden Montagabend 8 1/2 Uhr:  
**Turnabend der freien Turnerschaft.**  
 Neue Mitglieder werden aufgenommen. 21915\*

**In voriger Nacht hat man**  
 die Preise nochmals herabgesetzt, wir verkaufen:  
 Getragene Herren-Hosen zu 1,50 bis 3,50 Mk.  
 Getragene Herren-Anzüge zu 5, 6 bis 8 Mk.  
 Getragene Herren-Paletots zu 4, 5 bis 9 Mk.  
 Getragene Kellner-Hosen und Fracks.  
 (Von feinsten Herrschaften, Reisenden und Kavaliere.)  
**„Blitz“, Reinigungs-Anstalt, Chausseestr. 80.**  
 NB. Von Herrschaften, die Garderobe verkauft, wollen, erbittet Postkarte.

**Oderbrucher und pommersche Gänse**  
 sowie Gänsefleisch, Federn, Ziegen u. Gänseflein  
 empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen  
**Fritz Weber, Grüner Weg 57,**  
 im Keller.

**Möbel-Fabrik u. Lager kompletter**  
 Wohnungs-Einrichtungen  
 zu Fabrikpreisen — Eigne Werkstätten — empfiehlt  
**Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, Thor. 2779L\***

Täglich frisch ausgechlachtet:  
**Hirschfleisch** Pfd. 25, 30, 40  
 Blatt 50.  
**Oderbr. Gänse** 55 u. 60.  
 Stefen und Fleisch pfundweise.  
**Blutfrische Hasen,** gepfl. 46.  
**A. Ritschl, Dreßdener-**  
 strasse 61.

**Höheres Technisches Institut**  
 Berlin NW. 6, Marienstr. 24.  
 Ausbildung von Ingenieuren,  
 Technikern u. Werkmeistern.  
**Tages- u. Abendkurse.**  
 Semesteranfang: 14. Oktober.

**Große Betten 12 M.**  
 (Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit  
 gereinigten neuen Federn bei  
 40 bis 46. Preisliste kostenlos. Bitte  
 Anzeigenauftrag.

**Dr. Simmel, Prinzen-**  
 Str. 41,  
 Spezialarzt für  
**Haut- und Knochenerkrankungen.**  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Land, Boche 2 R. Abzahlung,**  
 840 am 300 R. Bor-  
 ort. Nur mündlich.  
 Herronym, Blumenstr. 79.

**Achtung!** 24762\*  
**Handwerkern, Arbeitern**  
 empfehle noch zu alten billigen  
 Preisen trotz enormer Wollgarn-  
 Preissteigerung meine  
**Kammgarn-Sweater**  
 Plattiert Kammgarn a 3,25 u. 3,50.  
 Reinwoll Kammgarn a 4,80 u. 5,30.  
 Doppelstarkes do. a 5,50 u. 6,30.  
**Theodor Fricke**  
 1. Geschäft: Oranienstr. 174.  
 2. Geschäft: Oranienstr. 198.

**Kopfläuse** hebt Brut ver-  
 schwinden sofort d  
 Unschädlich. Erfolg  
 Überraschend.  
 In Drogerien 50 Pfg  
**„Puffi“**

**Charlottenburg**  
 Krummestrasse 5  
 Anfertigung feiner  
 Herren-Garderoben nach Mass  
 von Karl Ehring, Schneidermeister.  
 Stofflager, englische u. deutsche Stoffe.  
 Solide Preise. 29232\*

**Steppdecken**  
 2846L\*  
**Gelegenheitskauf!**  
 Wollatlas, alle Farben 4,85  
 Simillseide, alle 6,00  
 Normal-  
 Schlafdecken 2,00, 3,00 M.  
 Special-  
 Haus **Emil Lefèvre,**  
 Berlin S., Oranienstrasse 158.

**Alle Gummiwaren!**  
 Irrigatorbecher . 0,45  
 do. Smalite v. 0,65  
 Irrigatoren kompl. 0,90  
 Gummi-Unterlagen  
 rot, grau . . . 0,50  
 Wasserdrühtes Ost-  
 tuch für Schme-  
 rinnen-Meter 1,80  
 Inhalat-Apparate 1,25  
 Stochdecken von 1,80  
 Damenbinden, Dugend . . . 0,50  
 Zinnspritzen m. geb. Rohr . . . 2,70  
 Auf Wunsch weibl. Bedienung.  
**G. Leisegang, Reinikendorfer-**  
 strasse 56b.

**Scheruchs**  
**Festsäle**  
 Büdersdorferstrasse Nr. 45.  
 Renoviert!!!  
 Säle von 50 bis 2000 Personen fassend  
 zu 29332\*  
 Volköverfassungen,  
 Werkstättenversammlungen,  
 Vergnügungen, Hochzeiten etc.  
 Sonnabende und Sonntage  
 noch zu vergeben.

**Reste**  
**Reste**  
**Reste**  
**Reste**  
 Anzug- u. Paletot-  
 stoffe etc.  
**Tuchfabrik-Niederlage**  
 Berlin C., Reissstr. 2.  
**Koch & Seeland.**

**Achtung! Töpfer-Träger. Achtung!**  
 Sonntag, den 11. Oktober 1903, vormittags 10 Uhr, im Lokale von  
 Wessler, Rosenhalestr. 57:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Stellung des Ammungsordnendes zu unserer Tarifvorlage.  
 2. Diskussion. 3. Die Beschlüsse der Vertreterkongr. 4. Verbands-An-  
 gelegenheiten.  
 Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.  
 Die Ortsverwaltung.  
 J. H.: Karl Heidemann.  
 40/12

**Steinarbeiter!**  
 Sonntag, den 11. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause,  
 Engel-Ufer 15, Saal I:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom III. Quartal. 2. Vortrag des Genossen Grempe  
 über: „Fort Schritte in der Beleuchtung und Heiltechnik“. 3. Verschiedenes.  
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
 179/11 Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
**Achtung! Einsetzer! Achtung!**  
 Sonntag, 11. Oktober, vormittags 11 Uhr:  
**Bezirks-Sitzungen**  
 in folgenden Lokalen:  
 Bezirk 1: Blumenstr. 38. Bezirk 2: Schönhauser Allee 135.  
 Bezirk 3: Bredowstr. 11. Bezirk 4: Niddorf, Rosenstr. 24.  
 Bezirk 5: Bülowstr. 59. Bezirk 6: Faltscherstr. 59. Bezirk 7:  
 Charlottenburg, Zintziger Platz bei Weber. Bezirk 8:  
 Wiesenstr. 20.  
 Erscheinen der sämtlichen Kollegen notwendig.  
 Montagabend: Kommissions-Sitzung.  
 Der Obmann.

Sonntag, den 11. Oktober, vormittags 10 Uhr, im kleinen Saal  
 der Brauerei, Turmstr. 25/26:  
**Bezirks-Versammlung für Moabit.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen R. Fendel. Thema wird in der Versamm-  
 lung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Beitragsamters.  
 4. Verschiedenes. 85/6

**Verband deutscher Mühlenarbeiter**  
 (Zahlstelle Berlin).  
 Sonntag, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshause,  
 Engel-Ufer 15, Saal I: 291/2  
**Grosse Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 Vortrag des Hauptvorstehenden Kollegen Käßler-Wittenburg über:  
 „Die hemmenden und treibenden Faktoren in der Mühlenarbeiterbewegung“.  
 Die Kollegen Berlins und Umgegend, wir erwarten, daß Ihr zu dieser  
 Versammlung vollständig erscheint. Die Lokalverwaltung.

**Verband d. Bauanschläger**  
 Deutschlands  
 (Ortsgruppe Berlin).  
 Sonntag, den 11. Oktober, vormittags 10 Uhr, Neue Friedriehstr. 20  
 bei Koch:  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. 42/1  
 Wegen des Anschlusses an den Metallarbeiter-Verband müssen die  
 Beiträge bis Ende September am 10. Oktober spätestens bezahlet sein;  
 außerdem sind gleichzeitig als erster Beitrag zum Metallarbeiter-Verband  
 50 Pf. zu entrichten. Es findet deshalb am Sonntag, den 10. ds. Mts.  
 bei Hartmann, Quistenstrasse 75, ein ausnahmstweiser Zahlabend statt. —  
 Etwaige Belege früherer Organisationen, soweit sie direkt an die jetzige an-  
 schließend sind, sind mitzubringen. Der Vorstand.

**VI. Wahlkreis.**  
 Sonntag, den 11. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, im Kolberger Salon,  
 Kolbergerstr. 23:  
**Versammlung für Männer und Frauen.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Stadtverordneten Richard Augustin. 2. Diskussion.  
 Nach der Versammlung:  
**Gemütliches Beisammensein.**  
 Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein  
 Der Vertrauensmann.

**Centralverband der Glaser Deutschlands.**  
 Zahlstelle Berlin.  
**Achtung! Glaser!**  
 Sonnabend, den 10. Oktober 1903, abends 7 Uhr, in den Industrie-Festsälen,  
 Benth-Strasse Nr. 20:  
**Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Bericht der Schlichtungs-Kommission. 2. Vortrag des Verbandsvorstehenden Kollegen  
 Eichhorn aus Karlsruhe. 3. Die verurteilte Rechtsstellung der Kolonnenführer seitens der  
 Reichsregierung. 4. Die Beschlüsse der Reichsregierung. 5. Die Beschlüsse der Reichsregierung.  
 Nur Organisierte haben Zutritt. Das Verbandsbuch ist mitzubringen.  
 76/16 Die Ortsverwaltung. J. H.: Sohn.

**Achtung! Bauarbeiter Berlins und Umgegend. Achtung!**  
 Sonntag, den 11. Oktober, vormittags 10 Uhr:  
**Grosse General-Versammlung**  
 in den Industrie-Festsälen, Benthstr. 19-20.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Kasernenbericht vom 3. Quartal 1903. 2. Die verurteilte Rechtsstellung der Kolonnenführer seitens der  
 Reichsregierung. 3. Erwählung zur Bauleitung. 4. Verbandsangelegenheiten.  
 Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich. Die Ortsverwaltung. J. H.: K. Heidemann.  
 Druck und Verlag: Bezirks-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Eugen Umrath**  
 Emma Umrath geb. Kohn.  
 Vermählte.  
 Berlin, den 8. Oktober 1903.  
 Stargarderstr. 25. 2943L

**Deutscher**  
**Holzarbeiter-Verband.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß der Kollege, Kollege  
**Wilhelm Glaue**  
 am 6. Oktober an Schlaganfall  
 plötzlich verstorben ist.  
 Ihre tiefen Beileiden!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonnabend, nachmittags um 4 Uhr,  
 von der Leichenhalle der Pions-  
 Gemeinde in Nieder-Schönhausen  
 aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

Mittwoch früh entschlief mein  
 einzig geliebter Sohn, Bruder  
 Schwager und Onkel  
**Adolf Hanschbach.**  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonntag, den 11. Oktober, nachm.  
 4 Uhr, von der Leichenhalle der  
 Pionierkolonnen-Gemeinde, Pappel-  
 Allee, aus statt. 23075

**Todes-Anzeige.**  
 Am 6. d. Mts. verstarb unser  
 Meister, der Pianofabrikant  
**Heinrich Biewernicht**  
 im vollendeten 54. Lebensjahre.  
 Ihre tiefen Beileiden!  
 Die Beerdigung findet am  
 Sonnabend, den 10., nachmittags  
 2 Uhr, von der Leichenhalle des  
 St. Georgen-Kirchhofes (Händs-  
 berger Allee) aus statt. 23196  
 Die Arbeiter der Firma L. Schmidt.

**Dankagung.**  
 Für die liebevollen Beweise herz-  
 licher Teilnahme und Kranzpenden  
 bei der Beerdigung meines lieben  
 Mannes und guten Vaters, des  
 Schlossers **Paul Steinke**, sagen  
 wir allen Verwandten und Bekannten,  
 insbesondere den Kollegen der Firma  
 Siemens u. Schudert, sowie dem  
 Metallarbeiter-Verband unsern herz-  
 lichen Dank. 23176  
 Witwe Elisabeth Steinke u. Verwandte.

**Kranken-Unterstützungs- und Be-**  
**grüßungskasse der Lederzurichter**  
 Berlins (E. H. No. 50).  
**General-Versammlung**  
 am Sonntag, den 18. Oktober cr.,  
 vormittags 10 1/2 Uhr,  
 bei Feind, Weinstraße 11.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Rechnungslegung vom dritten  
 Quartal 1903. 2. Wahl der Redaktoren.  
 3. Geschäftliches. 23026  
 Der Vorstand. J. H.: Gustav Busse.

**Orts-Krankenkasse**  
 des Zimmerergewerbes zu Berlin.  
 Sonntag, 18. Oktober, vorm. 10 Uhr,  
 im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15,  
 Saal V:  
**Ausserordentliche**  
**General-Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 Statutenänderung. 23106  
 Die auf Grund des § 44 des Statuts  
 gewählten Vertreter werden hier-  
 durch eingeladen.  
 Der Vorstand.  
 A. Prunzel, Vorsitzender.  
 E. Bratermann, Schriftführer.

**Achtung! Vereine!**  
 Saal (ev. Bühne) bis 300 Per-  
 sonen ist zum Sonnabend den  
 14. November frei geworden.  
 29162\* Neues Club-Haus,  
 Kommandantenstraße 72.



Der Prozeß gegen den Hauslehrer Dippold.

In der Verhandlung am Mittwoch wurde ein Tagebuch des Angeklagten erwähnt, worin notiert steht, daß Heinz Koch seinem Vater 15 000 M. gestohlen hat. Es gelangt also durch eine Anzahl Briefe von Frau Kommerzienrat Koch an Dippold und ihre Kinder, und von Dippold und den Kochschen Jungen an Frau Kommerzienrat Koch zur Verlesung. Dippold schrieb fast in jedem Briefe: Die Knaben entwickeln sich körperlich und geistig ganz vorzüglich. In einem Briefe, in dem Dippold mitteilt, daß er Weihnachten mit den Jungen nach Berlin kommen wolle, ersuchte er Frau Kommerzienrat Koch, die Jungen nicht zu loben, das können solche Jungen nicht gut vertragen. — Aus den Briefen der Frau Kommerzienrat Koch geht hervor, daß diese mit großer Liebe und Pädelschheit an ihren Kindern hing. — Heinz Koch schrieb einmal an seine Mama: „Dippold ist ein Schweinekerl, denn er frisst das Fleisch mit den Händen vom Teller herunter, er ist ein Saulek, denn er hat sich befohlen, er ist ein gemeiner Kerl, denn er hat unflätigen Verkehr mit vielen Frauenzimmern. Dippold ist ein Schuft, ein Spitzbube, ein Schurke. Die Mama nennt er eine hochmütige Krone, Karl nennt er einen hochmütigen Keil, der Vaters Geld verprasst. Heinz Koch, gelesen Jojo (Joachim) Koch.“ — Frau Kommerzienrat Koch machte darauf Dippold in einem Schreiben Vorhaltungen. Dippold antwortete: „All diese Mitteilungen seien erfunden und erlogen. Heinz scheint nicht mehr geistig zurechnungsfähig, ja erdicht belästigt zu sein. Er sei aber der Meinung, daß es möglich sei, diese Abneigung zu mildern. Wir wollen aber alles in die Hand des Allmächtigen legen, dieser wird schon alles zum Guten lenken.“

In einem ferneren Briefe teilt Dippold der Frau Kommerzienrat Koch mit, daß die Knaben, insbesondere Heinz, an Schwindelanfällen leiden, die Ursache dürfe auf die Vetrübungen „geheimer Sünden“ zurückzuführen sein. — Frau Koch schrieb auf die ihr von dem Gärtner Wümann gemachte Mitteilung: Sie werde ihm einen Arzt schicken, mit dem er über die weitere Behandlung des Knaben beraten solle. Dippold antwortete: Er handle so, wie er es vor

Gott und seinem Gewissen verantworten

könne. Gott helfe nur denen, die den guten Willen kundgeben, sich selbst zu helfen. Er möchte sich von den großen Anstrengungen gern einmal etwas ausruhen. — Nach dem Dr. med. Vogt aus Jülich zurückgekommen war und der Frau Kommerzienrat Koch Bericht erstattet hatte, schrieb Frau Kommerzienrat an Dippold: Sie freute sich, daß der Arzt und der Erzieher übereinstimmen, daß die von Dippold angewandte Erziehungsmethode sich bewähre. — Haben Sie tausend Dank, geehrter Herr Dippold, für Ihre große Aufopferung. Als Anerkennung sende ich Ihnen ein Extrahonorar von 500 M. Ihre stets dankbare Kasse Koch.“ — Dippold antwortete: Er könne innerhalb sechs Monaten das nicht wieder ausbauen, was andre innerhalb sechs Jahren zerstückt haben. Ich kann mein Ziel nicht erreichen, so lange ich von Diensthöfen, Gärtnern usw., die die Beweismittel meines Erziehungsstoffs nicht kennen, kontrolliert werde. Heinz ist ein ganz moralisch verkommenes, unwillkürliches Knabe, woran hauptsächlich seine Verirrungen Schuld haben. Mit Jojo steht es etwas besser. Wenn ich meinen Plan erreichen soll, dann muß ich ungehindert und unbeaufsichtigt sein. Die Kontrolle des Herrn Dr. Vogt will ich mir gern gefallen lassen.

In weiteren Briefen giebt Frau Kommerzienrat Koch ihrem großen Kummer und Gram Ausdruck, daß ihr heißgeliebter Sohn Heinz sich eines Diebstahls schuldig gemacht habe. Dieses schreckliche Vorkommnis werde sie noch ins Grab bringen. — Vorsitzender: Nun, Dippold, wie kommt es, daß Sie in Ihren Briefen an Frau Kommerzienrat Koch niemals etwas von den geschlechtlichen Verirrungen der Knaben erwähnen, sondern stets schreiben: „Die Jungen sind frisch und gesund. Erst nachdem Ihnen Herr Kommerzienrat auf Ihre Witten die Gebaltsverhöhung zugesichert hatte, traten Sie mit der Mitteilung hervor, daß die Knaben „geheimen Sünden“ betrieben? — Angeklagter: Was? Ich zögerte mit dieser Mitteilung, da ich immer noch die Hoffnung hatte, das Kaster, ohne den Eltern davon Mitteilung zu machen, belämpfen zu können. — Vorsitzender: Sie haben sogar den Heinz eines Diebstahls bezichtigt? — Angeklagter: Das war keine bloße Bezichtigung, sondern entsprach der Wahrheit. Heinz hat sogar seiner Mutter ein Geständnis hierüber abgelegt. — Vorsitzender: Das soll auf Ihren Einfluß gesehen sein. — Angeklagter: Allerdings. — Vorsitzender: Hatten Sie denn kein Mitleid mit der geängstigten, tiefbetrübten Mutter? — Angeklagter: Herr Vorsitzender:

Das Wohl meiner Schüler

ging mir über alles; um dies Wohl zu wahren, konnte ich keinerlei Rücksicht nehmen und mit niemand Mitleid empfinden. Im Interesse meiner Jünger habe ich jeden Alkohol- und Tabakgenuss aufgegeben und ein solch zurückgezogenes Leben geführt, daß ich von meinen Freunden verhöhnt wurde. Die Jüngerungen, die ich vornahm, geschahen nur im Interesse meiner Schüler. Ich werde noch Veranlassung nehmen, den Beweis zu führen, daß jegliche Ausschweifungen bei Knaben nur durch tüchtige Prügel bekämpft werden können.

Am Nachmittag wird Kommerzienrat Koch vernommen. Vorsitzender: Herr Kommerzienrat, haben Sie das Selbstbekenntnis von Ihrem Sohn Heinz gelesen? — Zeuge: Jawohl, ich erkläre, das ist die größte Inzucht, die größte Verführung, die mir jemals vorgekommen ist. Das ist ja das Schreckliche, daß man noch die Ehre meines getöteten Sohnes in Schmutz zieht. Ich erkläre, die Anschuldigung ist vollständig unwahr. Ich garantiere, wenn es möglich wäre, mein ganzes Vermögen räumlich auf einen Ort zusammenzubringen und ich den Heinz hineingesetzt hätte, dann würde auch nicht ein Fennig fortgelommen sein. — Vorsitzender: In dem Selbstbekenntnis schreibt Heinz: „Er habe Ihnen einmal einen Tausendmarkschein und einen Obel gestohlen.“ — Zeuge: Ich erkläre das für eine vollständige Unwahrheit. Es hat mir niemals ein Tausendmarkschein oder ein Obel gefehlt. Es ist auch gar nicht möglich, daß der Knabe im Hause Geld gestohlen hat. Denn es ist im Hause niemals Geld, außer einer kleinen Kasse zur Bestreitung des Haushalts. Größere Beträge werden auf der Bank gezahlt. — Vorsitzender: Der Knabe soll Ihnen einen goldenen Mannschellenknopf gestohlen und aus einer Brillantnadel Brillanten ausgebrochen haben? — Zeuge: Nichts von alledem ist wahr. — Der Vorsitzende verliest danach das

„Selbstbekenntnis“ des Heinz.

In diesem heißt es: Der Diener Wilhelm und der Gärtner Wüdel sind mit Unrecht entlassen worden. Sie haben mich nicht verurteilt, sondern die volle Wahrheit gesagt. Ich belenne: Ich habe mehrere Male die Kasse meiner Eltern erbrochen und daraus mehrere größere Beträge entwendet. Ich habe mehrfach bei Berthelm Chokolade gekauft und bei dieser Gelegenheit verschiedene Gegenstände gestohlen. Ich habe mich gefreut, dies in so schlaue Weise ausgeführt zu haben. Ich habe weitere Diebstähle ausgeführt bei Kitz, bei Saroth, Hartwig und Vogel und in verschiedenen Restaurationen. Ich habe mir Jahnysenmisch aus Blech gemacht und diese zur Entnahme von Chokolade aus Automaten verwendet. Ich habe auch Automaten geplündert. Ich habe in Kreditvereinen Einkäufe gemacht und mich, ohne zu bezahlen, hinausgeschlichen. Ich habe meinem Vater aus einer Brillantnadel Brillanten ausgebrochen und diese verkauft. Ich habe mit Prostituierten in der Friedrichstraße intim verkehrt, mit Kellnerinnen am Kurfürstendamm und so weiter intime Verhältnisse unterhalten, bin

mit diesen ausgegangen, habe ihnen Geld und goldene Ringe geschenkt. Ich wurde schließlich geschlechtskrank und da außerdem mein Geld zu Ende ging, so mußte ich diesen Lebenswandel aufgeben. — Vorsitzender: Herr Kommerzienrat, Sie haben ja bereits gesagt, daß das die größte Inzucht und Verführung sei. — Zeuge: Ich kann das nur wiederholen. Derartige Dinge widersprechen auch vollständig dem ganzen Charakter meines getöteten Sohnes. Es wäre auch unmöglich, daß Heinz einen solchen Lebenswandel führen konnte. Der Diener Wilhelm wurde wegen Trunksucht entlassen; er ist aber inzwischen wieder angestellt, da er ein ganz tüchtiger Mensch ist. Der Gärtner Wüdel ist überhaupt nicht entlassen worden.

Aus der Vernehmung der Frau Koch ist folgendes zu erwähnen: Vorsitzender: Ende Januar berichtete Ihnen nun Gärtner Wümann, daß Dippold Ihre Kinder wiederum arg mißhandelt habe? — Zeugin: Jawohl. Ich machte von diesem Briefe auch sofort meinem Manne Mitteilung. Wir sandten sogleich unseren Schwiegerohn, den Rittmeister a. D. Bugge und Herrn Dr. Vogt nach Jülich. Diese kamen mit der Mitteilung zurück: Es sei durchaus nichts Unrichtiges geschehen. Dippold behandle die Knaben genau wie sie es verdienen. Dr. Vogt fragte mich noch, wie ich zu diesem idealen Menschen gekommen bin, denn er habe noch nie gesehen, daß sich ein Hauslehrer so sehr für seine Jünger interessiere. Er spreche und denke nur an seine Jünger. Ich war deshalb beruhigt und willigte auch schließlich ein, daß Dippold mit dem Knaben nach Drosendorf überföhrt. Dippold schrieb mir nämlich, er könne die Erziehung nicht in der gehörigen Weise erreichen, wenn er unter Kontrolle des Hauspersonals stehe.

Es wird danach die kommissarische Aussage der Gärtnersfrau Wümann verlesen. Diese hat bekundet: Sie habe einmal Dippold auf dem Sofa sitzen sehen, wie dieser die Knaben umfasse und küsse. Sie habe aber auch oftmals die Knaben laut jammern und schreien gehört. Heinz habe ihr einmal gesagt, daß Dippold sie so sehr schlage. Auf ihre Frage, weshalb sie das nicht an ihre Eltern schreiben, antwortete Heinz: Das können wir nicht, er läßt uns ja nicht einen Augenblick allein, selbst aus Klosett kommt er uns nach. In einer kalten Winternacht kam Heinz zu uns und bat, ihm einen Strick zu geben. Er sei von Dippold zur Kiesgrube geschickt worden, um einen Strick zu holen. Er könne aber keinen finden. Wenn er ohne Strick wiederkomme, dann schlage ihn Dippold halbtot. Dippold äußerte einmal, ich bin nicht des Geldes halber Hauslehrer. Ich will ganz besonders praktische Erfahrungen sammeln, um ein

Buch über Erziehung schreiben

zu können. (Geht weiter in den Zuschauerraum.) Einmal erzählte uns der Angeklagte, er habe dem Heinz aus einem Buch über die Beschneidung der Juden vorgelesen. Am 20. Januar morgens gegen 5 Uhr rief eine angestrichelte Stimme: Herr Wümann, Herr Wümann, machen Sie doch schnell auf! Wir lesen aus Fenster, es war eine furchtbare Kälte. Da haben wir den kleinen Heinz halb angekleidet vor unsrem Hause. Mein Mann öffnete. Da sagte Heinz: Um Gotteswillen, Herr Wümann, helfen Sie uns, unser Hauslehrer wird mich und meinen Bruder noch tödlich schlagen. Er hat uns in dieser Nacht, als wir im tiefen Schlafe lagen, geweckt und uns so furchtbar mit einem blassen Stock geschlagen, daß derselbe zerbrochen ist. Wir sahen auf dem Rücken und den Armen des Knaben große blutige Wunden, so daß man eine Hand hineinlegen konnte. Auch das Gesicht des Knaben, die Augen und die Hände waren angeschwollen. Heinz hat uns, ihm doch etwas zu essen zu geben, sie belassen so wenig zu essen, daß sie fast verhungerten. Weiter erzählte der Knabe: Er habe dem Hauslehrer gesagt, er müsse auf den Hof hinaustreten, um ein Bedürfnis zu verrichten. Dies habe er als Vorwand benutzt, um sich zu uns zu flüchten.

Kaufgärtner Wümann sagt aus, er habe oftmals gesehen, wie sich Dippold den Knaben beim Baden ohne Badehose zeigte. Die Knaben standen in Anwesenheit Dippolds oftmals beim Waschen mit aufgeschlagenem Hemd und heruntergelassenen Hosen da, so daß man den ganzen Körper sehen konnte. Einmal sah ich, wie Heinz von Dippold mit dem Fuße zur Erde gestoßen wurde. Dieser hob ihn wieder in die Höhe, stieß ihn in den Haarsaum und schlug ihn ganz furchtbar. — Die Verhandlung wird hierauf gegen 1/8 Uhr abends auf Donnerstagvormittag 9 Uhr vertagt.

Gewerkchaftliches

Berlin und Umgegend.

Streik und Aussperrung der Metallarbeiter.

In der Streikversammlung der Metallarbeiter, die gestern vor-mittag tagte, berichtete Roth über den Stand der Bewegung. Es hat sich in den letzten Tagen nicht viel verändert. Die Situation ist für die Arbeiter sehr günstig. Trotzdem der Streik jetzt schon drei Wochen dauert, herrscht volle Einmütigkeit unter den Streikenden wie unter den Ausgesperrten. Dagegen scheint unter den Fabrikanten große Uneinigkeit und Zerfahrenheit obzuwalten. Die Firma Müller in der Reichsbergerstraße hat am Mittwoch ihre 350 ausgesperrten Arbeiter ohne weiteres wieder eingestellt, wodurch die Gesamtzahl der Ausgesperrten wiederum erheblich vermindert wird. Die Streikenden werden nun die weitere Entwicklung der Verhältnisse abwarten, was sie, da keine Dankbarkeit unter ihren Reihen zu Tage tritt, auch in voller Zuversicht auf den endlichen Erfolg thun können. — Die Diskussion, die dem Bericht folgte, zeigte das, daß die Streikenden bereit sind, wenn's sein muß, noch wochenlang im Kampf auszuharren, um ihren Forderungen voll Geltung zu verschaffen. Der Vorsitzende der Vereinigung der Zinsuhrenwaren-Fabrikanten, die, wie es scheint, eine Art Anhängel des Metallarbeiter-Verbandes bildet, hat einem Streikenden erklärt, daß keiner der Arbeitgeber der Zinsuhrenindustrie betwilligen werde. Als ihm dann vorgehalten wurde, daß die Firma Vogel, die doch auch bei der Gründung des Fabrikantenringes vertreten war, schon betwilligt habe, meinte er: dieser Firma wäre eben die Erlaubnis erteilt worden. Wenn ein Arbeitgeber sage, er könne nicht mehr weiter, dann gäbe man ihm die Erlaubnis zu betwilligen. — Recht oft werden von den Arbeitgebern große Worte gebraucht, um auszudrücken, daß sie nie und nimmer betwilligen; der eine will sich lieber die Hände abhauen lassen, der andere will warten, bis sein neugebautes Haus einströmt, ehe er seine Unterschrift giebt. Dergleichen ist früher schon oft von Unternehmern gesagt worden, die dann schließlich doch nachgaben. Die Streikenden lassen sich dadurch nicht einschüchtern, und wenn sie auch nicht so sprechhafte Redensarten gebrauchen, so sind sie doch nicht minder fest entschlossen, auf ihrem Standpunkt zu beharren. Wie mitgeteilt wurde, hat ein Schutzmann in der Wasserhofsstraße einem Streikposten gegenüber erklärt, er hätte, wenn er seinen Anordnungen nicht Folge leiste, das Recht blank zu ziehen und ihm alle Knochen zu zerbrechen. Es wäre zu wünschen, daß dieser Beamte etwas besser über seine Rechte und Pflichten aufgeklärt wird, bevor er Unheil anrichtet.

Die Tarifdifferenzen im Masergewerbe. In der außerordentlich zahlreich besuchten Mitgliederversammlung der hiesigen Filiale des Masergewerks, die am Mittwoch im Gewerkschaftshaus tagte, wurde zunächst von Jahn über das bisherige Verhalten der Meister zu den von den Gehilfen über die tariffrüchtigen Firmen verhängten Sperrungen und die hierüber gepflogene Korrespondenz berichtet. Daran schloß sich eine sehr gründliche Diskussion. Mehrere Redner sprachen sich für unbedingte Aufrechterhaltung der Sperrungen aus, einige erklärten, daß nur ein allgemeiner Streik gegen die zahlreichen Tarifvertragsbrüche helfen könne; von verschiedenen Seiten wurde jedoch auch die Meinung laut, daß es vielleicht ein taktischer Fehler war, die Sperre zu verhängen, bevor man sich an die gemeinsame Schlichtungskommission gewandt hatte.

Die Versammlung erklärte sich schließlich mit 134 gegen 58 Stimmen damit einverstanden, daß die Sperren unter der Bedingung aufgehoben werden, daß am Donnerstag die gemeinsame Schlichtungskommission zusammentritt, um sofort über die Angelegenheit zu beraten. Werden dann nicht von dieser Seite unverzüglich energische Maßnahmen ergriffen, um die Anerkennung des Tarifs zu erzwingen, so setzen sich die Gehilfen genötigt, wiederum einseitig vorzugehen, und werden dann auch vor den stärksten Mitteln nicht zurückzusehen, um zu ihrem Recht zu gelangen.

Achtung! Stroh- und Cellulose-Arbeiter! Die Differenzen bei der Firma Schmeling u. Maria, Rixdorf, Thüringerstr. 18, haben nach vergeblichen Verhandlungen zur Arbeits Einstellung geführt. Wir erwarten, daß der Zugang streng ferngehalten wird.

Zur Aufstellung findet am Sonntag in Berlin und am Montag in Weiskessee eine Stroh-Arbeiter-Versammlung statt. Lokale und Tagesordnung werden noch bekannt gegeben.

Die Branchenkommission der Stroh-Arbeiter Berlins.

Achtung, Schuhmacher! Die Differenzen in der Filzschuhfabrik Jablons, Elisabeth-Platz 6/6, sind beigelegt. Die Sperre über genannte Fabrik ist hiermit aufgehoben.

Die Ortsverwaltung der Schuhmacher Berlins.

Achtung, Bauarbeiter! In Nr. 88 des „Vorwärts“ brachten wir eine Notiz, daß auf dem Bau D. Danneberg, Rixdorf, Eckstraße, Ecke Kaiser Friedrichstraße (Kolonnenführer E. Kuchale) die Steinträger-Arbeiter 25 Pf. unter dem Tarif ausgeführt werden sollten. Wir haben uns überführt, daß dies auf einem Irrtum beruht und nehmen es hiermit zurück.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Bauarbeiter.

Deutsches Reich.

Die Maurer in Lübbenau legten am 8. Oktober die Arbeit nieder. Seit mehreren Wochen sind Verhandlungen wegen einer Lohnerhöhung von 30 auf 35 Pf. pro Stunde im Gange. Anfangs zeigten sich die Meister entgegenkommend. Am 4. d. M. sollte ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Es stellte sich aber heraus, daß die Meister die Forderungen nur hinzugeben und täuschen wollten. Sie zogen die gemachten Versprechungen zurück, worauf nun die Maurer zum Streik griffen.

Die Klempner in Magdeburg haben zwecks Beilegung ihres Konflikts mit den Unternehmern das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Sie haben dies getan, lediglich um ihre Friedensliebe darzutun, denn die Lage des Streiks ist ausgezeichnet. Es ist kein Abfall von Streikenden, kein Zugang von auswärtig zu verzeichnen, und die finanziellen Verhältnisse gestatten eine Fortsetzung des Streiks noch auf lange Zeit. — Die Polizei geht in der bekannten Manier gegen die Streikposten vor, freilich ohne Erfolg. Die Streikposten bewegen sich im Rahmen der ihnen gesetzlich zustehenden Rechte, lassen sich aber innerhalb derselben kein Recht freitragend machen.

Die Solinger Bauunternehmer suchen in auswärtigen Blättern Maurer. Es sei aus diesem Anlaß daran erinnert, daß die Solinger Maurer sich in einer Lohnbewegung befinden.

Der Konflikt im Baugewerbe zu Wilhelmshaven scheint einer friedlichen Lösung entgegen zu gehen. Die Vertreter der in Betracht kommenden Organisationen einigten sich dahin, daß zunächst die Bausperrre seitens der Arbeiter und die Aussperrung seitens der Unternehmer gleichzeitig aufgehoben werden. Alsdann soll der Konflikt der Bauarbeiter mit der Firma Redfles beigelegt werden. Außerdem wird sich die Kommission mit der Festlegung von Bestimmungen befassen, nach welchen in Zukunft Konflikte im Baugewerbe beigelegt sind.

Zur Massenansperrung in Crimmitschau.

Nach längerer Pause fanden in Crimmitschau am Dienstag nachmittag wiederum fünf große Versammlungen der ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Die Stimmung der Kampfbereiten ist vorzüglich. In allen Versammlungen wurde mit Entschiedenheit betont, daß der Kampf solange fortgesetzt werden soll, bis zufriedenstellende Zugeständnisse gemacht worden sind. Das Verhalten der Behörden, die in diesem Kampfe in der ungeschicktesten Weise verfahren, wurde scharf kritisiert. Den Versuchen der Unternehmer, die Arbeiter einzeln zur Arbeit zu bewegen, soll der schärfste Widerstand entgegengesetzt werden. Die erlogenen Berichte der bürgerlichen Presse, daß der Kampf diese Woche von seiten der Arbeiter aufgegeben werden müsse infolge mangelnder finanzieller Mittel, wurden ins rechte Licht gestellt. Interessant war die Besannung der Unterredung eines Fabrikanten mit seinen Arbeitern. Der Inhaber der Firma Schmidt u. Witz hatte die Arbeiter zu einer Besprechung in Krankenlasten-Angelegenheiten geladen. Statt aber über Kassenangelegenheiten sprach der Herr über die Jehnysenmischbewegung, schimpfte über die Führer der Arbeiter und betonte, wie sehr den Fabrikanten das Wohl ihrer Arbeiter am Herzen liege. „Sie sagen selbst den Akt ab, auf dem sie sitzen“, sagte Herr Riech zu den Arbeitern. „Und Sie fallen mit herunter“, erwiderte schlagfertig ein Arbeiter. Auch auf das Streikpostenwesen kam Herr Riech zu sprechen. Ein Arbeiter war tags vorher als Streikpostenführer polizeilich verwiesen worden, weil, wie der Polizist erklärte, Herr Riech sich belästigt fühle. Der betreffende Arbeiter interpellierte Herrn Riech. Die Antwort lautete: „Ja, wenn ein Mädchen Streikposten steht, dann habe ich nichts dagegen. Die schadet mir nicht. Wenn aber Sie — ein Mann — Streikposten stehen, dann lasse ich Sie polizeilich fortbringen.“ Es hänge also ganz von den einzelnen Fabrikanten ab, ob die Arbeiter Streikposten stehen dürfen oder nicht. Sobald ein Fabrikant sich belästigt fühle, greift die Polizei ein. Damit fallen die Argumente der Kreisbauhauptmannschaft, daß die Polizei deshalb das Streikpostenwesen verbieten könne, weil eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit eintreten könne. Diese Gefahr liegt hier nicht vor. Sechs Wochen dauert der Kampf und alles ist ruhig. Die Arbeiter haben nun gegen die Kreisbauhauptmannschaftliche Entscheidung die Anfechtungsklage beim Ober-Verwaltungsgericht erhoben.

Wie die „Märkische Volksstimme“ aus Cottbus meldet, wird dort in mehreren Webereien Streikarbeit für Crimmitschau geliefert. Mehrere Firmen haben Räume mit fertigen Ketten aus Crimmitschau erhalten. Wie unser Korster Bruderblatt weiter mitteilt, sollen bei einer Firma die fertigen Ketten auf mehreren Räumen zerföhren worden sein. Die „Volksstimme“ tadelt diese Manier, dem Gegner hinterlistig Schaden zuzufügen, fordert aber auf, endlich die Streikarbeit zurückzuziehen.

Ausland.

Die Textilarbeiter in Lille hielten am Mittwoch eine Versammlung ab, um über die Frage des Gesamtausstandes schlüssig zu werden. Es wurde keine Entscheidung getroffen, da ein Teil der Arbeiter sich lediglich für den Ausstand der Weber mit Ausschluß der Spinner aussprach. In Armentières wurde dagegen in einer Arbeiterversammlung beschlossen, alles aufzubieten, um den Gesamtausstand durchzusetzen.

Aus Industrie und Handel.

Amerikanisches Eisen in Deutschland. Die Angebote der Hamburger Vertreter des amerikanischen Stahlwerks, der Herren Franz Steffens u. Co., und die an diese Offerte von einem Teil der Presse

gekürzten Erörterungen über die Möglichkeit einer Konkurrenz amerikanischer Eisenerzeugnisse auf dem deutschen Markt sind den Blättern der rheinisch-westfälischen Großindustriellen recht unangenehm, da diese Auseinandersetzungen leicht die Kurse der Eisen- und Kohlenwerte beeinträchtigen könnten, und so versuchen denn dieselben Zeitungen, die früher, besonders zur Zeit der Zollkämpfe im Reichstage, nicht genug von der drohenden amerikanischen Gefahr zu erzählen konnten, es jetzt so hinzustellen, als sei die Konkurrenz der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie auf dem inneren deutschen Markt absolut nicht zu fürchten. Das trifft zwar auf die schweren Eisen- und Stahlprodukte und speziell Weiche zu, gilt aber nicht für feinere Stahlartikel. Doch nicht nur auf dem deutschen, auch auf dem Weltmarkt soll plötzlich die amerikanische Stahlindustrie nicht in der Lage sein, der deutschen erfolgreich Konkurrenz machen zu können. Am deutlichsten kommt diese seltsame Schwankung in der „Rhein.-Westf. Ztg.“ zum Ausdruck, die sich folgende Ausführungen leistet:

Unser Ueberzeugung nach sind die Exportbestrebungen der Amerikaner gerade in diesem Artikel vollständig aussichtslos, da der Weltmarkt in Deutschland noch am meisten unter einem geringen Bedarf und gedrückten Preisen leidet und die Produktion der inländischen Werke keinen Absatz finden kann. Ein Erfolg der amerikanischen Exportbestrebungen auf diesem Gebiete ist deshalb vollständig ausgeschlossen, auch wenn der Tarif seinen Mitgliedern freistellt, unter dem Inlandspreise zu exportieren. Die nordamerikanische Industrie ist vermöge der außerordentlich gewonnenen Herstellungskosten kaum in der Lage, der deutschen auf dem Weltmarkt erfolgreiche Konkurrenz zu machen, geschweige denn Deutschland mit den Erzeugnissen seiner Eisenindustrie zu übersättigen. Dies letztere würde nur möglich sein, wenn Amerika die deutschen Einfuhrzölle tragen und mindestens um so viel billiger verkaufen würde. Die unerfreuliche Gestaltung des amerikanischen Eisenmarktes in Verbindung mit der Vorkriegsperiode lenken naturgemäß die Aufmerksamkeit der amerikanischen industriellen Kreise auf Mittel und Wege, um einer allgemeinen wirtschaftlichen Krise nach Möglichkeit vorzubeugen. Bei Ueberwindung der inländischen Produktion gegenüber dem ausländischen Verbrauch giebt es nur zwei Möglichkeiten, um eine Paralyse herbeizuführen: entweder die Produktion einzuschränken oder die Ueberproduktion nach dem Auslande abzuführen. Das letztere ist nur möglich auf Kosten des Preises und erfordert gewaltige Opfer. Da sich die nordamerikanische Industrie aber nur insoweit außerordentlich hoher Schutzschilde hat entwickeln können, so liegt es nahe, daß eine starke Bewegung gegen die hohen Zölle platzgreifen würde, wolle man jetzt erheblich billiger nach dem Auslande als im Inlande verkaufen, um Abzugesmöglichkeit für die inländische Ueberproduktion auf dem Weltmarkt zu schaffen. Die Weltmarktpreise sind heute niedrige, und sie zu unterbieten verlangt große Opfer. Der große Stahl-Konsum drückt auf seine finanziellen Resultate nicht gerade stolz sein und der nordamerikanische Weltmarkt hat, wie das fortwährende Fallen der Kurse beweist, verzweifelt geringes Vertrauen zu seiner Geschäftsführung. Das alles erhöht die Vermehrung des Exports außerordentlich, und so ist es begreiflich, daß man die Lösung der Krise immer mehr in einer Reduktion der Produktion sucht, um diese mit dem inländischen Bedarf wieder auf gleiche Höhe zu bringen. So sollen die Hüttenbesitzer im Süden die Hoheisenproduktion um volle 25 Prozent einschränken beschlossen haben, während der Norden schon mit einer solchen um 20 Proz. vorgegangen ist. Diesem Vorgehen wird voraussichtlich auch die Weiterfabrikation folgen, so daß voraussichtlich eine allgemeine Produktionsbeschränkung in kurzer Zeit zu erwarten ist.

Damit würde der Alp, der auf dem deutschen Eisenmarkt ruht, schwinden können und nach so langer Zeit des andauernden Witztrahens die Zuvorsicht auf eine zunehmende Gesundung des deutschen Marktes wachsen und voraussichtlich rasch letztere selbst herbeiführen. Der letzte Satz, in dem auf die Gesundung des deutschen Marktes hingewiesen wird, zeigt deutlich, was mit dem Artikel bezweckt wird.

**Neue Fusionen in der Maschinenindustrie.** Wie die „Voss. Ztg.“ erzählt, schweben gegenwärtig Verhandlungen, die auf eine Vereinigung der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft mit der Benrather Maschinenfabrik abzielen. Beide Fabriken stehen bereits der Gruppe Ludwig Loewe u. Co.-Union und damit der Kombination Algen. Electricitäts-Gesellschaft-Union nahe. Diese Zusammengehörigkeit kommt darin zum Ausdruck, daß dem Aufsichtsrat der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft Kommerzienrat Fibler Loewe angehört, während die Union-Electricitäts-Gesellschaft an dem Benrather Unternehmen durch einen Aktienbesitz von rund 1/4 Millionen Mark interessiert ist. Benrather Aktien besitzt übrigens auch der Schwaighausen'sche Bankverein.

**Schaller Gruben- und Hüttenverein.** Der Abschluß weist einen Rohgewinn in Höhe von 6 470 202 M. (im Vorjahre 6 291 500 M.) nach. Davon sollen verwendet werden zu: Abschreibungen 2 500 455 M. (im Vorjahre 2 147 076 M.), Dotierung des Pensionsfonds 150 000 M. (wie im Vorjahre), Zuwendung für gemeinnützige Zwecke 50 000 M. (15 000), Reservefonds 122 247 M. (115 638). Als Dividende werden 32 1/2 Proz. (im Vorjahre 30 Proz.) vorgeschlagen.

**Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft.** Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ teilt mit, daß der Ueberblick der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr 2 647 851 M. beträgt. Nach Abzug von 673 985 M. für Zinsen, Steuern usw. und 1 832 056 M. für Abschreibungen verbleiben 341 809 M. Reingewinn, die auf neue Rechnung übertragen werden.

## Der beleidigte Pastor Krözell.

Die ganze gestrige Sitzung der 140. Abteilung des hiesigen Schöffengerichts war mit der Verhandlung einer Privatklage des belamten Pastors Krözell aus Klorin in Pommeren gegen den Schriftsteller Dr. Max Wittenberg ausgefüllt. Den Vorsitz führte Amtsrichter Tiedge, der Privatkläger wurde durch Rechtsanwält Selke, der Angeklagte durch die Rechtsanwälte Dr. Halpert und Joseph Cohn vertreten. Pastor Krözell ist aus seiner antisemitischen Tätigkeit und seinen Vorträgen über die Koniger Nordbaltische, die viel Staub aufgewirbelt und auch die kirchlichen Oberbehörden wiederholt beschäftigt haben, weiten Kreisen bekannt und in mehrere Beleidigungsprozesse verwickelt worden, bei denen die von ihm Verlangten zu nicht hohen Geldstrafen verurteilt wurden. Als dann der Krözell'sche Hausfriedensbruch-Prozess verhandelt worden war, veröffentlichte der Angeklagte, der seiner Zeit für den liberalen Bauernverein „Nordost“ tätig war, in der damals von ihm herausgegebenen „Montage-Zeitung“ vom 2. September 1901 einen Artikel unter der Ueberschrift: „Der Kloriner Seelenhirt“. In diesem wurde heftig gegen den Privatkläger angelempelt, der unter anderem „Schweinepriester“, „grüster politischer Heher“ genannt und beschuldigt wurde, daß er nicht das Maß von Moral besitze, welches man von einem evangelischen Geistlichen verlangen müsse, vielmehr sich sittliche Verschleungen habe zu schulden kommen lassen und namentlich auch im Pastorhause zu Klorin wiederholt den Besuch einer Frau C. aus Berlin empfangen und mit dieser intime Beziehungen gehabt habe. — Bei der angeregten Frage, ob die Öffentlichkeit auszusprechen sei, widersprach der Privatkläger, der inzwischen Reichstags-Abgeordneter Liebermann v. Sonnenberg'scher Richtung geworden ist, diesem Anschlusse entschieden und hat im vollste öffentliche Verhandlung. Eine solche fand denn auch statt. Durch die von der Verteidigung gestellten und teilweise auch erhobenen Beweise wurde hincinleuchtet in das private Leben des Privatklägers bis in seine Studienzeit hinein. Diese stundenlangen Erörterungen entziehen sich im einzelnen der Wiedergabe, da sie darüber sich auf ansehnliche und vom Privatkläger bestrittene Vorkommnisse detaillierter Natur bezogen. Nur soviel sei hervorgehoben, daß die Eifer sucht der Hausdame des Pastors Krözell, einer geschiedenen Frau Baumeister Vieber, einen Hauptfaktor in diesem Prozesse bildet und

auf sie ein großer Teil der gegen den Pastor ausgesprochenen Gerüchte zurückzuführen ist. Nebenbei behauptete Pastor Krözell, daß ein Teil der Anträge zum Wahrheitsbeweise auf Inspiration seiner eignen Schwester, einer Frau Tiedge, die eine Menge Matsch auf Lager habe, beruhe. Er hatte auch nicht übel Lust, auf diese Quelle auch ein Schmähegedicht zurückzuführen, welches die Gegenseite zum Beweise des schlechten Rufes des Pastors verwerthen wollte. In diesem Schmähegedicht hieß es: „Unser Pastor hat la Frau — Da gegen 'ne dide, schwarze Tu. — Sie flücht ihm auch die Hosen — Und legt ihn in die Hosen.“ — Pastor Krözell behauptete, daß dieses Schmähegedicht Berliner Fabrikat sei und trat Beweis dafür an, daß in seiner Gemeinde eigentlich niemand von diesem Schmähegedicht Kenntnis erhalten habe.

Die oben erwähnte Wirtschafterin hatte den Pastor Krözell durch einen Verwandten, der dessen Bundesbruder vom „Deutschen Volksbund“ war, kennen gelernt und war dessen Hausdame geworden. Zugegebenermaßen hat sie mit dem Privatkläger geschlechtlichen Umgang gehabt und ist eifersüchtig geworden, als letzterer mehrmals den Besuch der Frau C. erhielt, die mit ihm längere Unterredungen hatte, bei deren Beginn die Hausdame jedesmal hinausgeschickt wurde. Die Hausdame Frau Vieber behauptete, daß sie allerlei Angelegenheiten eines unzüchtigen Verkehrs zwischen dem Privatkläger und Frau C. bemerkt und sogar gesehen habe, daß der Pastor sie geküßt habe. Frau C. bestritt entschieden die Behauptungen der Zeugin Vieber. Sie sei in einer Privatangelegenheit, quasi als Beichtkind zum Beichtvater, zu dem Pastor Krözell gekommen, aber auch, weil sie diesen geru hatte. Sie gab zu, die Besuchsfahrt zum Pastor heimlich vor ihrem Manne gemacht zu haben, weil sie sonst keine Erlaubnis dazu erhalten hätte. Sie verrieterte unter ihrem Eide, in Uebereinstimmung mit dem Privatkläger, daß zwischen ihnen nichts Unzüchtiges vorgekommen sei und gab nur zu, daß er ihr und sie ihm die Hände geküßt, daß sie ihm aus der Bibel vorgelesen und wenn sie auf feruelle Stellen stieß, sie ihm diese zum eignen Lesen hingehoben habe. Die Zeugin mußte zugeben, daß der Pastor sie aus seinem Handhabe gewiesen habe, falls sie nicht der Frau C. volle Abbitte leiste, und daß sie diese Abbitte auch wirklich geleistet habe. Sie gab ferner zu, daß sie später wiederholt mit Bitten um Geldzuwendungen sich an den Privatkläger gewandt habe. Sie gab aber auf der andern Seite auch an, daß ihr der Pastor, als er sie entließ, die Zusicherung der strengsten absolutesten Disziplin abgenommen habe. Wie das Gericht die Ergebnisse der Beweisaufnahme würdigte, ergibt sich aus dem unten folgenden Urteil. Aus der Beweisaufnahme sei noch hervorgehoben, daß der Angeklagte auf die Frage des Rechtsanwalts Selke, ob es richtig sei, daß er von der Kommernbank fortlaufend Gelder für eine bestimmte literarische Tätigkeit erhalten habe, mit einem entschiedenem Nein antwortete.

Der Gerichtshof verurteilte den Beklagten Dr. Wittenberg zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten in folgender Begründung: Richtig sei, daß der Kläger, Pastor Krözell, antisemitische Reden über den Koniger Kall gehalten habe und agitatorisch und heftig tätig gewesen sei. Dies sei unverträglich mit der Stellung eines Geistlichen. Wollte ein solcher politische Reden halten, so möge er sein Amt aufgeben. Diejenigen, die sich durch derartige Reden getroffen fühlen, müssen das Recht haben, sich dagegen zu verhalten. Besonders dem Angeklagten, der Jude sei, stehe dies Recht zu. Der Bericht über das Ergebnis der Verhandlung gegen Pastor Krözell sei nicht anzusehen, soweit er sich an die Thatlagen halte. Aber in dem Erkenntnis sei kein Anhalt dafür enthalten, daß der Kläger sich bei der Gelegenheit eines unzüchtigen Verhaltens schuldig gemacht habe. Die ganze Form des beanstandeten Artikels sei beleidigend und lasse die beleidigende Absicht erkennen. Der Kläger sollte geradezu unmöglich gemacht werden. Glaube der Angeklagte, daß Pastor Krözell sich vergangen, so konnte er bei dessen Vorgelegten Beweisen erheben, daß der richtige Weg gewesen. Was Pastor Krözell in seiner Jugend gethan, sei unerheblich. Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß der Kläger mit seiner Hausdame intimen Verkehr unterhalten. Das sei zweifellos ein Fehler, der aber erst nach dem Erscheinen des Artikels begangen sei. Von einer geschlechtlichen Beziehung z. B. gegen Frau C. sei nichts erwiesen, werde seitens des Gerichts auch nicht angenommen. Die Schwärzerei der Zeugin Frau C. und ihre Besuche im Pastorhause wären besser unterblieben, dem Kläger könne hieraus aber ein Vorwurf nicht gemacht werden. Wäre der Kläger vollständig tadelfrei, so würde der Beklagte zu dem höchsten zulässigen Strafmaß — 2 Jahre Gefängnis — verurteilt worden sein, den der Ausdruck „Schweinepriester“ sei ein Ausdruck der Verachtung und Gemeinheit. Eine Geldstrafe habe der Gerichtshof aber doch für ausgeschlossen erachtet. Dem Kläger sei außerdem die Berechtigung zugesprochen worden, den Tenor des Erkenntnisses auf Kosten des Beklagten in der „Stettiner Zeitung“, der „Neumärkischen Zeitung“ und dem „Lokal-Anzeiger“ veröffentlichen zu lassen.

## Lokales.

### Paradeserien und Landtagwahl.

Die Stadtverordneten-Versammlung mußte am Donnerstagsabend bis in die zehnte Stunde hinein zusammenbleiben, obwohl sie sich in der ganzen langen Sitzung eingehend nur mit zwei Gegenständen beschäftigte. In beiden Fällen handelte es sich um Anträge, die von der socialdemokratischen Fraktion gestellt worden waren, in beiden Fällen um Fragen von politisch grundsätzlicher Bedeutung. Und in beiden Fällen hat der gesamte Freisinn aller Fraktionen durch die Art, in der er diese Fragen behandelte, wieder einmal sich selber gekennzeichnet.

Die Verhandlungen über die Paradeserien betreffende Anfrage, die zweimal vertagt worden waren, begannen mit einer kleinen Ueberrückung. Die „Neue Linke“ hatte vor vierzehn Tagen eine Resolution beantragt, durch die die Versammlung ihre Mißbilligung aussprechen sollte. Jetzt wurde diese Resolution zurückgezogen. Die um Rosenow und Pöppingh sonden es plötzlich ratsamer, auf die Seite des Herrn Cassel zu treten, der sich in seinem Namensgut nur bis zu einer Vorstellung bei den zuständigen Staatsbehörden versteigen will. Unser Genosse Singer nahm den Antrag der „Neuen Linken“ sofort wieder auf und begründete dann die von unserer Fraktion gestellte Anfrage. In ausführlichen Darlegungen schilderte Singer die Mißstände, die durch die Paradeserien für die Schule wie für die häusliche Erziehung hervorgerufen worden sind, und er geißelte scharf den Eingriff in die Selbstverwaltung der Stadt, den diese um eines militärischen Schaupiels willen verflüchtete Schließung der Schulen bedeutet. Unmittelbar nach Singer ergriff der Oberbürgermeister das Wort. Herr Kirchner gab zu, daß das Polizeipräsidium kein Recht hat, Schließung der Schulen wegen einer Parade zu verfügen, aber der Polizeipräsident habe auch nur als Beauftragter eines höheren, des Kultusministers, gehandelt. Im übrigen hatte das Stadtoberhaupt weder gegen die Paradeserien auf höheren Befehl noch gegen den polizeilichen Potendienst etwas einzuwenden. Die Redner des Freisinn, Herr Kreiling (Neue Linke) und Herr Cassel (Alte Linke), suchten sich auf ihre Art mit der Thatfache abzufinden, daß hier eine außerhalb der Gemeindeverwaltung stehende Person in den Betrieb des städtischen Schulwesens eingegriffen hat. Beide erwarteten von der oben erwähnten „Vorstellung“, daß bei zukünftigen Paradeserien wenigstens nicht die Polizei, sondern die Schuldeputation wird Potendienste leisten dürfen. Nach ihnen sprach Herr Frey, der Vertreter der Bürgerpartei, der in seinem komischen Eifer alles Mögliche herausbrachte, Schimpfereien auf die Kaiserin, Anpreisungen dynastischer

Beste usw. „Hurra!“ schrie ein Stadtverordneter hochhaft das Wachen, und „Jawohl, hurra!“ antwortete allen Ernstes Herr Frey. — Es folgten dann noch Erwiderungen von Singer, der noch einmal auf die Halbsheit des Cassel'schen Antrages hinwies, und von Kirchner, der es „doch nicht so schredlich“ fand, wenn die Polizei die — hier stotterte er ein wenig — die Liebenswürdigkeit hat, die Benachrichtigung der Schulleiter zu übernehmen“. Die Abstimmungen, beide namentlich, ergaben Ablehnung des socialdemokratischen Antrages, für den fast nur unsere Genossen stimmten, und Annahme des Cassel'schen Antrages.

Eine zweite Gelegenheit, sich in seinem wahren Lichte zu zeigen, bot dem Freisinn der Antrag unserer Genossen über den Beginn der Urwahlen für den Landtag. Genosse Borgmann zeigte, daß für die Wähler der dritten Abteilung die Möglichkeit, ohne erheblichen wirtschaftlichen Schaden an den Wahlen teilzunehmen, nur dann einigermaßen gesichert erscheint, wenn die Wahlen erst um 5 Uhr beginnen. Der Vertreter des Magistrats, Stadtrat Bohm, bemühte sich nachzuweisen, daß die Festsetzung des Beginnes auf 2 Uhr allen Wünschen am besten entspreche. Von einem späteren Beginn fürchtete er Unbequemlichkeiten für die Wähler der — 2. und 1. Abteilung. Stadtr. Kämpf (Alte Linke) sprach sich noch deutlicher aus. Ihm ist selbst 2 Uhr noch zu spät, wenn der Wahltag für die Wahlhabenden völlig sichergestellt sein soll. Stadtr. Nathan erklärte sich im Auftrage einer kleinen Gruppe aus der „Neuen Linken“ für 5 Uhr. Die Opferwilligkeit der Wähler der ersten und zweiten Abteilung, sagte er, werde nicht davor zurücktreten, erst am späten Abend zu wählen. Als nachher Genosse Borgmann in einer kurzen Erwiderung ankerte, die wohlhabenden Wähler müßten eben einmal ihr Abendvergnügen opfern, protestierte die Mehrheit der Versammlung durch erregte Zwischenrufe. Herr Nathan hatte also die „Opferwilligkeit“ dieser Herren zu hoch eingeschätzt. Die Abstimmung ergab 20 Stimmen für und 96 gegen den Antrag „5 Uhr“. Der Freisinn der Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat sich damit ein neues Blatt in seinem „Ruhmeskranz“ gewonnen.

### Es lebe die „Freiheit“!

Die neueste Komödie, die der Verächter rother Kritik, Herr Sudermann, dem p. t. Publikum verlegt hat, erregt in den Kreisen des allzeit unentwegten Deutschfreisinn entsetzten Widerspruch. Lante Voh, die eifrige Tempelhüterin des heiligen Manchester, fordert sogar die Volkseele dringend zum „Kochen“ auf und der gute Hauspöbel und „Kritiker der „Freisinnigen Zeitung“ meint resigniert, er wolle erst gar keine Kritik schreiben, denn das Stück sei unter aller Kritik. Ueberhaupt habe die Positiv vollkommen recht. Ja, was hat denn nur Sudermann verbrochen? Er hat in einem schlechten Stück dem deutschen Liberalismus einen Spiegel vorgehalten; der Spiegel ist nicht fein geschliffen, hat ein paar Krümel und das Bild, das er zurückwirft, ist ein wenig verzerrt; aber man erkennt doch den, der sich spiegelt. Man erkennt in der Skizze noch deutlich die Helden der Phrasen, die „voll und ganz“ verstaubte Fahren „hochhalten“ und ihr Leben nichts andres gethan haben, als verstaubten Schlagworten nachzulaufen. Was haben wir vom deutschen Liberalismus nicht alles z. B. „Im Namen der Freiheit“ erdulden müssen. Er ist nun einmal für Freiheit. Natürlich für die, die er meint! Nirgends kommt die ideo Verheit dieses falschen „Freiheits“-Kultes deutlicher zum Vorschein, als in der Gemeindepolitik, wo mit Schlagworten aber auch gar nichts gethan ist und hochtrabende Redensarten nicht für Lösung von Problemen ausgegeben werden können.

Wir erinnern uns noch deutlich einer Reihe von Stadtverordneten-Versammlungen von vor sechs Jahren. Damals hatte die ruhige und arbeitsfähige socialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion eine Reihe von Anträgen im Roten Hause eingebracht, die bestimmt waren, eine vernünftiger und gerechtere Behandlung wichtiger Gebiete der städtischen Verwaltung herbeizuführen. Unter anderem war auch die Anstellung von Schulärzten gefordert worden. Aber da hätte man den damals amtierenden Stadtschulrat und der ihm zur Hilfe eilenden Stadtrat Dr. med. Strahmann sehen sollen! Nach der Meinung dieser Säulen des Liberalismus mußte der Antrag direkt zur Aufhebung der Familie führen. Im Namen der „Freiheit“ schrien sie den Magistrat an, solchem betrachten Anfertiger Zwang, bedeute einen „Eingriff in die Rechte der Eltern“, vernichte die „Freiheit“ usw. Welche Freiheit? Nun, die „Freiheit“ des Proletariats sind jahrelang mit unbemerkten Krankheitserscheinungen herumzuschleppen und wegen mangelnder Pflege womöglich den Keim zu dauerndem Siechtum zu legen! Das man mit den gleichen leeren Redensarten den Schulzwang, den Militärzwang, den erzwungenen Schutz gegen Epidemien, jede Polizeivorschrift, auch die vernünftige, belämpfen kann, das merken die „Vertreter des Liberalismus“ gar nicht. Für sie genügt es ja auch schon, daß eine Verbesserung von Socialdemokraten verlangt wird, um sie zu belämpfen.

Warum wir diese alte Geschichte wieder ausgraben? Nun, um zu zeigen, daß die Sturmgesellen des deutschen Freisinn unverbesserlich sind. Jeder wirkliche Fortschritt muß ihnen von der aufstrebenden Arbeiterklasse mühsam abgerungen werden. Im ähen und geduldbigen Kampf muß die Masse der Bevölkerung in den Gemeinden gegen die Uebermacht der wenigen Reichen und Privilegierten ringen. Der Kampf gegen den Freisinn ist zugleich ein Kampf gegen die Phrasen, die tönenden Worte geschwollener Programme im Interesse thatkräftiger Reformarbeit. Wer sich nicht getroffen fühlt, schreit nicht auf, wenn der Narr mit dem Pfeifenholz durch die Gassen rennt, und — wer kein „Sturmgefell“ ist, der braucht nicht gegen die „Verhöhung des Liberalismus“ zu protestieren. Wirkamer als der „Dichter“ wird der Stimmzettel des Proletariats mit den Sturmgesellen aufräumen. Und wir haben ein andres, unerschütterliches Recht in den Wahlkampf zu ziehen mit dem Rufe: „Es lebe die Freiheit!“

Ueber Mißstände im Berliner Markthallenwesen sind in einer Versammlung von Markthallen-Standhabern lebhaft Klagen vorgebracht worden. Verügt wurde, daß Beleuchtung, Lüftung und Heizung der Hallen viel zu wünschen übrig lassen, daß der aus den jährlichen Ueberschüssen angesammelte Markthallenfonds nicht zur Ermäßigung der Standmieten, sondern zum Teil für allgemeine städtische Zwecke verwendet worden ist, daß die Gemeindebehörden Berlins für eine Erschwerung des Straßenhandels bisher nicht zu haben gewesen sind. Eine entsprechende Protestresolution wurde angenommen.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ bringt über die Versammlung einen Artikel, den sie mit dem Sage einleitet: „Die freisinnige und socialdemokratische Presse liebt es, von der städtischen Verwaltung Berlins immer als von einer Kustertverwaltung zu sprechen“. Man sieht, wie das Blättchen, das die kleinen Handel- und Gewerbetreibenden vom Uebertritt zur Socialdemokratie abschrecken zu sollen glaubt, selbst den tollsten Blödsinn nicht zu toll findet, ihn den Lesern vorzutragen. Also auch die socialdemokratische Presse „liebt es“, von der Berliner Gemeindeverwaltung

immer als von einer „Musterverwaltung“ zu sprechen! Das wird den Rathausfreisinn nicht wenig überraschen.

Es entspricht durchaus dieser Mentalität der „Staatsbürger-Zeitung“, wenn sie in ihrem Artikel mit keinem Wort daran erinnert, daß gerade von sozialdemokratischer Seite seit langem die Standpunkte als zu hoch bezeichnet worden ist, daß gerade die sozialdemokratischen Stadtverordneten die Plünderung des Markthallenfonds bekämpft haben, durch die die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung den kommunalen Dalles zu verdeden suchte. In dem Bericht, den das Blattchen über die Versammlung bringt, wird diese Thatsache gleichfalls nicht erwähnt; man muß daher annehmen, daß sie auch in der Versammlung selber vorsichtig verschwiegen worden ist. Mit desto größerem Eifer hat man dort versucht, gegen die Sozialdemokratie den Unfand auszubringen, daß unsere Parteigenossen sich in der Stadtverordneten-Versammlung gegen die Erdrückung des Straßenhandels erklärt haben.

Daß in dem Artikel neben schonloser Verlogenheit sich zum Ueberflus noch eine lässliche Unwissenheit breit macht, das wird bei der „Staatsbürger-Zeitung“ niemand wundernehmen. Die konservativen und antisemitischen Blätter, die um die Gunst des Mittelstandes werben, zeichnen sich ja überhaupt durch eine verblüffende Unkenntnis der Einzelheiten der Berliner Kommunalverwaltung aus. Auch dem Herrn, der in der Versammlung den Referenten gespielt hat, kann nur geraten werden, sich erst etwas gründlicher zu unterrichten, bevor er mitpricht.

Der Hauptzweck der Versammlung und ihrer Ausschlichtung durch das antisemitische Blattchen war offenbar der, zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen Stimmung zu machen für die sogenannte Bürgerpartei. Da ist freilich gerade die Angelegenheit des Markthallenfonds das ungeeignete Mittel. Die einzige Säule der Bürgerpartei ist in der Stadtverordneten-Versammlung Herr Fregel. Der Tapfere hat kein Wort gesagt, als der Freisinn den Markthallenfonds plünderte.

Im 5. Radialsystem der Kanalisation hat sich die Pumpstation im Laufe der Jahre immer mehr als zu klein erwiesen. Zum Zweck einer Erweiterung ist das Grundstück in der Holzmarktstraße, auf dem sich die Station befindet, durch Zukauf von Nachbargrundstücken vergrößert worden. Die darauf befindlichen Wohnhäuser sind jetzt geräumt worden und sollen demnächst niedergelegt werden. Die Erweiterungsbauten werden sich unmittelbar an die vorhandenen Anlagen der Pumpstation anschließen; beispielsweise wird das Maschinen- und Kesselhaus einfach bis auf das Nachbargrundstück verlängert werden. Auch ein größerer Druckrohr ist für das 5. Radialsystem notwendig geworden, da der Querschnitt des bisherigen Druckrohrs für die von hier nach den Rieselfeldern zu fördernde Wassermenge nicht mehr ausreicht. Die Abwässer dieses Radialsystems sind allein in den letzten fünf Jahren von rund 12 Millionen Kubikmeter auf rund 15 Millionen Kubikmeter angewachsen. Zum 5. Radialsystem gehören namentlich das Straßauer Viertel und das Königsviertel, als diejenigen Stadtteile, die in den letzten fünf bis zehn Jahren einen stärkeren Bevölkerungszuwachs als irgend ein andere Stadtteil gehabt haben.

**Humor in der Partei.** In dieser Zeit, wo so häßliche persönliche Reinigungskämpfe unter den Parteigenossen ausgefochten werden, müßte man schier verzagen, wenn die Naivität unserer Gegner und nicht wieder in die richtige Verfassung bräute. Haben diese Herrschaften schon immer in tumberlicher Charakteristik der Sozialdemokratie Erledigtes geleistet, so schaffen sie jetzt wahre Perlen zu Tage. Heute bringt die „Post“ die folgende, von einem Berichterstatter herrührende Skizze aus der letzten Versammlung im zweiten Wahlkreise:

„Die Säulen der Sozialdemokratie beginnen zu erschauern. Das ist Kayenstein, das Mehring, das Antea, das Hülle, das Wurm!“ erklärt mir ein „Genosse“, mit dem ich mich angefreundet habe. Er nimmt die Dinge nicht tragisch und ist bereit, meinen Mentor zu machen, obgleich er an meiner Unorientiertheit merken muß, daß ich günstigen Falles nur ein der „Partei“ als solcher ganz fern stehender „Mitläufer“ sein könnte. „Sehen Sie den da?“ fragt er. Das ist einer der Wichtigsten hier in Berlin; Genosse Kiesel, der hinter den Coulissen eine ganz gewaltige Macht ausübt. Er ist der eigentliche Führer der Berliner Radikalen, und Leute wie Rubel und Stadthagen zittern geradezu vor ihm! Wenn er auf einer der Reichstagstribünen als Zuhörer erscheint, wird die ganze Fraktion nervös, und einer will dann immer schneidiger reden als der andre.“ Ich betrachte mir den großen Mann. „Ist er nicht Valeriuschew?“ erkundige ich mich. „Nein, Elgarenarbeiter,“ lautet die Erwiderung.

Es ist klar, daß ein trotz alledem noch von Humor besetzter Parteigenosse mit dem armen Reporter der „Post“ einen gar blutigen III. getrieben hat. Diese Pappentweimer sind zu leicht zu erlenien. Daß der biedere Berichterstatter treuherzig den Scherz für bare Münze nimmt und die „Post“ ihn begierig als neueste „Enthüllung“ abdruckt, zeigt uns, daß selbst der Feind, den wir am liebsten hassen, nämlich der Unverstand, noch eine veröhnende Eigenschaft an sich hat.

Wie sich ein Zustand im Kopfe der Polizei malt, zeigt die folgende polizeiliche Mitteilung, die in Hinsicht auf den gestern erwähnten „Post“-Artikel der Presse zugeht:

Es ist in verschiedenen Zeitungen die Ansicht zum Ausdruck gekommen, daß die Betriebsbeschränkungen der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft, welche gelegentlich des Streiks ihrer Angestellten eine Zeitlang stattgefunden haben, auf einer Anordnung des Polizeipräsidenten beruhen. Diese Annahme ist nicht zutreffend. Die Direktion der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft hat vielmehr ihrerseits die Betriebsbeschränkungen eintreten, insbesondere am Sonntag den 27. vorigen Monats den Betrieb ganz ruhen lassen. Nur am 30. vorigen Monats, dem Tage, an dem die Entlassung sehr zahlreicher Metallarbeiter zu erwarten war, hat die Direktion der Gesellschaft nach Benehmen und im Einverständnis mit dem Polizeipräsidenten auf dessen Anregung den Betrieb von 7 Uhr abends an eingestellt. Gleichzeitig wurde jedoch die Direktion ausdrücklich beauftragt, fortan den Betrieb auf allen Linien in vollem Umfange durchzuführen.

Sonach muß die Polizei angenommen haben, daß die von den Kühnemännern ausgesperrten Metallarbeiter gar nichts Besseres mit ihrer freien Zeit anzufangen wüßten, als die Omnibusse zu überfallen. Diese Annahme kann nicht aus der Luft gegriffen sein, sondern muß sich auf irgend welche Thatsachen stützen. Die Behörde leistete der „Ordnung“ einen gar nicht hoch genug einzuschätzenden Dienst, wenn sie das Komplott der Metallarbeiter enthielte und so den Umsturz in seinem wahren Lichte zeigte. Fürchtbar muß dies Komplott ja schon gewesen sein, denn anders hätte die Beförderung doch nicht, um im Jargon der Schwarzmaier-Presse zu reden, vor der Verschönerung kapituliert. Also bitte!

**Der vorgestrige Sturm.** In den westlichen Vororten hat der Sturm weit ärger gehaust als in Berlin und bedeutende Schäden verursacht. In Friedenau wurden zahlreiche Fenster-scheiben zertrümmert und eine mehr als centnerschwere Base von dem Dache eines Hauses in der Ringstraße in den Vorgarten hinabgestürzt. In Schöneberg zeigten aufgerollte Wechbelleidungen, entwurzelt und geländete Bäume, besonders im westlichen Teil der Nachbarkstadt, von der Gewalt des Elements. In der Hermannstraße in Rixdorf wurde ein Schornstein ungerissen. Die Steine durchschlugen das Dach und die Trümmer stürzten zum Teil auf den Bodenraum, zum Teil auf die Straße hinab. Einen schwierigen Stand hatten die auf der Chaussee befindlichen Fuhrwerke. In der Dorfstraße in Mariendorf wurde der Kastenwagen einer Landwirthschaft umgeworfen, wobei die eine Seite gesplitterte. Am schlammigen erging es den auf der Chaussee befindlichen zahlreichen

Plantagen, die gegen den Wind überhaupt nicht vorwärts zu kommen vermochten und, bis sich der Sturm gelegt hatte, Dedung suchen mußten. Vielfach wurden die Telegraphenleitungen getrennt. Der Grunewald, die Forsten an der Havel, die Waldungen bei Lichterfelde, Teltow und Umgebung, die bereits bei den Aprilstürmen sehr gelitten hatten, haben außerordentlich starken Windbruch aufzuweisen und sind stellenweise förmlich gelichtet. Durch Wirbelstürme wurden ganze Baumreihen niedergelegt.

Ueber die Störungen, die der Sturm im Straßenbahn-Betriebe verursacht hat, liegen folgende Meldungen vor. Am 11. v. m. stürzte in der Potsdamerstraße, am Botanischen Garten, ein entwurzelter Baum gegen die Oberleitung der Straßenbahn. 12. v. m. ereignete sich ein gleichartiger Unfall in Tegelen, in der Nähe des Straßgefängnisses, und um 12. v. m. in der Prenzlauer Allee am Steierhaus. Am 12. v. m. wurde an der Leffingbrücke durch einen stürzenden Baum, dessen Stamm sich auf die Oberleitung der Straßenbahn legte, das Stromkabel zerissen. Ein Drahtseil fiel auf das Dach des auf der Brücke befindlichen Wagens Nr. 1038 und brannte durch. Auch der Wagen wurde beschädigt. Die Wagen der beiden Linien 2 und 3 konnten infolge dieses Unfalles nur bis zum Sanja-Platz resp. Wilhelmshagenverstraße fahren, der Verkehr zwischen diesen Punkten wurde eingeleitig durch Gondelwagen aufrecht erhalten. Am 12. v. m. und 12. v. m. fielen zerfallene Festsprecherhähne vor dem Hause Frankfurter Allee 138 resp. am Königsplatz auf die Straßenbahn-leitung. Am 2. v. m. und um 3 Uhr nachm. fielen die Kronen gekrümmter Baumzweige in der Eidenauerstraße und an der Schmaragdener Brücke auf die Kontraktbrücke. Der Verkehr wurde an beiden Stellen dadurch aufrecht erhalten, daß die Wagen mit Schwingen die Unfallstelle passierten.

**Die Versuchsfahrten der Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen** wurden am Donnerstag fortgesetzt. Nachdem der Siemens-Wagen das gestrige Ziel, eine Fahrgeschwindigkeit von 200 Kilometer pro Stunde, erreicht hat, trat heute zum erstenmal der umgebauter Motorwagen der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft in Thätigkeit. Bei diesem steigerte man die übliche Schnellzuggeschwindigkeit vorläufig auf hundert Kilometer pro Stunde, eine Leistung, welche für den Anfang völlig zufriedenstellte. In dieser Woche werden die Versuchsfahrten mit dem Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft-Wagen fortgesetzt, in der nächsten Woche wird ihn voraussichtlich wieder der Siemens-Wagen ablösen. Der Fahrplan der Mitfahrtsfahrten gestattet ausgedehntere Versuche leider nicht, die Fahrten müssen auf die kurze Spanne Zeit von 9 Uhr 5 Minuten bis 10 Uhr 50 Minuten vormittags zusammengebrängt werden. Und dieser beschränkte Zeitraum kann leicht noch durch Zugverpätungen u. abgekurzt werden.

**Rein „kupferner“ Sonntag.** Die Berliner Handelskammer hat, auf eine Anfrage des Gebietskommissariats des Polizeipräsidenten, ein Gutachten über die durch das Weihnachtsgeschäft in diesem Jahre notwendig werdenden Ausnahmen von der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe erlassen. Da diesmal das Weihnachtsgeschäft nicht unmittelbar auf einen Sonntag folgt, sondern auf einen Freitag fällt, hält das Gutachten nur die Freigabe zweier Sonntage, des „silbernen“ am 13. und des „goldenen“ Sonntags am 20. Dezember für erforderlich, während für den „kupfernen“ Sonntag, den 6. Dezember, namentlich im Hinblick auf die bisher gemachten Erfahrungen, keine Ausnahme verlangt wird. Für die beiden Sonntage wird die Freigabe der Vormittagsstunden von 9-10 Uhr und der Nachmittags- und Abendsstunden von 1 bis 9 Uhr im Interesse der Geschäftsleute wie des laufenden Publikums empfohlen. Für den 27. Dezember, den Sonntag zwischen Weihnachten und Neujahr wird für die Cigarren- und Tabakbranche, wie für den Papierhandel die Freigabe der Stunden von 8 bis 10 und 12 bis 4 Uhr verlangt. Letzteres geschieht mit Rücksicht auf den Handel mit Neujahrsarten.

**Falsch gestochen** ist gestern vormittag der Rechtsanwalt Ludwig Lewin, Halleisches Ufer 28, im Sprechzimmer des Rechtsanwalts Stubenrauch, Charlottenstr. 84, mit dem er eine geschäftliche Unterredung hatte. Er stürzte plötzlich zu Boden. Eine Herzlähmung hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

**Großfeuer** kam in der letzten Nacht in dem Fabrikgebäude des Fabrikanten A. Riedel, Mühlentstraße 78/77 aus. Das große Gebäude beherbergt eine Menge Betriebe, u. a. die Wapppen-Berke von Hamburger u. Fuchs, die Reuwäscherei von Gebürdler E. und M. Simon, die Getreide-Bremerei von J. Blause, Kornlager usw. Das Feuer soll in einem Arbeitsraum ausgebrochen sein und wurde erst bemerkt, als es schon eine große Ausdehnung erlangt hatte. Das Gebäude liegt unmittelbar an der Spree in der Nähe des Oberbaums und der Oberbaumbrücke. Die Flammen waren daher weithin sichtbar. Dies war die Ursache von zahlreichen Alarmierungen. Die 2. Kompanie unter Leitung des Brandinspektors Dr. Franke Id war bald zur Stelle. Wegen der großen Gefahr für die vielen Betriebe wurde allen Wachen „Mittelfeuer“ gemeldet. Während ein Teil der Feuerwehr über die schon vollständig verqualmten Treppen gegen den im zweiten und dritten Stock liegenden Brandherd vorging, benutzte ein anderer Teil eine große mechanische Leiter, die auf dem Hofe aufgeföhrt worden war, zum Vorgehen. Mehrere Dampf-spritzen konnten das Wasser direkt aus der Spree entnehmen. Für den beurlaubten zur Zeit in Bad Nauheim weilenden Branddirektor erschied sein Stellvertreter, Brandinspektor Reinhard, an der Brandstelle. Mit vier B- und vier C-Rohren wurde der Brand gelöscht. Früh um 2 Uhr konnte ein Teil der Feuerwehr abgelöst werden. Die vollständige Ablösung und Aufräumung übernahm heute früh die 5. Kompanie. Der Schaden, der durch Feuer und Wasser entstanden ist, soll bedeutend sein, läßt sich heute, wo die Feuerwehr noch thätig ist, aber noch nicht schätzen. Mehrere Geschäfte mit dem Dach müssen erneuert werden. Besonders gelitten haben die Wapppen-Berke, eine Reuwäscherei und eine Schrotmühle. Die Accumulatoren-Fabriken sind unversehrt geblieben und können den Betrieb fortsetzen. Der linke Flügel des Gebäudes ist verschont geblieben.

**Ermittelt** und festgenommen wurden 12 Einbrecher, die kürzlich den Herrenreiter v. Wigglass in Potsdam heimstahlen. Unter den gestohlenen Sachen befanden sich wertvolle Geschenke vom Kaiser und andern Mitgliedern des kaiserlichen Hofes, gemonnene Ehrenpreise usw. Einige dieser Beutestücke tauchten nun hier in der „August-Halle“, einer Kaskemerie in der Auguststraße, auf. Ein früherer Barbier Walter suchte sie hier an den Mann zu bringen. Der Bekanntheit des Verkäufers nachforschend, fand die Kriminalpolizei nach und nach auch die Einbrecher und den Kustifer. Dieser ist ein früherer Photograph und Diener Jengertich, der die Mündlichkeiten und Gepflogenheiten des Herrenreiters kannte und wußte, daß bei ihm etwas zu holen war. Jengertich setzte sich mit dem Schmiede Abth und dem früheren Barbier Heimerlen in Verbindung, die dann, nachdem er ihnen den Weg angezeigert hatte, vom Dache aus durch ein offenes Fenster bei v. Wigglass einstiegen. Die ganze Gesellschaft sitzt jetzt hinter Schloß und Riegel und wird zur Aburteilung nach Potsdam gebracht.

**Ein schwerer Unfall** trug sich gestern abend vor dem Hause Langestraße 102 zu. Der 12 Jahre alte Sohn Bruno des Kaufmanns Dybasgetoski, der in diesem Hause wohnt, spielte vor der Tür mit anderen Knaben, als ein Selterkühler langsam herangefahren kam. Da lief der Knabe, der den Wagen wohl nicht gesehen hatte, über den Damm und kam unter die Räder. Das eine ging ihm über die Brust, das andre verlegte ihn schwer am Arm. Beim Fallen erlitt er auch eine Gehirnerschütterung. Man brachte den Verunglückten nach der Unfallstation am Gränen Weg. Von dort wußte ihn der Arzt dem Krankenhaus am Friedrichshain zuföhren lassen, aber schon auf dem Wege dorthin erlag der Knabe seinen Verletzungen. Als seine Mutter ihn nach einer halben Stunde vernichte und suchte, erfuhr sie, daß er tot sei.

**Apoll-Theater.** Kalauer, wie sie nur in Berlin gedeihen, und rüdische Musik, diese beiden Wahrzeichen des Hauses Friedrichstr. 218, wo waren sie gestern hin? Was für ein Wandel hatte sich mit einem Male in dem Rauchtheater vollzogen! Eine ganz andre Welt tauchte auf der Bühne auf, man vernahm Töne, die längst vergessen sind; und in lieblicher Ursprünglichkeit entfaltet sich jene harmlose Freudigkeit am Leben, wie sie sich einzig im echten Wiener Walzer offenbart.

**Am der Operette Frühlingstau.** Me aus dem Melodien-Nachlaß des alten Joseph Strauß geschickt von dem Wiener Kind Ernst Kletterer komponiert ist, war wirklich noch volle Frische. Keine Spur von dem haben Kustph, der später die Wiener Operette verlorb und ihr zu einem langsamen, ruhmlosen Verblühen half. Das strömte wie frischer Meientwind heran und schlang sich so natürlich um eine einfache Handlung, daß man sich immer von neuem freute und mit berrubert fragte, wie so etwas heutzutage überhaupt noch möglich, und vor allen Dingen, wie es im Apollo-Theater möglich sei. Es wird die alte Wahrheit verkündigt, daß Liebes- und Lebenslust auch dann keine Sünde ist, wenn sie einmal über die Stränge schlägt; wenn der sonst solide Rechtsanwalt neugierig in fremden Gärten nachts, wenn ferner ein ganz alter Knabe urplötzlich Purzelbäume schlägt, so ist das eben die selbstverständliche Wirkung des Lebenspenders Frühling.

Seltene Gegenstände waren hier im Spiel zusammengelhan. Eine Wiener Sourette, wie es deren nur wenige giebt, Földi Augustin, und der Berliner Compositomiker Robert Steidl, traten als Partner auf. Die Wiener Künstlerin glück der Gallieier in älterer natürlichen, ungezerrten Lebenslust, und ihr überlegener Humor erfüllte das ganze Stück. Neben einem solchen Geiste konnte Steidl nicht recht zur Geltung kommen, und es schien uns, als ob der Mann, dessen tolle Sprünge sonst der Wirkung sicher sind, dies selbst recht deutlich fühlte. Möglicherweise findet Steidl sich bald in die ihm etwas neue Welt hinein. In ihrer Art drollig waren die Herren Kottler und Kettner, sowie Frau Geym-Eindds-hofer. Ganz zum Ueberflus brachte der dritte Akt der Operette noch ein glanzvoll hergerichtetes Ballet. Das Publikum sollte in seinem Behagen über die Schönheit des neuen Kunstwerks nicht ganz vergessen, daß es sich im alten Apollo-Theater befand.

**Das Herbstfest der Freien Volkshöhne.** Der jetzt 10000 Mitglieder umfassende Verein ladet für den nächsten Sonnabend zu einer eigenartigen musikalischen Veranstaltung ein. Der Gegenstand der älteren Klassik und der modernen Richtung in der Musik wird durch das Programm veranschaulicht, wie die Musik am Beginn und am Ende einer hundertjährigen reichen Entwicklung sich gestaltet. Die musikalischen Formen, die Hadyn ausgebildet, entfalten sich in dem ersten Teil des Konzerts, das ausschließlich dem Meister unverwundlicher kindlicher Fröhlichkeit und ammutiger, einfacher Klarheit gewidmet ist. Wie diese Formen von den Modernen wieder aufgelöst und zerbrochen werden, wie alles ins Dunkle, Rauschende, Särende, Farbenfebernde zerfließt, bringt der zweite Teil zur Anschauung. Hier hören wir die Musiker von Richard Wagner (Meister-singer-Vorpiel) bis Richard Strauß (Don Juan). Neben den Orchesterleistungen werden auch Solovorträge geboten. Lieder und Klavier (Liszt). Der Preis des Billets ist wie bisher 50 Pf. Auf die künstlerische Ausstattung des Programmheftes, das für die Teilnehmer einen dauernden Wert behalten soll, ist auch diesmal große Sorgfalt verwendet worden.

**An dem Richard Wagner-Abend des Schiller-Theaters.** der am nächsten Sonntag, den 11. Oktober, im Bürgerlaale des Rathauses stattfindet, wirken als Gesangssolisten die Damen Vera Goldberg und Betjn Schot und Herr Richard Könnede mit.

## Aus den Nachbarorten.

**Ueber einen Einbruch- und Mordversuch auf dem Grundstück der Großen Berliner Eiswerke in Pflägensee** wird der Berliner Zeitung berichtet:

Auf dem Hofe des Grundstücks ist eine Kantine etabliert, in die während der letzten Wochen wiederholt eingebrochen wurde. Auch heute morgen war es allem Anschein nach auf einen Einbruch abgesehen. Wie nämlich festgestellt wurde, haben gegen 2 Uhr morgens zwei Männer den Zaun überklettert, der das weitläufige Grundstück von den umgebenden Privatwägen abschließt. Der Wächter, der zur Nachtzeit die Eiswerke und auch einen Teil der großen Restaurationsanlage Karlohof zu beaufsichtigen hat, nahm, als er auf seinem Kontrollgang eine zu den Eiswerken gehörende Wiese passierte, bei einem Wusch ein eigentümliches Geräusch wahr, das ihn veranlaßte, stehen zu bleiben und seinen Revolver schußbereit in die Rechte zu nehmen. Während er nun in der Dunkelheit horchend dastand, fiel aus dem Gebüsch ein Schuß, der den Wächter in den Oberschenkel traf. Bei dem Versuch, vorwärts zu schreiten, brach der Mann zusammen. Auf seine Hilferufe kamen aus einem in der Nähe belegenen Häuschen, das einigen Arbeitern als Quartier dient, mehrere mit Knütteln und Stangen bewaffnete Personen herbei, die zwei Gestalten über die Wiese eilen und im Nebel verschwinden sahen, eine Verfolgung aber als ganz aussichtslos nicht erst in Scene setzten. So gut es ging, leisteten sie dem verwundeten Wächter Hilfe. Ein Fuhrwerk brachte den Verwundeten in das städtische Krankenhaus in Charlottenburg.

**Das Schöneberger Stadtpark-Projekt** ist seiner Verwirklichung um einen Schritt näher geführt worden. Die Stadtverordneten-Versammlung hat in geheimer Sitzung in Uebereinstimmung mit dem Magistrat das mit den Interessenten abgeschlossene Abkommen gutgeheßen und die Zahlung von 11.50 M. für den Quadratmeter des Terrains genehmigt. Der Park soll bekanntlich in der vom früheren schwarzen Graben an der Erfurterstraße durchflossenen Thalmulde angelegt werden, da ein großer Teil der hier gelegenen Ländereien seiner sumpfigen Beschaffenheit wegen nicht bebaut werden kann. Die Grundeigentümer zögerten anfänglich lange, das Terrain zu dem angebotenen Preise zu veräußern, bis die Stadt mit Einleitung des Enteignungsverfahrens drohte. Die genannten Gelände greifen auch auf Wilmerdorfer Gebiet hinüber und die dortige Gemeinde gedenkt den Park bis über den Wilmerdorfer See hinaus fortzuführen.

**Ein Scheunenbrand bei Neu-Zittau** alarmierte gestern, Mittwoch-nachmittag, die Feuerwehren der Umgegend. Der Wärdner Richter war mit seinen Leuten in seiner kleinen Scheune auf der „alten Hausstelle“ beim Dreichen, als plötzlich das Strohdach Feuer fing. Wahrscheinlich hatte der heftige Wind von irgend woher einen Feuerfunken auf das Dach getragen. Die Dreicher merkten nichts, während das Dach schon lichterloh brannte. Als sie von außen her auf den Brand aufmerksam gemacht wurden, hatten sie gerade noch Zeit, sich in Sicherheit zu bringen. Im nächsten Augenblick brannte das Dach durch und nun stand gleich alles von unten bis oben in Flammen. Die Feuerwehren von Neu-Zittau, Erkner usw. konnten nichts mehr ausrichten, das alte, nicht massive Gebäude brannte in wenigen Minuten vollständig nieder. Der Schaden beträgt 800 M. und ist nur zum Teil durch Versicherung gedeckt.

## Witterungsübersicht vom 8. Oktober 1903, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Zwinnende	760	SS	3bedekt	10	40	Haparanda	760	R	2heiter	-7	3
Hamburg	758	SS	2bedekt	10	40	Petersburg	755	SS	1Schnee	-7	3
Berlin	761	SO	1wolfig	9	39	Cort	754	R	3bedekt	9	3
Kranz a. R.	760	SS	2bedekt	10	40	Abereen	-	-	-	-	-
München	763	SS	2heiter	12	54	Paris	756	SS	2wolfig	15	59
Wien	766	SW	-Dunst	11	52						

**Wetter-Prognose für Freitag, den 9. Oktober 1903.** Nüemlich trübe und regnerisch, bei mäßigen südwestlichen Winden, etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagesstemperatur.

Berliner Wetterbureau.

## Eingegangene Druckschriften.

**Die Gutachten der Sachverständigen über den Kontrakt Nord.** 57 Seiten. Selbstverlag des Centralvereins deutscher Staatsbürger südschen Gewandens. Berlin 1903.

**J. H. Schmidt-Amsterdum.** Die moderne Arbeiterbewegung und der Kampf gegen den Alkoholismus in Holland. Preis 10 Pf. Verlag Deutscher Arbeiter-Abstinenzbund. Berlin N., Neue Poststr. 4.

Joseph Haydn — Richard Wagner — Franz Liszt — Eduard Grieg  
Peter Tschalkowsky — Richard Strauss

Konzert-  
Abend

# Freie Volksbühne.

Herbst-  
fest

Sonnabend, den 10. Oktober, abends 8 Uhr,  
Brauerei Friedrichshain.

Festmarken a 50 Pf. für Mitglieder in allen Zahlstellen erhältlich, bei sofortiger Bestellung — da nur eine beschränkte Zahl von Mitgliedern Zutritt erhalten kann. — Ein künstlerisch ausgestattetes Programm gelangt zur Ausgabe. — Aus dem Programm sind hervorzuheben: Ouvertüre zum Oratorium „Die Jahreszeiten“ — Serenade für Streichorchester — Arie und Recitativ aus: „Die Schöpfung“ — Sinfonie No. 11 G-dur „Die Meistersinger von Nürnberg“ — Ase's Tod und Antras Tanz aus Peer Gynt — Ungarische Fantasie, Lieder am Klavier, Don Juan (nach Nik. Lenau), Ouvertüre 1812. — Mitwirkende: Berliner Tonkünstler-Orchester, Franz von Blon, Dr. F. Mannreih, Frida Strunz, Kapellmeister Fritz Otto. 229/20  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

## Uhren-Ausverkauf.

Wegen gänzlicher Auflösung unseres riesigen 1888 gegründeten (27192) Uhren-Engros-Lagers Verkauf zu namengebigen Preisen direkt an Private. Preisliste Nr. 13. — Regulatoren, 14 Tage, Schlag, 1 Meter lang, Nr. 10. — Herren-Uhren Nr. 7, 50, gold, Nr. 80. — Damenuhren, silberne Nr. 7, 50, goldene von Nr. 14. — an. Große Auswahl in Hausuhren etc.  
**Hilmer & John,**  
Berlin, Leipzigerstr. 66, Hof part.



## Antialkohol

Unsere alkoholfreien Fabrikate:  
1. **Kopfen-Malz-Getränk**, Ersatz für Bier,  
2. **„Anti“**, Ersatz für Süsswein,  
sind jetzt in jeder unserer 350 Niederlagen in Berlin und Vororten à Flasche 10 und 15 Pf. excl. zu haben.  
Bestellungen auf 30 Flaschen frei Haus bitten an uns direkt zu richten. 2753L  
Nach auswärts gegen Nachnahme.  
**Hermann Meyer & Co., Berlin N., Wattstr. 11/12.**  
**J. Rosenberg, Kommandantenstr. 51**  
Bankgeschäft. Gegründet 1866. An- und Verkauf von Reichsbank-Giro-Conto. Börseneffekten.

### Verlangen Sie unsern neuen Uhren-Katalog!

Mit seinen vielen Abbildungen bildet er einen grossen Uhrenladen in Ihrem Hause. Er gestattet Ihnen das ganze Lager gründlich durchzusehen und eine Auswahl ganz nach Ihrem Geschmacke zu treffen, ohne dass Sie durch zudringliche Verkäufer zum Ankauf von Gegenständen gedrängt werden, die Sie ursprünglich gar nicht kaufen wollten, oder einen höheren Betrag ausgeben, als Sie eigentlich beabsichtigten. Sie erhalten unsern Uhren-Katalog kostenlos zugesendet.

Uhren-Versandhaus „Chronos“, Basel (Schweiz).  
Briefe nach Schweiz kosten 20 Pfg., Karten 10 Pfg.

### Schlafmöbel-Bazar „Baby“

Centrale Invalidenstr. 160.  
Filialen: Frankfurt a. M. 115, Potsdamerstr. 83b, Tauentzienstr. 7a, a. d. Göbenstr. 18, Belle-Alliancestr. 107, Oranienstr. 31, Reinholdsdorferstr. 20, Brunnstr. 92.  
8, 10, 15—60 Mk.  
Fertige Betten und Metall-Bettstellen für Kinder und Erwachsene.  
Teilerzahlung gestattet.  
Lieferant des Post-Spar- und Post-Sparvereins.  
von 20,00 Mk. an.

### Die schönsten Karren- 28542\*

Anzüge, Winterpaletots, Joppen etc. sind zu bedeutend herabgesetzten Preisen in gross. Auswahl vorhanden. Abt. I: Selbstangefertigte Garderobe, keine Fabrikware, durch diesen Vorteil alles viel billiger. Anfertigung nach Mass. Abt. II: Monats-Abonnements-Garderobe, von Kavalieren getragene Sachen, sehr preiswert. Für jede Figur passend.  
**J. Wand,** Hauptgeschäft: Prinzenstr. 17, an der Wasserthorstrasse.  
Filiale: Gr. Frankfurterstr. 116, an der Andreasstrasse.

## Frische Blut- und Leber-Wurst

in bekannter tadelloser Qualität.  
**Rich. Augustin,** Lindenstr. 69, Hof parterre, „Bismarck“-Haus, Frühstücks- und Mittagstisch, Sitzungszimmer.  
  
Erstes billiges Uhren-Specialgeschäft des Ostens.  
Nickel-Remont-Uhren von 5 M. an  
Gold-Remont-Uhren 8 „ „  
Regul.-Nuss-Uhren 15 „ „  
Reelle schriftliche Garantie.  
**82 E. Möbis, 82**  
Köpen-Strasse  
3 Min. vom Schlesischen Bahnhof.  
**Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.**  
Sonntag früh 7 Uhr nach Trebbin, mittags 1 1/2 Uhr nach Teltow-Seehof bei Belling. Beide Start: Sauerhaus (Tempelhofer Feld). 19/16

# Königsberger Geld-Lotterie.

6241 Geldgewinne bar ohne Abzug zahlbar von Mark:  
**200000** | **50000**, **20000**, **10000** Mk. etc. etc.  
Originallose a 3 Mk. Porto und Liste 30 Pfennig extra.  
**Oskar Bräuer & Co. Nachf. G. m. b. H., Friedrichstr. 181.**  
Filialen: NW., Wilsnackerstr. 63. — O., Andreasstr. 46a. — SO., Oranienstr. 177.  
Der Gewinner des am 30./9. in unserer Glückskollekte auf No. 451 879 gefallenen 2. Hauptgewinnes der Wohlfahrts-Lotterie im Betrage von 50 000 Mark wird gebeten, sich behufs Empfangnahme des Gewinnes bald bei uns zu melden. 23611\*

## Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Dauantenne**, Kottgehend, zu verkaufen. Röhres Kottgeh, Kottgeh, Kottgeh Nr. 12. 1135\*

**Garbinenhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137\*

**Herrenanzüge**, Winterpaletots, Reineider, zurückgesetzte, hochporcederne, spottbillig. Deutsches Besenhaus, Jägerstr. 63, 1 Trepp. 18548\*

**Herrenanzüge** und Paletots, extra gute und gute Kapharbel, Rodell, lassen sehr preiswert. Julius Besenhaus, Große Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstr. 18548\*

**(51) Par-Strasse**, Gadeitzanzüge, Wehrdanzüge, Fradanzüge, Paletots, Reineidanzüge, billige Besenhaus, Zahlenauszeichnung, Goldsteins Reineidanzüge. 18548\*

**Anzugreihe** 8,00, Hofentz. 3,00, Reineidanzüge Kottgehenderstr. 9. 18548\*

**Weiße Herrenhüte**, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Quilschiff, Comptoir Kaiserstr. 25A, früher Bernstr. 4 und 5. Sonntags geöffnet.\*

**Stoppbeden** spottbillig. Fabrik Grönerweg 5. 21655

**Stoppbeden**, spottbillig. Fabrik Weinstr. 20. 1938\*

**Teppiche!** (sehr billige) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gadeitser Markt 4, Bahnhöf Böde. 50/2\*

**Teppiche**, Vorleger, Divandeden, spottbillig Leibhaus, Reanderstr. 6.

**Gardinen**, Stores, Portieren, spottbillig Leibhaus, Reanderstr. 6.

**Stoppbeden**, Tischdecken, Böde, spottbillig Leibhaus, Reanderstr. 6.

**Achtung!** Handwerker, Arbeitern empfehle noch zu alten Preisen trotz enormer Wollsteigerung meine Kammingen-Steuer, Plakett-Kammingen a 3,25 und 3,50, reinwollener Kammingen a 4,50 und 5,30, doppelte reinwollene Kammingen 5,50 bis 6,30. Theodor Zeide, 1. Geschäft Oranienstr. 174, 2. Geschäft Oranienstr. 198. 18528\*

**Stoppbeden**, 8 Gegenstandskauf, Seidenstoff, statt 1 Mark durchweg 3,75, verkauft Julius Neumann, Belle-Alliancestr. 105. 19158\*

**Regulatoren**, Remontuhrren, Uhrreihen, spottbillig Leibhaus, Reanderstr. 6. 26/17\*

**Spiegel**, Bilder, Möbel, spottbillig Leibhaus, Reanderstr. 6, Teilerzahlungen gestattet. 26/17\*

**Kleiderbrant**, Beclio, Spiegel, Spiegelbild, Säulentrumeau, Tisch-Loja, 2 Bettstellen, Sofa, Kuchenschiff, Stühle, Majolika, Paneele, Teppich, Bilder, Schreibisch, Küchen-einrichtung elegant, spottbillig, Gartenstr. 85, I links. 1124\*

**Mischelkleiderbrant**, Singer-Nähmaschine, Standbetten verkauft billig Reichenbergerstr. 182, linker Seitenflügel parterre. 29/20\*

**Metallbetten!** allerfeinste, billiger wie Warenhäuser. Knappold, Marktgrabenstr. 18. 22800\*

**Teppiche** mit Farbenreichen Fabrik-niederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137\*

**Fahrräder**, Teilerzahlungen, 125 Mark, Invalidenstr. 148, Stallstr. 40. 18508\*

**Singermaschine**, tadellos gut nähend, 14,00, Ringelstr. 25, 00, Göde, Gröner Weg 48 IV. 22806

**Nähmaschinen** sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Frankfurter Allee 10, am Ringelstr. SO. Wienerstr. 6, SW. Belle-Alliancestr. 78, N. Uferstr. 113. 1129\*

**Nähmaschinen**, habe bis zehn Mark, vier Teilerzahlungen Nähmaschine kauft oder nachweist, alle Systeme, Woche 1,00, Postfachgenügt. Borchert, Bornsdorferstr. 50. 55/14\*

**1000 neue Nähmaschinen** gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Lampen, Schiffe, hochartig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen brechen Tausende meiner Kunden. E. Bellmann, Gollnowstr. 36, nahe der Landdörferstr. Alle Maschinen neu in Zahlung. 18958\*

**Hochgelegene Herrenhosen** aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark, Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verlanhaus Germania, Unter den Linden 21.

**Stoppbeden** billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137\*

**Ringelstr.**, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Ringelstr. 25, 00, Brenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 198\*

**Zwei Mark vierelbendend Damen-hemden**, Herrenhemden 8,30, Vordrehenden, Normalhöhe, Ausstattungen sowie eleganteste Reimuster spottbillig. Wäscheabrik Salomonshy, Dirschenstr. 21 (Alexanderplatz). 19138\*

**Kanarienvogel**, bunt, einfliegen, Gute Bekleidung. Kauer, Quistenstr. 16, II. 193

**Wäsche**, Gardinen, 0,50 Abzahlung, Karlauerstr. 24, Wäscheabrik (Postkarte). 1124\*

**Restaurant** mit Vorgarten Um-herde halber sofort zu verkaufen Hafendelbe 11. 23056

**Destillation**, Zylinderstr. täglich 100 Mark Kasse, verlässlich Demmerstr. 12, Annahmestelle. 22825

**Wäscheabrik**, besteht 15 Räume, verlässlich Reichenbergerstr. 73.

**Säulentrumeau**, Tischloja, Auszugisch, echte Stahlische, Kuchenschiff, Goldschmied, Papagei, Verfüchtes sofort spottbillig, Alexanderstr. 29, III, Frau Beckmann. 23008

**Umstände** halber billig zwei gute Betten, großen Teppich, Gardinen, Stores, Liebgardinen, zwei Stoppbeden, Wäscheabrik, Divandede, Raumstr. 52, II links. 23206

**Buchendrehholz** billig abends 6 Uhr. Bismarck, Uferstr. 133.

**Blätterei** frankheitshalber zu verkaufen Dresdenerstr. 45. 80/3

### Rechtsbureau!

(Alexanderplatz) Kurzeinstr. 40/41. Gerichtsachen! Eingabengeld, Raterteilung.

**Rechtsbureau**, Gerichtsachen, Strafsachen, Eingabengeld, Raterteilung, Recht, Brunnenstr. 97.

**Der Stoff hat**, fertige eleganten Anzug oder Paletot nach Maß inkl. Aufhaken von 15 Mark an. D. Venetomsh, Alexanderstr. 14a. 19138\*

**Der Stoff hat?** Fertige Herrenanzüge mit Futterläden 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtbergerstr. 9, Landsbergerstr. 22646

**Kunststoffserei** von Frau Kollath, Steinwegstr. 48, Quergebäude hochparterre.

**Aufpolierung**, Sofas, Matratzen 4,00, Scheid, Petersburgerstr. 15.

**Platina**, Gold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Blattgold, Reineid sowie sämtliche Metalle läuft Dreh, Wangelstr. 4. 29/19\*

**Fahrradgeschäft**, auch befest. Kattsch, Schönhauser Allee 163a. 93/19\*

**Meinen** werten Kunden im Gewerkschaftsbau mache ich hiermit bekannt, daß ich nur organisierte Gehilfen beschäftige. G. Rauch, Feiler, Behlmannstr. 10. 1143\*

**Brantpaare!** Hochpreisliche Schneiderstr. 23, Reichhaltige Spezialität, billige Reim-Berechnung.

**Reinigungsstimmer** hier, alle Zofenstr. 119. 19068\*

**Rechtsbureau**, Gerichtsachen, früherer, Andreasstr. 38. Billig. Sonntagsdienst. 756\*

**Zahnärzten** besitzige, ohne auszusprechen, absolut schmerzlos für immer. Unbedingten Erfolg garantiere Zahn 1,00. Zahnärztlicher Vöbster, Ammenstr. 26, gegenüber Italia-Theater. \*

**Gänse-Ausgaben** jeden Sonntag. Diele, Wartenstr. 119.

**Geschäftskäufer** erhalten gangbare Geschäfte jeder Art nachgewiesen, für Berlin und außerhalb, einzelne mit Hausverwaltung. Auskunft: Hedrich, Schönhauser Allee 184. 791

**Rüchensmöbel** werden sauber und billig geflickt. Näheres Dresdenerstr. 40, Pentel. 23215

**Reinigungsstimmer**, nach Wunsch befestigt, auch als Zofenstelle oder an Krantenstellen zu vergeben. Hugo Behr, Wasserthorstr. 5. 23116\*

### Arbeitsmarkt.

#### Stellenangebote.

**Nebenverdienst** für jedermann. Prospekt gratis. Hermann Wolf, Spidau, Reichestr. 44. 21708

**Schloßerlehrling** verlangt Bau-schloßerei, Kommandantenstr. 61. \*

**Tischler** auf Bilderrahmen, best. auch auf Kreislage (schneidet), sucht Lehner, Friedenstr. 6. 23045

**Nähmaschinen** wird verlangt Näpferstr. 109a. 23033

**Wagler** und Mädchen finden sofort Arbeit. Spiegelstr. 6, Gurbey, Dreihauerstr. 15/16. 22996

**Klavierlehrer**, täglich, verlangt Hugo Behr, Wasserthorstr. 5. 23125

**Bergolder**, Tischler erprobener Werkführer gesucht H. Viehstädt, Friedenstr. 16. 23036

**Vader** auf Goldleisten verlangt H. Viehstädt, Friedenstr. 16. 23065

**Schildermeister** und Lehrling verlangen Krause & Pechner, Weisenstr. 84. 159\*

**Tischlergehilfe**, welcher polieren kann, für Möbelhandlung. Schönhauser Allee 101/102, Gallaber. 23235

**Härber**, Härber gesucht. Gedr. Altmanns Härber, Neu-Weihensee, Langhausstr. 4. 1118\*

**Uhrmacher** Lehrling, drei Mark wöchentliche Vergütung, verlangt Hilde, Luisenstr. 20. 793

**Lehrling** verlangt elektrotechnische Werkstatt Wilhelmshavenstr. 28, Roser, Seitenflügel II. 192\*

**Mädchen** am Balancier verlangt Hübner, Marktstr. 5. 23168

**Verkäufersin**, angehende, sucht Richard Gottschalk, Wirtschaftartikel und Spielwaren, Reinholdsdorferstr. 56. 23145

**Lehrerlein** sucht Richard Gottschalk, Wirtschaftartikel und Spielwaren, Reinholdsdorferstr. 56. 23145

**Schürzenarbeiterin** verlangt Kraft, Wollenerstr. 58. 19178

**Kartondarbeiterin**, geliebte, verlangt Anders Nachfolger, Wollenerstr. 7. 22845\*

**Stickerinnen** bei hohem Verdienst sucht Ritter, Wasserthorstr. 11. 22928\*

### Plätterinnen

für Stehkragen, Manschetten, Chemisettes und Serviteurs verlangt  
**Wäscheabrik A. R. Freyer,**  
Georgenkirchstr. 24.  
**Junge Mädchen**  
erlernen bei sofortigem Verdienst das Plätten neuer Wäsche und sichern sich dauernden guten Verdienst. 55/20

### Achtung! Achtung!

#### Musikinstrumenten-Arbeiter!

Die Pianofabrik von **Nieder & Co.**, Alexanderstr. 23 und Wollner, Theaterstr. 26/27, ist wegen Differenzen für sämtliche Branchen gelöst. 142/2\*

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

### Achtung! Holzarbeiter!

Im Baugeschäft **A. Sonnenburg,** Hfer 2, haben sämtliche Baustiche wegen Lohnhöherungen die Arbeit niedergelegt; desgleichen die Kollegen der Bausticherei von **Moll, Löwstr. 2 und 7.**  
Zugung fernhalten. 87/16\*

**Die Ortsverwaltung.**